



Stiftung Asienhaus und **philippinenbüro** e.V. (Hg.)

Asien im Windschatten des Wachstums

Ungleichheiten • Extraktivismus • Bewegungen



Impressum

Titel: Asien im Windschatten des Wachstums. Ungleichheiten • Extraktivismus • Bewegungen

Herausgegeben vom
Stiftung Asienhaus und **philippinenbüro** e.V.
Hohenzollernring 52
50672 Köln
Tel.: +49-(0)221-716121-21
Fax: +49-(0)221-716121-10
<http://www.asienhaus.de>
asienhaus@asienhaus.de; philippinenbuero@asienhaus.de

Redaktion: Lilli Breining, Sara Dürr, Christina Grein, Andreas Herbst,
Uwe Hoering, Monika Schlicher, Lydia Tyurina

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

Titelfoto: Anna Fünfgeld
Konzeption und Gestaltung: Chanika Ronczka
Gesamtausstattung: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen; <http://www.k-mw.de>
Bezug: Asienhaus, Hohenzollernring 52, 50676 Köln

© März 2017, Stiftung Asienhaus und **philippinenbüro**, Hohenzollernring 52, 50672 Köln
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind erwünscht.
Sie sind jedoch nur unter Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

ISBN 978-3-933341-72-8

Diese Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung durch
ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des Bundesministeriums
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie
MISEREOR erstellt.

Die darin vertretenen Meinungen geben ausschließlich die
Positionen der Autor*innen wieder.



Stiftung Asienhaus und **philippinenbüro** e.V. (Hg.)

Asien im Windschatten des Wachstums

Ungleichheiten • Extraktivismus • Bewegungen



Vorwort

Asien durchlebt eine eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung. In den vergangenen beiden Jahrzehnten galt es als dynamischste Weltregion, angetrieben durch zunehmendes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Nicht nur in China und Indien, sondern auch in südostasiatischen Ländern wie den Philippinen, Indonesien, Myanmar und Kambodscha erhöhen sich Handelsvolumen und internationale Wettbewerbsfähigkeit stetig. Das Interesse multilateraler Entwicklungsbanken und Großunternehmen an der Region nimmt unentwegt zu und wird durch Investitions- und Handelserleichterungen zusätzlich gefördert.

Die Dynamiken des Wachstums sind komplex und vielfältig. Während wenige daraus Profit schlagen können, werden große Bevölkerungsteile wirtschaftlich und sozial abgehängt. Vielerorts vergrößern sich die Einkommensgegensätze. Es entstehen neue soziale Ungleichheiten. Auch die Unterschiede zwischen ressourcenreichen und ressourcenarmen Regionen nehmen zu. Die Ausbeutung natürlicher Rohstoffe und der Ausverkauf von Land gehen einher mit Vertreibung, Enteignung und Menschenrechtsverletzungen. Viele lokale Gemeinschaften sehen sich ihrer Lebensgrundlage bedroht. Im Windschatten des Wachstums werden so bestehende Herausforderungen verschärft und neue hervorgebracht.

Doch der Widerstand wächst: zivilgesellschaftliche Initiativen und soziale Bewegungen stellen sich gegen diese Entwicklungen. Sie setzen sich entgegen staatliche Repressionsmaßnahmen für mehr Gerechtigkeit in ihren Ländern ein. Obwohl ihr Handlungsspielraum

häufig beschnitten wird und in den letzten Jahren wieder zu schrumpfen droht, werden sie stetig mehr, lauter, artikulierter, versierter und zu einer potentiellen Gefahr für die Interessen autoritärer Politik und internationaler Wirtschaftskonzerne.

Wie ist die Situation von Arbeiter*innen in Thailand's Fischerei-Industrie und was hat das mit uns zu tun? Mit welchen Strategien gehen indigene Gruppen und zivilgesellschaftliche Akteure gegen extraktive Projekte vor? Wie sieht gewerkschaftliche Organisierung für bessere Arbeitsbedingungen aus? Und was hat der Kampf gegen Palmölplantagen in Indonesien mit der europäischen Klimapolitik zu tun?

Die Broschüre will das Wirtschaftswachstum in Asien kritisch beleuchten und politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen in einzelnen Ländern der Region analysieren. Dabei möchten wir insbesondere die Stimmen aus der Region zu den Entwicklungen einbringen und mit fachlichen Beiträgen vertiefend auf einzelne Themen eingehen.

Wir wünschen anregende Lektüre!

Lilli Breining,
philippinenbüro e.V.

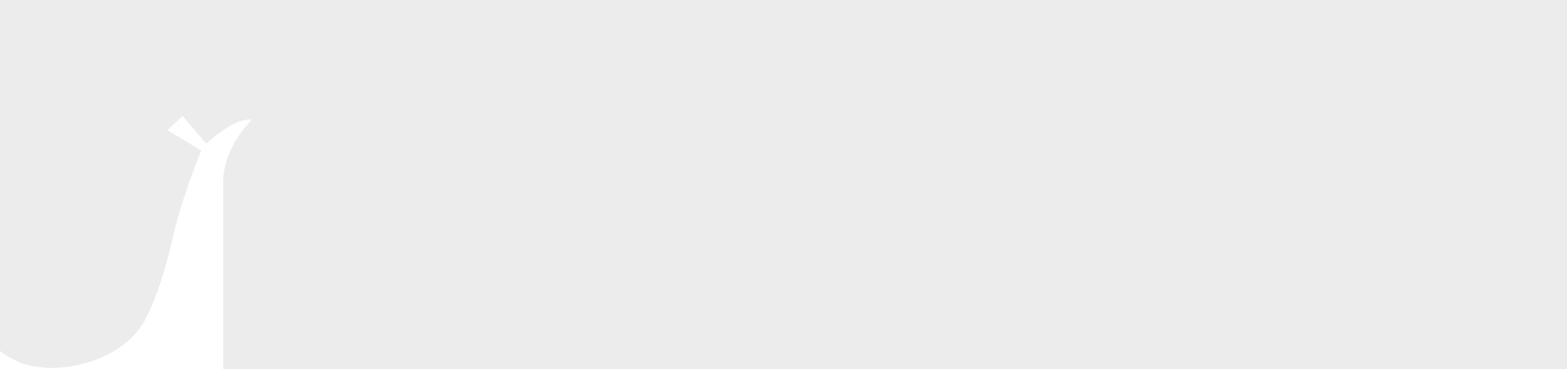
Christina Grein,
Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus

Dr. Monika Schlicher,
Stiftung Asienhaus



Inhalt

Wachstum, Bewegungen und die Vervielfältigung von Ungleichheiten in Asien <i>von Christa Wichterich</i>	7
Hölle auf hoher See Die Schattenseiten in Thailands Fischerei-Industrie <i>von Nicola Glass</i>	12
Wirtschaftswachstum, soziale Disparitäten und Ressourcenkonflikte Bangladeschs Weg zu einem Land mit mittlerem Einkommen <i>von Dirk Saam</i>	14
Der zahnlose Tiger Die Philippinen im Wirtschaftswachstum <i>von Lilli Breiningner</i>	17
Es geht bergauf – wie lange noch? Bergbaureformen in den Philippinen <i>von Farah Sevilla und Jaybee Garganera</i>	21
Quantität vs. Qualität Die Folgen des Massenexports von Pflegekräften auf den philippinischen Gesundheitssektor <i>von Shane Fischer</i>	24
Myanmars Bergland im Wandel Extraktivismus, Einhegung von Land und indigener Widerstand im Chin-Staat <i>von Rainer Einzenberger</i>	27
Zertifizierte Zerstörung Für Palmölplantagen werden Regenwälder vernichtet und Menschenrechte verletzt <i>von Kathrin Hartmann</i>	31



»Wenn sich nicht mal mehr der Teufel heimisch fühlt« Widerstand gegen die Energiepolitik in Indonesien <i>von Anna Fünfgeld</i>	35
Proteste in Bali Keine Landgewinnung in der Benoa Bucht! <i>von Aryani Willems</i>	38
Zementwerke in Indonesien Lebensgrundlage von Bäuer*innen bedroht <i>von Anett Keller</i>	40
15 Jahre Wachstum in China Ein Rückblick <i>Von Nora Sausmikat</i>	43
Mine-golia Viele Rohstoffe – wenig Reichtum <i>von Regine Richter</i>	46
»Youngistan« Jobs und Perspektiven für Indiens Jugend <i>von Sonja Ernst</i>	48
Gewerkschaft als internationale soziale Bewegung Das ExChains-Netzwerk am Beispiel von Südasien <i>von Michael Fütterer</i>	50
Textilarbeiter*innen in Kambodscha Zwischen Arbeit, Armut und Aktion <i>von Michaela Douth</i>	54
Die EU und die ASEAN auf dem Weg zu einer dynamischen Wirtschaftsbeziehung Für wen und auf wessen Kosten? <i>von Joseph Purugganan</i>	58
Waren die Bewegungen gegen Entwicklungsbanken erfolgreich? Das Beispiel extraktiver Industrien <i>von Felix Anderl</i>	63

Wachstum, Bewegungen und die Vervielfältigung von Ungleichheiten in Asien

von Christa Wichterich

Aus polit-ökonomischer Perspektive galt Asien in den vergangenen beiden Jahrzehnten als dynamischste Weltregion. Das Treibmittel dieser Dynamik war Wachstum, und zwar Wachstum des Bruttoinlandsproduktes; kapitalistisches Wachstum. Nachdem in China, Indien und Südostasien die Wirtschaft seit den 1990er Jahren in rasendem Tempo liberalisiert wurde, stand die Region für Beschleunigung, selbst in der Krise von 2008/9, mit China und seinem über zehnprozentigen Wachstum und mit Indien, den Philippinen und Indonesien mit über fünf Prozent Zuwachs. Auch die neuen Länder auf dem Weltmarkt wie Vietnam, Kambodscha und Myanmar sind mit Exportproduktion, Tourismus, Ressourcenabbau und -abbau durchgestartet und gehören derzeit zum Club der Aufsteiger.

Um das Wachstum in der Region rankten sich Narrative wie »India Shining«, »China Rising«, die »Überholspur« im Vergleich mit Europa, Nordamerika und Japan und der »Win-Win«-Topos der Globalisierung. Nicht nur China ist Großmacht geworden, alle Länder der Region sind Akteure auf den Machtfeldern des Weltmarktes und des Finanzmarktes. Die Dynamik manifestiert sich in der Umstrukturierung der Wirtschaft, in der Rekonfiguration politischer Macht und von Räumen, aber auch in Veränderungen sozialer Verhältnisse und von Kulturen und einer zunehmenden Mobilität von Menschen, Gütern und natürlich auch von Kapital. Der Wirtschaftsboom in China und Indien hat 1,3 Millionen Dollar-Millionäre geschaffen. Die asiatischen Geldeliten unterhalten Briefkastenfirmen in Panama. Söhne chinesischer Parteibonzen, der malaysische Sultan und die Kinder des pakistanischen Premiers nutzen die globale Infrastruktur von Steuerrückführung und Verwertung. Neue Mittelschichten shoppen überall in produktidentischen Shopping Malls und agieren als globale Konsumklasse.

Als greifbaren Erfolg von Marktliberalisierung und Wachstumsstrategien belegen Statistiken, dass in der Region eine Milliarde Menschen weniger in extremer Armut leben als in den 1980er Jahren, 700 Millionen davon allein in China und Indien. Dabei kann hier nicht auf die viel diskutierte Frage eingegangen werden, was Armut ist und wie sie gemessen wird. Jedenfalls ist Asien immer noch der Kontinent mit der größten Zahl von Armen, 300 Millionen leben in extremer Armut, eine halbe Milliarde Menschen verfügt pro Tag über weniger als 1,25 Dollar.

Gleichwohl ist Entwicklung weder ein uniformer noch ein geradliniger Prozess, auch nachholende Entwicklung nicht, die bestimmten Strategien und Modellen folgt. Auch nachholende Entwicklung kann sich dem Zyklus von Boom und Krise kapitalistischer Akkumulation nicht entziehen. Auch sie ist gekennzeichnet durch Gegenläufigkeiten, Ambivalenzen und Widersprüche wie zum Beispiel die von Industrialisierung und De-Industrialisierung, Abbau von Armut und Entstehung neuer Armut, Durchlässigkeit von Grenzen und Aufbau neuer Grenzen, Erosion überbrachter kultureller Zusammenhänge und neokonservatives Erstarken von religiösen, ethnischen und nationalen Identitäten. Einfache geradlinige Erklärungsmuster wie »race to the bottom« werden durchkreuzt von gegenläufigen Entwicklungen wie dem »race to the top«.

Dieser Essay skizziert in diesem Rahmen, durch welche Mechanismen das außergewöhnliche BIP-Wachstum gebildet wurde und welche Dynamiken es wiederum auslöste.¹

Wertschöpfung und Verteilung

Die Metapher der »Werkbank der Welt« steht für die wachsende Produktivität der Region und die Bedeutung transnationaler Produktionsketten und -Netz-

werke für das Wachstum. Die Schuhherstellung ist ein extremes Beispiel dafür: 88 Prozent der weltweiten Schuhproduktion findet in Asien statt; 2015 in der Rangfolge China, Vietnam, Indonesien, nur vier Prozent aller Schuhe werden in Italien und ebenfalls vier Prozent in Brasilien produziert. Doch dieses Szenario war und ist ständig in Bewegung: In den vergangenen zwanzig Jahren haben Markenfirmen ihre Aufträge von Südkorea nach Thailand, nach China und nach Vietnam verschoben, um die Produktionskosten niedrig zu halten. Die Sportschuhhersteller verlagern teilweise über Nacht innerhalb der Region, von der chinesischen Küste ins Hinterland oder neuerdings auch nach Afrika, wenn die Löhne steigen. Inzwischen ist China nicht nur der weltweit größte Schuhhersteller, sondern auch das Land mit dem weltweit größten Schuhkonsum.

Die zentrale Frage beim Wachstum durch Exportproduktion und bei den transnationalen Wertschöpfungsketten war schon immer die der Verteilung. Wachstum bringt zweifelsohne Einnahmen, Gewinne und Konsum, doch für wen? Wie viel vom Marktpreis eines Turnschuhs bleibt im Herstellungsland, wie viel bleibt bei den Arbeiter*innen? Durch vor allem in China erkämpfte höhere Löhne sind die Lohnkosten eines 100 Euro teuren Turnschuhs im vergangenen Jahrzehnt von 0,4 auf lediglich zwei Prozent gestiegen.

Dies ist ein Beispiel dafür, dass unter dem Strich kein signifikantes »Trickle Down« und keine faire Umverteilung des Wachstums und Reichtums stattgefunden hat, besonders nicht an die, die Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand mit ihrer Arbeit schaffen. Stattdessen nehmen soziale Ungleichheiten zu und damit auch die sozialen Konfliktpotenziale.

Wachstum, Wachstum über alles

Der Aufwärtstrend scheint nun fürs erste gestoppt. Trotz der immer noch höchsten Wachstumszahlen der Welt schwächelt in China die Konjunktur, das Wachstum war Anfang 2016 auf 6,7 Prozent zurückgegangen, der Finanzmarkt war bereits so überhitzt, dass die Börsen für ein paar Tage stillgelegt wurden. Das bedeutet, dass der ganz normale Zyklus von Boom und Krise sich nun auch in China einstellt und in Kürze auch die anderen Wachstumsökonomien einholen wird.

Gleichzeitig sind der Wachstumsglaube und -wille in der Region ungebrochen. Die zehn ökonomisch schwächeren Staaten in Südostasien – Indonesien, Philippinen, Vietnam, Thailand, Singapur, Myanmar, Laos, Kambodscha, Malaysia und Brunei – gründeten im November 2015 die asiatische Wirtschaftsunion ASEAN Economic Community (AEC), um von den Großmächten China, Japan und Indien regional nicht völlig dominiert zu werden.

Da eine direkte Korrelation zwischen Liberalisierung und Wachstum zu den Grundannahmen der neoklassischen Ökonomie gehört, werden Liberalisierung und Privatisierung durch eine Inflation von bilateralen, regionalen, bi-regionalen Freihandels- und Investitionsabkommen – circa 50 werden derzeit verhandelt – vorangetrieben, darunter viele Süd-Süd-Abkommen. Sie sollen den Standort- und Investorenwettbewerb ankurbeln sowie transnationale Wertschöpfungsketten und regionale wie auch transregionale Handelsströme stärken und beschleunigen. Dabei sichern sie Privatunternehmen und Konzernen durch Klagerechte, private Streitschlichtungsinstanzen und mögliche Einflussnahme auf die Gesetzgebung mehr Macht gegenüber der Politik. Damit sind sie gegenläufig zur Demokratisierung in der Region.

Produktionsketten und Handelsnetzwerke brauchen Infrastruktur. Um in der Weltmarktkonkurrenz bestehen zu können, werden parallel zur rechtlichen Infrastruktur von den Staaten, allen voran von China, zur Zeit Freihandelskorridore, die bisherige Freihandelszonen verbinden, Highways, Hochgeschwindigkeitszüge, Flughäfen, Häfen und neue »Seidenstraßen« als Transport- und Kommunikationswege ausgebaut.

Infrastruktur überwindet Distanzen, schafft neue Verbindungen, Konnektivität, manifestiert aber auch expansionistische Tendenzen des Immer-Weiters und Immer-Schneller. Diese expansionistischen oder auch imperialistischen Strukturen implizieren Herrschaftsverhältnisse und damit auch viel Konfliktpotenzial: Einerseits Konflikte mit der lokalen Bevölkerung über Landnahme, ob ein Highway schnurgerade durch Felder und Wälder verlaufen soll und ob zusätzliche Landebahnen betoniert werden. Es gibt andererseits Konflikte zwischen Nachbarstaaten wie das Säbelrasseln im Südchinesischen Meer wegen der Kontrolle über Seefahrtswege und Ressourcenzugänge.

Der Preis des Wachstums

Konflikte zeigen an, dass Wachstumsstrategien und Akkumulationsmechanismen strukturelle Gewalt beinhalten und organisieren Widerstand dagegen. Der Kollaps von Rana Plaza 2013 in Bangladesch ist zum Synonym für die institutionelle Gewalt eines industriellen Wachstumsregimes geworden. Rana Plaza, einer der schlimmsten Unfälle der Industriegeschichte, war kein unglücklicher Zufall, sondern die systemische Folge einer auf Wachstum und Kostensenkung orientierten transnationalen Industrie, die Risiken und Schäden an das untere Ende der Wertschöpfungskette verschiebt. Sie ist prototypisch dafür, dass das kapitalistische Wachstumsmodell auf struktureller Gewalt basiert, die einen hohen sozialen und ökologischen Preis fordert, weil es stets Kosten zu reduzieren und zu externalisieren versucht.

Die Bekleidungsindustrie in Bangladesch hat seit den 1970er Jahren ein eindrucksvolles Wachstum zum (nach China) zweitgrößten Textilhersteller der Welt und zum Hauptexportsektor des Landes durchlaufen. Sie brachte 2014 fast 25 Milliarden US-Dollar ein. Aufgrund dieser Erfolgsgeschichte und getrieben von der Gier nach dem schnellen Geld wie auch von den Auftraggebern, nämlich vor allem vom Preisdruck durch die großen europäischen Handelshäuser und durch den Unterbietungswettbewerb in der Textilbranche, expandierte in Bangladesch die Industrie und in kurzer Zeit wurden immer mehr Fabriken hochgezogen. Das Prinzip des Kostendrucks bestimmte auch den Bau dieser neuer Fabriken, nämlich unreguliert, ohne staatliche Kontrollen und deshalb mit erheblichen Bau- und statischen Mängeln. Hier manifestiert sich auch tragisch die Verwobenheit von Wirtschaft und Politik, denn viele Parlamentarier, die über Bauvorschriften entscheiden, sind Fabrikbesitzer und Unternehmer in Personalunion – im Land häufig »Crony-Kapitalismus« genannt. Die strukturelle Gewalt von Wachstum und Expansion steckt als Risiko in den instabilen Fabrikbauten und das Risiko tragen letztlich die Schwächsten. Bei dem Einsturz des Rana Plaza Fabrikgebäudes kamen 1.126 Arbeiterinnen ums Leben, mehr als 2.500 kamen nur schwer verletzt aus den Trümmern.

Nach dieser Katastrophe kam auf starken Druck zivilgesellschaftlicher Kämpfe und Kampagnen in Bangladesch und Europa mit der Naming- und Shaming-Strategie erstmalig ein verbindliches Abkommen



Textilfabrik in Bangladesch (© NETZ, Lisa Kronauer)

zwischen mehr als 200 Markenfirmen aus 20 Ländern des globalen Nordens und zwei globalen und sieben lokalen Gewerkschaften zustande. Dieser vielgelobte »Accord« zu Brandschutz und Gebäudesicherheit in der Bekleidungsindustrie Bangladeschs führte dazu, dass in den Fabriken mehr kontrolliert wird. Aus Kostengründen wurden aber bisher offensichtliche Schäden kaum behoben. Das Akkumulationsmodell der textilen Wertschöpfungskette funktioniert ungebrochen weiter.

Auch in massiven Umweltschäden manifestiert sich die strukturelle Gewalt dieses Wachstumsmodells. Auf fossilen Energien beruhende Industrialisierung und der Verkehr haben zur Folge, dass New Delhi Peking in Sachen Luftverschmutzung überholt hat und die Lebenserwartung durch Erkrankung der Atemwege sinkt – selbstredend nur bei denen, die auf den Straßen leben, diesen Bedingungen 24 Stunden am Tag ausgesetzt sind und keine Luftreinigungsgeräte in ihren Wohnungen und im Auto laufen haben. Das heißt, das Wachstumsmodell zerstört Lebensgrundlagen, aber Umweltverschmutzung trifft keineswegs alle gleich, sondern verfestigt soziale Ungleichheiten und schafft auch neue Formen von Armut wie Armut an Überlebensnotwendigem wie frischer Luft und Sauerstoff.

Auch Landgrabbing als Voraussetzung für wachstumsgetriebenen Ressourcenextraktivismus enteignet die lokale Bevölkerung ihrer Lebensgrundlagen, zieht ihnen sprichwörtlich den Boden unter den Füßen weg, geht mit Vertreibung einher, gleichzeitig aber häufig auch mit Versprechen auf einen Job in den neu entstehenden Plantagen, im Bergbau und in Industrien.

Landnahme ist ein weiteres Beispiel für die Komplizenschaft von neoliberaler Politik und Wirtschaft. Die

Politik schafft mit Freihandels- und Investitionsabkommen die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Gewaltapparate der autoritär neoliberalen Staaten setzen private Aneignung durch in- und ausländische Investoren durch.

Mit Gewalt, nämlich durch riesige Waldbrände, wurde in den letzten Jahren auch im großen Maßstab der Weg frei gemacht für Palmölplantagen. Damit geht eine großräumliche Umstrukturierung der Ökonomie, vor allem der Landwirtschaft einher, und eine »Transformation der Geographie« durch expansive Produktion von Palmöl, den Extraktivismus von Kohle und Bauxit und Ressourcenströmen aus Südostasien zur Weiterverarbeitung nach China.

Arbeit schafft Wachstum

Im Folgenden werden fünf konkrete Arbeitsverhältnisse auf ihre wachstumschaffende Rolle hin untersucht.

Beispiel 1: Das Wirtschaftswachstum Chinas basiert zu einem großen Teil auf der Ausbeutung von Migrant*innen aus dem Hinterland, im Bergbau, in der Exportproduktion und am Bau. Die Inklusion einer neuen migrantischen Arbeiter*innenklasse von derzeit 280 Millionen Menschen findet unter extrem prekären Bedingungen statt: geringere Entlohnung, keine soziale Sicherheit und keine bürgerlichen Rechte in der Stadt. Deshalb kann man diesen Mechanismus, dass bisher Marginalisierte oder Exkludierte nun in den Arbeitsmarkt, in die Exportproduktion, ja in den Weltmarkt inkludiert werden, als paradoxe Integration betrachten; formale Gleichheit zu ungleichen Bedingungen.

Beispiel 2: Die Textilindustrie ist das Paradebeispiel für die Inklusion junger Frauen vom Land als »billige«, gefügige, sprich nicht rechtsbewusste Arbeitskräfte. Die Feminisierung der Lohnarbeit zu miserablen Bedingungen weist diese Exportindustrien als vergeschlechtlichte Produktionsregime aus, die auf dem Paradox der diskriminierenden Integration von Frauen beruht. Während sich die Produktivität in der Textilherstellung in Asien verdoppelt hat, sind die Löhne nur um die Hälfte gestiegen. In den meisten Textilindustrien sind die Reallöhne allerdings seit 1990 nicht gestiegen, oft sogar gefallen. Aufgrund der fortschreitenden Mechanisierung arbeitsintensiver Industrien

hat auch bereits ein Defeminisierungsprozess eingesetzt, das heißt der Frauenanteil an der Beschäftigung ist wieder rückläufig.

Beispiel 3: Der Automobilsektor in Indien ist durch zwei Tendenzen gekennzeichnet, nämlich Produktivitätssteigerung und Leiharbeit. Seit 2000 hat sich die PKW-Produktion vervierfacht bei einer Senkung der Lohnkosten um ein Viertel. Der Anteil von Leiharbeit liegt bei 30 bis 50 Prozent, wobei Leiharbeiter*innen nur circa ein Drittel der Stammbeslegschaft verdienen. 70 Prozent der Produktion wurde in Zulieferbetriebe ausgelagert, wo informell und gering bezahlt gearbeitet wird. Bei dieser Umstrukturierung werden zwar zunehmend Arbeitskräfte aus unteren Kasten als informell und prekär Arbeitende, als Zuliefer- und Leiharbeiter*innen integriert. Jedoch hat sie auch eine Spaltung in Festangestellte und Leiharbeiterschaft zur Folge und erschwert gemeinsame Kämpfe – eine Konstellation, die sich auch in Deutschland verbreitet.

Beispiel 4: Die Wachstumsindustrie Fischerei beruhte gar auf Sklaverei, wie der 2014 bekannt gewordene Skandal um Rohingyaas aufdeckte. Sie mussten aus Myanmar fliehen, wurden von Nachbarländern abgewiesen, sie wurden in Fluchtbooten abgefangen, in Käfigen gehalten und mussten Zwangsarbeit in der Fischereiindustrie leisten – jenseits aller menschenrechtlichen Normen und jenseits aller Markt- und Lohnarbeitsformen.

Beispiel 5: Hausangestellte und Pflegepersonal haben eine lange Migrationstradition in Asien, vor allem Filipinas, Indonesierinnen, Sri-Lankesinnen, Südinderinnen, die in die Golfstaaten, nach Hongkong, Malaysia und nach Europa abwandern. Aus der Perspektive feministischer Ökonomie entstehen hier transnationale Sorgeketten, entlang denen ein Sorgeextraktivismus von wohlhabenderen Haushalten und Ländern gegenüber armen Haushalten und Ländern stattfindet. Dazu zählen auch Krankenschwestern und die in Asien häufige Heiratsmigration. Extraktivismus von un- und unterbezahlten, weiblich konnotierten Reproduktions-, Pflege- und Versorgungsarbeiten ist das tragende Fundament aller Ökonomie, das heißt auch des Wachstums.

Resümee

Mit dieser Tour d’Horizon wird eine Zeit- und Raumdiagnose vorgenommen, die die Dynamik Asiens entschlüsseln will. Dabei hat sich gezeigt

- Wachstum, nachholende Entwicklung und Modernisierung sind keine linearen Prozesse, sondern Boom und Krise, Reduktion von Armut und neue Armut, Industrialisierung und De-industrialisierung greifen ineinander, Kontinuität, Gegenläufiges und Widersprüchliches sind oft verwoben.
- Neoliberale Strategien beruhen auf einer trans-lokalen, transnationalen und trans-kontinentalen Verflechtung von Politik und Wirtschaft, zwischen Norden und Süden, Europa und Asien in Form von Komplizenschaft, Crony Kapitalismus, Freihandels- und Investitionsabkommen, Korruption und so weiter.
- Kapitalistisches Wachstum ist ein Herrschaftsverhältnis, das Wertschöpfung derzeit durch die Ausbeutung prekärer Lohnarbeit, Landnahme und Ressourcenextraktivismus, Externalisierung von Kosten, Sorgeextraktivismus und Finanzialisierung betreibt.
- Dieses Entwicklungsmodell wird vom Mythos des »Win-Win« umrankt, weil auch bisher Ausgeschlossene und Marginalisierte auf paradoxe Weise integriert werden.
- Dabei kommt es zu einer Vervielfältigung von Ungleichheiten und damit auch von Konfliktfeldern.

An den Bruchlinien dieser Entwicklung werden Auseinandersetzungen und Kämpfe heftiger und häufiger. Obwohl Frauen in den Exportindustrien als gewerkschaftsfern und wenig widerständig gelten, haben sie zum Beispiel in Kambodscha regelmäßig Arbeitskämpfe organisiert. Die Wanderarbeiter*innen in China erkämpften durch häufige Proteste und Streiks Lohnverbesserungen. Durch eine internationale Kampagne und Vernetzung haben Hausangestellte 2011 bei der ILO eine Konvention zu »domestic work« erwirkt, zunächst ein Riesenerfolg, doch mit bisher begrenzter Wirkung, da sie erst von sehr wenigen Ländern ratifiziert wurde.

Der neoliberale und nationalistische Autoritarismus vieler Staaten verschärft Konflikte und reagiert mit immer mehr Repressionen auf Widerstand, beschneidet demokratische Möglichkeiten und zivilgesellschaftliche Räume. Der staatliche Gewaltapparat geht in China und anderswo gegen protestierende Arbeiter*innen vor, in Indien gegen die neue anti-nationalistische und anti-neoliberale Studierendenbewegung, gegen den Widerstand gegen Landnahme



Proteste gegen Freihandel (© Chalerm Sak Kittittrakul)

und andere System- und Politikkritik. Die Vervielfältigung von Ungerechtigkeit und Ungleichheiten führt zu einer Vervielfältigung von Kämpfen.

Für zivilgesellschaftliche Organisationen ergeben sich daraus Anknüpfungspunkte für die politische und solidarische Weiterarbeit. Zwei Schritte liegen aus dem Gesagten nahe: Wir müssen Zusammenhänge entzerren, um an der Verantwortung des Nordens ansetzen und hier Einfluss auf Politik und Wirtschaft nehmen zu können. Zum zweiten können wir an den genannten Konfliktfeldern und Kämpfen anknüpfen, um in unseren Öffentlichkeiten die Themen repolitisieren und auch skandalisieren und solidarische Vernetzungen mit Akteur*innen in Asien aufbauen zu können.

Anmerkung

- 1 Der Text beruht auf der Eröffnungsrede zum Asientag am 16.4.2016 in Köln. Die Rede sollte den Hintergrund und Rahmen für die folgenden Workshops aufmachen. Entsprechend gibt auch der folgende Essay einen Überblick, ohne die analytisch notwendigen Vertiefungen zu leisten.

Über die Autorin

Christa Wichterich ist Soziologin, zuletzt Gastprofessorin und Dozentin für Geschlechterpolitik an den Universitäten Kassel und Basel. Zudem ist sie freiberufliche Publizistin, Buchautorin und Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Globalisierung und Frauenarbeit, feministische Ökonomie und feministische Ökologie, internationale Frauenpolitik und Frauenbewegungen.

Hölle auf hoher See

Die Schattenseiten in Thailands Fischerei-Industrie

von Nicola Glass

Diejenigen, die der Hölle entronnen sind, berichten Grausames: Sie seien geschlagen oder auf andere Weise misshandelt worden, das Essen sei knapp und die hygienischen Zustände fürchterlich gewesen. Monate- oder sogar jahrelang waren sie auf See, ohne jede Hoffnung, Heimat und Familien wieder zu sehen. Ihre Pässe waren ihnen weggenommen worden. Einst hatten sie sich bei Menschenhändlern hoch verschuldet, weil sie auf einen anständigen Job hofften. Doch letztlich landeten sie quasi als Gefangene auf thailändischen Fischerbooten.

Die meisten Betroffenen stammen aus Thailands ärmeren Nachbarstaaten Myanmar und Kambodscha. Sie wurden angeheuert, um bis zu 20 Stunden am Tag bei wenig oder gar keiner Bezahlung auf den Kuttern zu schuften. Praktiken wie Sklaverei und Menschenhandel sind die Schattenseiten dieses milliarden-schweren Industriezweigs, die von Organisationen, der Nachrichtenagentur AP und anderen internationalen Medien aufgedeckt wurden.

Thailand, das seit Mai 2014 unter Militärrherrschaft steht, gilt – je nach Höhe der Profite – als dritt- oder viertgrößter Exporteur von Fisch und Meeresfrüchten der Welt. Marktführend in diesem Zweig, der dem Land jährlich Einnahmen von umgerechnet etwa sieben Milliarden US-Dollar beschert, ist die Thai Union Group. Inzwischen hat sich der internationale Druck auf die regierende Junta verschärft, gegen illegale Fischerei, Ausbeutung und Sklaverei auf See vorzugehen. So gibt es unter anderem verschärfte Kontrollen und vereinzelte Festnahmen. Kritiker*innen zufolge aber reichen die bisherigen Maßnahmen bei weitem nicht aus, um die Zustände von Grund auf zu beenden. Die menschenverachtenden Zustände halten an.

Unverdienter Aufstieg

Als das US-Außenministerium Mitte 2016 seinen jährlichen Bericht zu Menschenhandel und moderner Sklaverei veröffentlichte, listete es darin unter anderem Myanmar, Haiti und den Sudan als die Länder mit den schlimmsten Ausmaßen auf die »schwarze Liste«. Weil wegen des wachsenden Drucks durch die EU und die USA auf Thailands Militärregierung einige Verbesserungen registriert wurden, sahen sich die USA veranlasst, das Land von der »schwarzen Liste« eine Kategorie höher in die sogenannte »Beobachtungsstufe« hoch zu stufen.

In einem offenen Brief kritisiert die Organisation Fortify Rights gemeinsam mit anderen Menschenrechtler*innen diesen Schritt: Washington habe die Lage nicht angemessen bewertet, Thailand herauf zu stufen, komme verfrüht. Dies könne internationale Bemühungen aushöhlen, die darauf abzielten, die Arbeitsbedingungen für Migrant*innen, einschließlich die Zwangsarbeiter*innen in der Fischerei- und Meeresfrüchte-Industrie, deutlich und nachhaltig zu verbessern. Vor dem Hintergrund der Krise um Bootsflüchtlinge 2015, bei denen es sich hauptsächlich um muslimische Rohingya, die aus Myanmar geflohen waren, sowie um Flüchtlinge aus Bangladesch handelte, seien polizeiliche Untersuchungen zum Menschenhandel behindert oder vorzeitig für beendet erklärt worden.

Die ineffektive Umsetzung neuer und veränderter Gesetze lege den Schluss nahe, dass Thailands Regierung »entweder unwillig oder unfähig sei, zusätzliche Schritte einzuleiten, um den Menschenhandel in Exportbereichen wie der Fisch- und Meeresfrüchteverarbeitung vollständig auszumerzen«, hieß es in dem Schreiben weiter. Es müsse Maßnahmen gegen korrupte Behördenmitarbeiter*innen und andere geben,

die in Menschenhandel verwickelt seien. Zudem müssten verlässliche Statistiken erarbeitet werden, die einen Überblick über private Arbeitsvermittlungen und Zwischenhändler*innen schaffen, und zwar sowohl in Thailand als auch in den Ländern, aus denen die meisten der betroffenen Migrant*innen stammten, insbesondere also Myanmar, Kambodscha und Laos.

Boycott und Schlupflöcher der Industrie

Dass die Zustände weiterhin prekär sind, bemängelt auch die EU. Im April 2015 zückte die EU-Kommission die »gelbe Karte« gegen Thailand – eine Art Vorstufe zu Sanktionen – und hält diese erst einmal aufrecht. In den USA forderten Politiker*innen und Menschenrechtler*innen einen Boykott beteiligter Unternehmen: Die Bürger*innen sollten keinen Fisch und keine Shrimps mehr aus Thailand kaufen. Das südostasiatische Land zu boykottieren sei keine Lösung, wurde hingegen der Sprecher des Nationalen Fischerei-Instituts, Gavin Gibbons, in Medienberichten zitiert. Längst hat das Thema Kreise bis nach Washington gezogen: Im Februar 2016 unterzeichnete US-Präsident Barack Obama eine Gesetzesänderung, die künftig US-Importe von Gütern verbietet, die durch missbräuchliche Praktiken wie zum Beispiel sklavenähnliche Arbeitsbedingungen in der Fischerei-Industrie Südostasiens erwirtschaftet wurden.

Auch juristisch wird diesen Methoden der Kampf angesagt: US-Abnehmer*innen warfen dem Schweizer Konzern Nestlé vor, er importiere über den thailändischen Lieferanten Thai Union Frozen Products Tiermahlung auf der Basis von Fisch und Meeresfrüchten für einige große, in den Vereinigten Staaten verkaufte Marken. Teile davon würden unter Sklaverei-Bedingungen hergestellt, daher leiste Nestlé der Sklaverei auf thailändischen Booten bewusst Vorschub, hieß es in der im August 2015 vor einem Bundesgericht in Kalifornien eingereichten Sammelklage. Der Konzern, der zuvor bereits eine Nichtregierungsorganisation mit entsprechenden Recherchen beauftragt hatte, versicherte im November 2015, mit einem Aktionsplan gegen die unmenschlichen Praktiken vorgehen zu wollen. Auch manche Opfer selbst beginnen sich zu wehren: Im Juni 2016 wurde bekannt, dass mehrere Kambodschaner*innen – ebenfalls in Kalifornien – eine Klage gegen zwei US-amerikanische Firmen und

deren thailändische Zulieferer angestrengt hatten, denen sie Menschenhandel und Zwangsarbeit vorwerfen.

Dass Thailands berüchtigte Fischerei-Industrie trotzdem weiterhin nach Schlupflöchern sucht, verdeutlichte jüngst Greenpeace. In einem im Dezember 2016 veröffentlichten, auf über zwölf Monaten Recherche basierenden Bericht mit dem Titel »Turn the Tide«, kritisierte die Umweltschutzorganisation, dass die Menschenrechtsverletzungen anhielten. »Die Untersuchung zeigt, dass die thailändischen Flotten ihre Operationen einfach in weiter abseits liegende, weniger regulierte Gewässer verlagern, anstatt ihre Fangmethoden zu ändern, um die Regularien zu erfüllen«, monierte Anchalee Pipattanawattanakul, Meeresaktivistin von Greenpeace Südostasien.

Seit beispielsweise Indonesien verschärft gegen illegale Fischerei vorgeht, seien mindestens 76 thailändische Schiffe dazu übergegangen, ihre Fanggebiete in Gewässer wie die Saya de Malha Bank im Indischen Ozean zu verlagern. Diese sei mehr als 7.000 Kilometer von Samut Sakhon, Thailands Verarbeitungszentrum für Fisch und Meeresfrüchte, entfernt. Auf Grundlage dieses sogenannten Transshipment-Geschäftsmodells würden die dortigen Fangflotten von Kühlschiffen versorgt, die in einigen Fällen auch Zwangsarbeiter*innen dorthin transportierten und ihrerseits wiederum die gefangenen Fische abholten, so Greenpeace. Auf diese Weise verblieben die Fischereiflotten auf See, seien dem Griff der Autoritäten entzogen und operierten außerhalb des Gesetzes. Die Umweltschützer*innen und andere Nichtregierungsorganisationen forderten die politisch Verantwortlichen und zuständigen Behörden daher auf, diese Zustände unverzüglich zu ändern, um ethische und nachhaltige Standards in der Fischerei-Industrie garantieren zu können.

Über die Autorin

Nicola Glass ist freie Journalistin. Sie hat mehr als dreizehn Jahre als Südostasien-Korrespondentin in Bangkok gearbeitet und ist im Herbst 2015 nach Europa zurückgekehrt.

Wirtschaftswachstum, soziale Disparitäten und Ressourcenkonflikte

Bangladeschs Weg zu einem Land mit mittlerem Einkommen

von Dirk Saam

Bangladesch steht gegenwärtig vor wegweisenden Richtungsentscheidungen. Das Land befindet sich in einem sozio-ökonomischen Transformationsprozess. Diese Transformation kann Chancen bieten, erzielte Erfolge bei der Armutsbekämpfung und der Einhaltung von Menschenrechten zu konsolidieren und neue hinzuzufügen. Sie könnte aber auch erzielte Erfolge unterminieren – mit dem Ergebnis steigender Armut und der Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Chancen der Transformation

Bangladeschs sozio-ökonomische Transformation wird vor allem durch zwei Prozesse sichtbar. Erstens: Der landwirtschaftliche Sektor wird zunehmend kapitalisiert. Technischer Fortschritt hat zu Produktionsanstiegen und -überschüssen sowie dem vermehrten und verbesserten Bau von Lagerhallen geführt. Darauf folgte der Einstieg großer Unternehmen in die Lebensmittelproduktion. Somit sind ländliche Regionen verstärkt unter den Einfluss dieser Geschäftstätigkeiten geraten. Zweitens: Die Anzahl der Haushalte, die von der Landwirtschaft leben, nimmt ab. Das Land wandelt sich von einer landwirtschaftlich geprägten Wirtschaft zu einer Wirtschaft, in der vermehrt im Dienstleistungs- und im industriellen Sektor Geld verdient wird. Der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt nur noch bei 29 Prozent. Klein- und Kleinstunternehmen und Handel tragen auch in den ländlichen Gegenden immer mehr zum BIP bei. Boomende Wirtschaftszweige wie die Textilindustrie haben zu einer starken Landflucht geführt. Diese wird weiter ansteigen, da Bangladesch laut Prognosen in drei Jahren China als weltweit größter Textilproduzent abgelöst haben wird. Arbeitsmigration vor allem in arabische Länder hat zudem zu mehr Wohlstand geführt.

Zu dieser Transformation haben auch Investitionen im Bildungsbereich beigetragen und hier insbesondere die Kinder von Bevölkerungsgruppen, die in Armut leben, erreicht. Bei den Eltern hat sich das Verständnis durchgesetzt, dass Bildung für die Kinder wichtig ist, um später Arbeit zu finden. Eine Erkenntnis, die unter anderem gereift ist aufgrund der Knappheit an Land und den mangelnden Möglichkeiten, landwirtschaftlich tätig sein zu können. So strebt eine besser ausgebildete junge Generation zunehmend vom landwirtschaftlichen in den industriellen und Dienstleistungs-Sektor. Alle diese Faktoren tragen dazu bei, dass sich in Bangladeschs ländlichen Regionen eine neue Mittelklasse entwickelt.

Auch das Bild der Frauen in Bangladesch ist einem Transformationsprozess unterzogen. Bangladeschs Einbettung in den Weltmarkt und der Ausbau eines nationalen Markts für Güter und Dienstleistungen hat zu einer steigenden Arbeitsnachfrage im verarbeitenden Gewerbe und auf dem expandierenden Markt für Dienstleistungen geführt. Frauen sind mittlerweile sichtbarer und signifikanter Bestandteil des Arbeitslebens in Bangladesch. Ökonomische Unabhängigkeit insbesondere von den Ehemännern oder Vätern trägt nach und nach zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter bei. Frauen haben so auch die Möglichkeit, an Entscheidungsprozessen über die Einkommensverwendung teilzunehmen.

Risiko Landnahme

Bangladeschs viel zitiertes und fast täglich von der Regierung proklamierter Weg, sich bis zum Jahr 2021 zu einem Land mit mittlerem Einkommen zu entwickeln, geht also in Erfüllung? Dies hängt davon ab, wie in den nächsten Jahren wegweisende Richtungsentscheidungen getroffen werden. Es steht nicht so

sehr die Frage im Vordergrund, ob sich Bangladesch zu einem Land mit mittleren Einkommen entwickelt, sondern vielmehr die Frage, wer sich dorthin entwickelt und wie die Einkommen verteilt sein werden. Längst ist auch in Bangladesch eine zunehmende Arm-Reich-Spreizung offensichtlich – mit dem Ergebnis zunehmender sozialer Konflikte. Die wirtschaftlichen Entwicklungen gehen einher mit einer zunehmenden Privatisierung und Kommerzialisierung natürlicher Ressourcen. Dadurch werden aller Voraussicht nach Menschen, die in Armut leben, noch massiver und durch Anwendung von Gewalt vom Zugang zu Ressourcen ausgeschlossen. Vor allem indigene und religiöse Minderheiten sind davon betroffen. In den von zwölf indigenen Gruppen bewohnten Chittagong Hill Tracts, im Südosten Bangladeschs, wird zunehmend in die Baustoffindustrie, den Immobilienhandel und die Tourismusbranche investiert. Dabei wird Land, Eigentum und Vermögen indigener Gruppen und religiöser Minderheiten geraubt. Gesetzgebungen wie das novellierte Waldnutzungsgesetz oder das Gesetz zur Erhaltung von Biodiversität und der Tierwelt erleichtern unter dem Deckmantel des Umwelt- und Naturschutzes die Landnahme und -nutzung für kommerzielle Zwecke und erschweren somit den Zugang zu Ressourcen für ärmere Bevölkerungsgruppen. Großaufträge für Infrastrukturprojekte werden vermehrt an Unternehmen, die von Militärs geführt werden, vergeben. In der Gleichung »Politik + Wirtschaft + Militär = Wirtschaftswachstum« fehlen zivilgesellschaftliche Akteur*innen und die Berücksichtigung ihrer Forderungen nach Partizipation und nachhaltigem Wirtschaften. Vielmehr wird Fragen von Nicht-regierungsorganisationen (NGOs) und Naturschutzbewegungen nach den sozialen und ökologischen Folgekosten von Großinvestitionen zunehmend mit Repressionen begegnet.

Risiko Energiehunger

Im Rahmen von Bangladeschs Entwicklungsmodell sind der Textil- und der Energiesektor eng miteinander verbunden – und ursächlich für Menschenrechtsverletzungen. Bangladeschs Regierungen versuchen seit Jahren, neue Energiequellen zu erschließen. Sie befürchten negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Produktivität, wenn der reibungslose Ablauf in der stetig wachsenden Textilindustrie nicht gewährleistet ist. Auch in ländlichen Regionen steigt die



Protestmarsch gegen das geplante Kohlekraftwerk in Rampal
(© NETZ)

Energienachfrage aufgrund modernisierter Agrartechnik und wachsender nicht-landwirtschaftlicher Industriezweige.

Gegenwärtig werden Vorhaben zur Energiegewinnung verfolgt, die mit der Zerstörung von Natur und Lebensgrundlagen für die lokale Bevölkerung einhergehen drohen. Der geplante Bau eines Kohlekraftwerkes in Rampal ist hierfür ein prominentes Beispiel. Die Anlage ist ein Gemeinschaftsprojekt der staatlichen indischen National Thermal Power Corporation (NTPC) und dem staatlichen Power Development Board von Bangladesch. Es soll 1.320 Megawatt Energie liefern und liegt in der Nähe der Sundarbans – dem größten und artenreichsten Mangrovenwald der Erde und seit 1997 UN-Weltnaturerbe. Der Bau würde zu massiven ökologischen und sozialen Verwerfungen führen. Richtungsentscheidungen wurden getroffen, bevor Umweltgutachten vorlagen. Kritik an Gutachten, die von der Regierung in Auftrag gegeben wurden, und unabhängige Studien, die den wirtschaftlichen Mehrwert niedriger einstufen als die sozialen und ökologischen Schäden, wurden ignoriert. Internationale Investoren wie z. B. der Norwegische Pensionsfond haben NTPC wegen der Gefahren für die Umwelt bereits aus ihrem Portfolio gestrichen. NTPC ist auch Kunde der Deutschen Bank. Diese wurde bereits von deutschen Organisationen aufgefordert, nicht als Geldgeber für das Kraftwerk in Rampal zu fungieren.



Näherinnen in einer Textilfabrik in Bangladesch
(© NETZ)

Frauen im Transformationsprozess

Auch der sozio-ökonomische Transformationsprozess der Frauen wird nicht angemessen durch den Staat und die Gesellschaft flankiert. Der Eintritt in den nationalen und internationalen Arbeitsmarkt führt zu gesellschaftlichen oder innerfamiliären Konflikten. Unabhängig davon, wie stark Frauen mittlerweile als Individuen oder als Bürgerinnen auftreten, werden sie in ihren Familien oder in der Öffentlichkeit noch immer ihrer Rechte beraubt. Neu gewonnene Freiheiten durch die Teilhabe an wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aktivitäten wird zum Teil mit Gewalt begegnet. Frauen arbeiten häufig in prekärer Lohnarbeit. Der Ausbau von staatlichen Sicherungsleistungen für Frauen im Arbeitsleben hinkt hinterher. Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz und auf dem Weg zum Arbeitsplatz für Frauen sind defizitär oder gar nicht vorhanden. Eine Arbeitsrechtsgesetzgebung, die Bedürfnisse von Arbeitnehmerinnen zum Inhalt hat, muss erst noch erarbeitet werden. Auch der Mangel an solchen flankierenden Maßnahmen hat in der Vergangenheit vor allem in der Textilindustrie zu Arbeitskämpfen geführt, denen der Staat mit Gewalt begegnet ist. Weitere scheinen vorprogrammiert.

Risiko Wachstumsideologie

Regierungsvertreter*innen in Bangladesch verweisen immer häufiger auf Länder wie Malaysia oder Singapur, wo industrielle Entwicklung Vorrang vor Demokratie habe. Um das Ziel zu erreichen, bis 2021

ein Land mit mittlerem Einkommen zu sein, müsse man Kontinuität und Stabilität herstellen. So müsse es im nationalen Interesse sein, durch Wirtschaftswachstum zum 2021-Ziel beizutragen. Kritik, z. B. in den Medien oder aus der Zivilgesellschaft, wird hingegen zunehmend als Stabilitätsrisiko interpretiert. Entsprechend häufen sich Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die Bangladeschs auf Raubbauökonomie und prekäre Lohnarbeit fokussiertes Entwicklungsmodell kritisieren. In diesem Licht sind auch neu eingeführte Gesetzgebungen zu lesen: Die im Oktober 2016 novellierte NGO-Gesetzgebung sieht drakonische Strafen vor, sollten sich NGOs regierungskritisch äußern oder gegen nationale Interessen handeln. Gesetze mit ähnlichem Strafkatalog wurden verabschiedet, um Kritik im Internet und über soziale Medien einzudämmen. Schwammige Formulierungen in den Gesetzestexten laden dazu ein, Interpretationsspielräume missbräuchlich zu nutzen.

Zivilgesellschaftliche Strategien

Diese sozio-ökonomischen Transformationsprozesse setzen den Rahmen, innerhalb dessen sich Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen künftig bewegen müssen, um die Konsolidierung der Erfolge des Landes zu unterstützen und um gute Regierungsführung und Menschenrechte einzufordern. Eine stärkere Verknüpfung herkömmlicher NGOs und Menschenrechtsorganisationen mit Blogger*innen oder sozialen Bewegungen scheint von Nöten, um repressiven Strukturen wirksam entgegen treten zu können. Beide Seiten können hinsichtlich ihrer Strategien voneinander lernen und gemeinsame Vorgehensweisen erarbeiten. Und: Im Zuge einer wahrscheinlichen Zunahme sozialer Konflikte um den Zugang zu Ressourcen bzw. für die Ausarbeitung und Umsetzung friedlicher Konfliktlösungsstrategien bedarf es in Bangladesch des Aus- und Aufbaus von Kompetenzen in gewaltfreier Konflikttransformation.

Über den Autor

Dirk Saam ist Leiter des politischen Dialogs der Bangladesch-Organisation NETZ – Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit.

Der zahnlose Tiger

Die Philippinen im Wirtschaftswachstum

von Lilli Breining

Die Philippinen erfuhren in den letzten sechs Jahren mit 6,3 Prozent das größte Wirtschaftswachstum seit vierzig Jahren – im letzten Viertel des Jahres 2016 sind es sogar 7,1 Prozent. Der Archipel gehört zu den Ländern in Asien, deren Wirtschaft am schnellsten wächst. Doch das Wachstum ist für Millionen von Bürger*innen eine Illusion, welche nur der Elite dient. Der zunehmende Rückzug des Staates und die Integration der heimischen Wirtschaft auf dem internationalen Markt haben die Feudalstrukturen noch weiter bestärkt, folglich sind die Philippinen eine der weltweit ungleichsten Gesellschaften.

Bei einer Bevölkerungszahl von über 100 Millionen Einwohner*innen bezeichnen sich über die Hälfte (55 Prozent) der Menschen als arm. Das Bruttoinlandsprodukt wächst, aber das Pro-Kopf-Einkommen stagniert. Vierzig Prozent des Wirtschaftseinkommens verteilt sich auf 84 Prozent der Bevölkerung. Die Philippine Statistics Authority gibt an, dass die Armutsquote seit 2012 von 25,2 Prozent auf 21,6 Prozent in 2015 zurückgegangen ist. Im Verhältnis hat sich die Quote der in extremer Armut lebenden Personen im letzten Jahrzehnt kaum verändert und beträgt zehn Prozent, rund zwölf Millionen Menschen. Mit der Ausnahme von wenigen Milliardär*innen und Menschen des Mittelstandes – vornehmlich abhängig vom Einzelhandel, dem Immobilienmarkt oder dem Outsourcing von Unternehmensprozessen – gibt es kaum weitreichende, wirtschaftsfördernde Entwicklungen, die das Land voranbringen. Der reichste Mann in den Philippinen, Henry Sy, sagte: »Erfolg hält nicht an, wenn du dich nicht darum kümmerst.« Nun meint er damit wahrscheinlich seine private Karriere, aber es trifft auch auf die Gesellschaft zu, wenn man das Wachstum nur am gesteigerten Bruttoinlandsprodukt ausmacht. Auch um den wirtschaftlichen Erfolg

einer Gesellschaft muss man sich »kümern«, um die Arbeitslosen- und Armutsrate zu senken und eine soziale Grundversorgung zu ermöglichen.

Ähnlich wie in anderen Ländern haben die Philippinen in den 1990er Jahren ihre Wirtschaft stark geöffnet und liberalisiert, dies beinhaltete eine massive Privatisierung insbesondere von Schlüsselsektoren wie Wasser, Infrastruktur und Energie. Der Bankensektor wurde liberalisiert, staatliche Betriebe wurden privatisiert, die meisten Handelsbarrieren abgeschafft und öffentliche Dienste in private Hände gegeben. Der Durchschnittslohn stagnierte, die Armutsquote blieb zweistellig und die Arbeitslosenrate stieg sogar leicht an in den vergangenen »Boomjahren«. Dies hat dazu geführt, dass zum Beispiel der Energiesektor von wenigen Familienunternehmen (wie Aboitiz oder Meralco) beherrscht wird und zu einem der lukrativsten Gewerbe im Land wurde – auf Kosten der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls. Der Preis für Strom in den Philippinen ist der höchste in Asien, sogar höher als in Japan. Während die Preise für Wasser und Elektrizität zunehmend unerschwinglich werden, können große Ölfirmen die Marktpreise ohne prüfende Blicke oder Regulationen bestimmen. Die unerschwinglichen Strompreise schrecken auch Investoren ab, Produktionsstätten in den Philippinen zu errichten. Ob es auf dem philippinischen Markt in allen Sektoren einen realen Wettbewerb gibt, ist fraglich. Sicher ist: der Staat hat sich aus seiner Verantwortung zurückgezogen und die Privatwirtschaft hat übernommen, die Probleme bestehen jedoch weiterhin oder werden sogar größer. Der private Sektor – 86 Prozent der Gesamtwirtschaft (!) – konzentriert sich hauptsächlich auf Luxusimmobilien und -güter anstatt auf die verarbeitende Industrie, wo viel mehr Arbeitsplätze für die mittleren und unteren Schichten geschaffen werden könnten.



Manila Bay, die Metropole der Philippinen
(© Lilli Breininger)

Woher das Wachstum?

Die treibenden Kräfte des Wachstums sind: Der private Konsum als Nachfrage und der Dienstleistungssektor als Angebot. Der Dienstleistungssektor hat sich in den vergangenen Jahren zur tragenden Säule der philippinischen Wirtschaft entwickelt, vor allem in den Bereichen Telekommunikation, Call Center und Unternehmens-Outsourcing (business process outsourcing, BPO). Die Philippinen sind das weltweit zweitgrößte Outsourcing-Ziel nach Indien. Die philippinische Wirtschaft weist die für viele Entwicklungsländer typische Zweiteilung auf: Moderne Elektronik-Industrie und boomender Dienstleistungssektor mit einer großen Armut und einer leidenden Subsistenzwirtschaft. Die Landwirtschaft beschäftigt rund ein Drittel der Arbeitskräfte, der Anteil am Sozialprodukt beträgt jedoch nur noch etwa 15 Prozent. Die Elektronik-Industrie trägt etwa ein Drittel zur Entstehung des Sozialprodukts bei. Der Zusammenbau im Bereich Halbleiter und elektronische Bauteile machte in den vergangenen Jahren etwa zwei Drittel der philippinischen Exporte aus. Weitere Wachstumssektoren sind der Bausektor sowie die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie.

Die Verfechter der »Philippine Tiger Economy« fokussieren stark auf dem Outsourcing-Boom und beschreiben die Philippinen als führenden Bestreiter der neu aufstrebenden Märkte, zudem kämen dem Land Verbesserungen in Transparenz und Effektivität in der Steuerpolitik zugute. Die Beobachtungen mögen zutreffen, doch die Auswirkungen des Outsourcings auf politische und mikroökonomische Entwicklungen

werden weit überschätzt. Der Outsourcing-Industrie fehlt die Wirtschaftlichkeit durch Massenproduktion in den Philippinen, das heißt, sie kann jederzeit in ein anderes Land umziehen. Die Arbeitsplätze dieses Sektors sprechen nur eine Minderheit der Filipin@s an und zwar diejenigen, die fließend Englisch sprechen – am besten mit einem authentischen amerikanischen Akzent – ganz zu schweigen von den äußerst prekären Arbeitsverhältnissen. Des Weiteren bringt der Sektor keinen Vorteil für die Gesellschaft, keinen Wissens- oder Technologie-Transfer oder andere Innovationen, die Millionen von studierten Ingenieur*innen und Naturwissenschaftler*innen zugutekommen könnten. Der direkte Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsleben ist begrenzt und wird zum Beispiel durch Sonderwirtschaftszonen an vielen Stellen noch weiter eingeschränkt.

Leider bieten die bisher von der Regierung geförderten Sektoren nur geringwertige Arbeit und geringe Verdienste an, wie im Outsourcing, im Bergbau, im Tourismus, in den Sonderwirtschaftszonen für den Export oder beim Export von Arbeitskräften, zum Beispiel dem Export philippinischer Pflegekräfte nach Deutschland. In all diesen Sektoren verdienen ausländische Investoren und deren Wirtschaft unverhältnismäßig besser als Filipin@s selbst. Der private Konsum in den Philippinen wird auch durch die Rücküberweisungen der Oversea Filipino Workers (OFW) mitfinanziert. Die Abhängigkeit der Gesamtwirtschaft von Rücküberweisungen (etwa zehn Prozent des BIP) ist ein weiteres Indiz für die Unfähigkeit – oder den Unwillen – inländisches Wachstum zu fördern.

Warum ist die Armut weiterhin hoch?

Strukturelle Änderungen sind notwendig, um Armut effektiv zu reduzieren. Auf die Armutsbekämpfung reagiert die Regierung mit dem Programm des Conditional Cash Transfers (CCT), in den Philippinen besser bekannt als 4-P-Program: Panatawid Pamilyang Pilipino Program, welches den Ärmsten unter den Armen helfen soll. Jede förderfähige Familie bekommt 1.400 Peso (etwa 26 Euro) im Monat dafür, dass sie medizinische Versorgung nutzt und die Kinder zur Schule gehen. Dies steigert die Alphabetisierungsrate und senkt die Müttersterblichkeitsrate. Diese Lösung ist aus drei Gründen sehr beliebt bei der Regierung:



das Programm ist günstig und leicht zu verwalten, es vermittelt das Bild einer fürsorglichen Regierung und richtet sich an die Verwundbarsten der Bevölkerung, die sich nach sozialer Unterstützung sehnen und leicht zu mobilisieren sind. Aber im Sinne einer grundlegenden und nachhaltigen Armutsreduktion sowie sozialer Sicherheit haben CCT-Programme nur einen geringen Einfluss und verstärken eher noch die Abhängigkeit von Patronen.

Ebenso bleibt das Problem der Arbeitslosigkeit für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft erhalten. Die ILO (International Labor Organization) berichtet, dass auch die Arbeitslosenquote mit 7,3 Prozent (2013) sich kaum verändert hat und zudem die höchste in ganz Asien ist. Selbst wenn die Arbeitslosenquote zurückgeht, sind viele Menschen unterbeschäftigt oder brauchen eine zusätzliche Arbeit, um mit ihrem Einkommen überleben zu können.

Hindernisse

Die Philippinen verzeichnen nach 1970 eine eher schwergängige Wirtschaft. Die Gründe dafür liegen in geringen landwirtschaftlichen Erträgen und hohen Produktionskosten im Industriesektor (bei geringer Produktivität). Die Erfahrung in Ostasien zeigt, dass ein schnelles Wachstum (in drei bis vier Jahrzehnten) eine Verschiebung der Beschäftigung vom Landwirtschaftssektor hin zum industriellen und Dienstleistungs-

Dicht bebaute Wohnsiedlungen sind Standard in Manila
(© Lilli Breiningner)

ungssektor fördert. Signifikante Herausforderungen sind in den Philippinen die Infrastruktur, bewaffnete Konflikte, die Folgen des Klimawandels (Wiederaufbau nach dem Taifun Haiyan), Korruptionsskandale und Schwarzwirtschaften, sowie Engpässe in der Energieversorgung. Die Korruption auf höchster Ebene – von Präsident*innen über Senator*innen hin zu Gouverneur*innen – ist einer der größten Bremsfaktoren für die Entwicklung des Landes. Die Steuerquote (Anteil der Steuern am BIP) liegt bei lediglich etwa 14 Prozent. Diese im Vergleich zu den Nachbarländern niedrige Zahl ist vor allem auf eine geringe Effizienz bei der Steuererhebung zurückzuführen. Der Weltbank zufolge könnte das Land mit einem zusätzlichen Steuereinkommen von 700 Milliarden Peso einen wesentlichen Beitrag zur Armutsreduktion leisten. Die Rückzahlung von Auslandsschulden und die Personalkosten der Regierungsverwaltung absorbierten in der jüngeren Vergangenheit nahezu 90 Prozent des Haushalts. Auslandsschulden betragen 2014 umgerechnet 77 Mrd. US-Dollar, das sind 27,3 Prozent des BIP.

Wegweiser

Die bisherigen Reformen konnten vielleicht das Bruttoinlandsprodukt steigern, tiefgreifend waren sie jedoch nicht. Wichtige gesetzgebende Maßnahmen



könnten das Wachstum nachhaltiger und inklusiver machen. Dazu gehören die Friedensverhandlungen mit der Linken und den Bangsamoro, die Rationalisierung von Steueranreizen und Bergbaueinkommen sowie Reformen im Wasser- und Energiesektor. Auch Investitionen in den Gesundheits- und Bildungssektor sowie eine effektive Landreform sind zentrale Bausteine für eine nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität. Statt wirtschaftlicher Liberalisierung und zunehmender Privatisierung würde die philippinische Wirtschaft auf lange Zeit eher davon profitieren, verstärkte staatliche Reglementierung durchzusetzen, insbesondere um geheimen Absprachen der Oligarchen entgegenzuwirken. Somit könnten auch die Interessen der Konsument*innen geschützt, die Produktivität in den Sektoren durch Transparenz und Rechtsstaatlichkeit gefördert und der strategische Schutz der Schlüssel-sektoren gegenüber anderen gewahrt werden, selbst – oder eben gerade – in einer Zeit der wirtschaftlichen Globalisierung. Denn globale Freihandelsverträge – wie das Transatlantic Partnership Agreement – können wiederum starken Einfluss auf den philippinischen Markt ausüben. Ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Philippinen würde sich zum Nachteil von kleinen Fischereibetrieben auswirken und den Zugang zur medizinischen Grundversorgung erschweren. Die Duterte-Regierung pocht auf eine große Veränderung zugunsten der benachteiligten Bevölkerung, die beiden Friedensverhandlungen laufen, auch im

Ein Fischer auf dem Weg zur Arbeit. Wird er genug fangen, um seine Familie zu ernähren? (© Lilli Breining)

Bergbausektor werden neue Zeichen gesetzt. Dennoch spricht sich Duterte für eine liberale Öffnung der Wirtschaft aus und orientiert sich viel mehr in Richtung China. Ob er es trotzdem schafft, wie angekündigt, die Zeitarbeit abzubauen und die Korruption der nationalen Elite zu regulieren, sei dahingestellt.

Über die Autorin:

Lilli Breining ist Geschäftsführerin des philippinenbüro e.V. Als gelernte Ethnologin studierte sie die Indigenen Völker Mindanaos und arbeitete auch zum Thema Rohstoffabbau in den Philippinen.

Es geht bergauf – wie lange noch?

Bergbaureformen in den Philippinen

von Farah Sevilla und Jaybee Garganera

Die Wahl des früheren Bürgermeisters von Davao City, Rodrigo Roa Duterte, zum philippinischen Präsidenten ist für Alyansa Tigil Mina (ATM, Allianz gegen Bergbau) eine erfreuliche Entwicklung. Als vielversprechende, tatkräftige und unnachgiebige Führungspersönlichkeit im Bergbausektor wird von ihm erwartet, dass er der lautstarken Forderung von den durch Bergbau betroffenen Gemeinden, die mühevoll ihr Land verteidigen, Gehör schenkt. Das rührt von seinem Wahlversprechen, in welchem er unter anderem beteuerte, die Problematik des Bergbaus und der Umweltprobleme anzugehen.

Duterte selbst sagte, dass Bergbau und Abholzung veraltete Industrien seien, die er allmählich beenden wird. Er erinnerte Bergbauunternehmen daran, Umweltstandards strikt einzuhalten oder er werde sie stoppen und von dem Beitrag zum BIP über 40 Milliarden Peso (oder weniger als ein Prozent im jährlichen Durchschnitt des letzten Jahrzehnts) absehen.

Dass Duterte Regina Paz »Gina« Lopez, eine bekannte Umweltschützerin, zur Umweltministerin und Vorsitzenden des Umweltministeriums (Department of Environment and Natural Resources, DENR) ernannte, war ein guter Start. Als einen der ersten Schritte führte die neue DENR-Vorsitzende Beratungsgespräche mit verschiedenen Interessengruppen und Gemeinden durch.

Jedoch stellt ATM auch fest, dass Duterte erklärt hat, die wirtschaftlichen Grundsätze der Aquino-Regierung zu übernehmen, welche die Philippinen weiterhin attraktiv für ausländische Investoren machen und ausländische Direktinvestitionen durch neue Provisionen in der Verfassung gewährleisten soll. Nach den ersten hundert Tagen der neuen Regierung konnten

zwar schon mehrere Erfolge verbucht werden, jedoch fehlt es immer noch an echten Reformen.

Die Ernennung von Gina Lopez, einer Verfechterin der Umwelt und der sozialen Gerechtigkeit

ATM hat den Präsidentschaftswahlkampf aktiv genutzt, um Pro-Bergbau-Kandidat*innen die in Bergbau investiert haben oder die Bergbau-Investitionen fördern oder von Einzelpersonen unterstützt wurden, die mit Bergbau-Firmen in Verbindung stehen, bloß zu stellen. Die Koalition Green Thumb (GTC) und andere Menschenrechtsgruppen haben für den Wahlkampf Plattformen geschaffen, um umweltrelevante Belange in den Mittelpunkt des Wahlkampfs zu stellen. Eine der führenden Stimmen der Koalition war Gina Lopez, welche zu diesem Zeitpunkt die ABS-CBN Lingkod Kapamilya Foundation Inc. führte. Sie ist bekannt als zähe Gegnerin des Bergbaus und hat massiv in die Förderung von Ökotourismus und Projekte für die nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlage investiert, um ländliche Gemeinden in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Sie hat das Bantay Kalikasan (Rettet die Umwelt) Projekt angeführt, das den Pasig-Fluss und andere Wasserwege rehabilitierte, ebenso die Save Palawan Bewegung – Nein zu Bergbau in Palawan, welche darauf abzielte, zehn Millionen Unterschriften für den Schutz Palawans vor destruktiven Bergbau-Projekten zu sammeln.

ATM begann die Zusammenarbeit mit Gina Lopez im Jahr 2010, als bei der Save Palawan Kampagne Dr. Gerry Ortega ermordet wurde, der sich im Radio und Fernsehen lautstark gegen den Bergbau in Palawan wehrte. Nach seinem Tod im Jahr 2011 wurde Lopez zur Verfechterin für Anti-Bergbau-Gemeinden im ganzen Land.

Lopez ist die erste Umweltministerin, welche den angeschlagenen Zustand der philippinischen Umwelt einschaut. Unter ihrer Leitung kam es in den vergangenen Monaten zu Reformen im Ministerium, einschließlich der Ernennung eines Unterstaatssekretärs für Zivilgesellschaft und bürgerliche Partnerschaften. Dies gewährt die Mitsprache der Zivilgesellschaft und Gemeinden und bietet die Möglichkeit von lokaler Ebene aus in Prozesse einzugreifen, um die Umwelt zu schützen und die natürlichen Ressourcen der Philippinen zu erhalten. Als Lopez das Amt der Umweltministerin übernahm, organisierte sie mehrere regionale Umweltgipfel zusammen mit Akademiker*innen und der Zivilgesellschaft, um sich einen Überblick über den Zustand der Umwelt und die jeweiligen Herausforderungen in den einzelnen Regionen zu schaffen. Die ATM-Mitglieder aus unterschiedlichen Konfliktgebieten haben sich aktiv an den vom Umweltministerium organisierten Treffen beteiligt und ihre Empfehlungen abgegeben.

Im August 2016 hat Lopez bereits elf Bergbauprojekte in Zambales, Surigao del Norte, Palawan, Bulacan und Samar suspendiert. Gründe waren die Umweltbelastung der Minenprojekte, einschließlich Schäden im Gewässersystem, Verschmutzung und unsystematische Bergbaumethoden. Die philippinische Bergbau-Industrie wurde mittlerweile ins Abseits gedrängt. Die philippinische Minenaufsicht zeigte sich wiederholt beunruhigt über die Reformen, die von Umweltministerin Lopez angeordnet wurden. Sie beschuldigt Lopez, eine Abneigung gegen sie zu haben. Mehrmals wurde Lopez von der Minenaufsicht angegriffen, vor allem nachdem sie ihre Verfügung (»Memorandum Order«) 2018-01 erlassen hatte, welche die Prüfung aller Bergbauprojekte anordnete und ein Moratorium für neue Bergbauprojekte erließ.

Prüfungsverfahren im Bergbausektor

Die Prüfung der Bergbauunternehmen wurde am 28. September 2016 abgeschlossen. Sie deckte 41 metallische, groß angelegte Bergbauprojekte ab. Eigentlich hätte diese Aufgabe von der früheren Regierung unter Aquino durchgeführt werden sollen, jedoch ist es nie so weit gekommen.

Das Hauptziel der Bergbau-Prüfungsverfahren war, »(1) die Angemessenheit und Wirksamkeit der Umwelt-

schutzmaßnahmen jeder Bergbaufirma zu ermitteln; (2) Lücken im Umweltschutz zu identifizieren; (3) angemessene Bestrafungen bei Verstoß gegen die Bergbau- und Umweltgesetze zu bestimmen, gemäß dem Befehl von Präsident Duterte für eine umfassende Überprüfung der erteilten Bergbau-Lizenzen.« Regierungsbeamte und Experten haben die Prüfungsverfahren durchgeführt. Nachdem ATM darauf bestanden hatte, dass die Prüfungsverfahren nicht legitim und glaubwürdig sind, wenn den von Bergbau betroffenen Gemeinden kein oder nicht ausreichend Gehör verschafft wird, wurden zivilgesellschaftliche Organisationen dazu eingeladen, sich an den Prüfungsverfahren zu beteiligen. Dies hat den Weg für eine aktive Beteiligung von ATM-Mitgliedern und Partnerorganisationen geebnet. Sie haben von den Konfliktgebieten und den Verstößen der Bergbauunternehmen erzählt und die negativen Auswirkungen von Bergbau geschildert.

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich an den Bergbau-Prüfungsverfahren beteiligten, waren damit beschäftigt, Beweise, Dokumentationen, Fälle und Berichte über Verstöße von Bergbauprojekten zusammenzutragen. Diejenigen, die an den Prüfungsverfahren teilnehmen konnten, ließen zu folgenden Punkten Bedenken aufkommen: die Auswirkungen von Bergbau auf die Lebensgrundlage der Menschen, die unzureichende Beratung und Zustimmung der lokalen Gebietskörperschaften und der betroffenen Bevölkerung, und die negativen Auswirkungen auf deren Recht auf Lebensgrundlage, eine sichere und intakte Umwelt, sowie die Meinungsfreiheit.

Am 28. September 2016 wurde vorgeschlagen, 20 Bergbauunternehmen zu suspendieren. Zum jetzigen Zeitpunkt werden die Ergebnisse des Prüfungsverfahrens jedoch von der philippinischen Minenaufsicht (Chamber of Mines of the Philippines, COMP) in Frage gestellt. Sie behauptet, dass die Zusammenarbeit von ATM mit dem Umweltministerium innerhalb des Bergbau-Prüfungsverfahrens »die Berichte der Überprüfer unrechtmäßig beeinflusst hat«.

ATM überprüft zurzeit, wie die Suspendierungen umgesetzt werden können und ob sich die Bergbauunternehmen an die vom Umweltministerium gestellten Bedingungen halten werden. Natürlich ist die Überwachung der Bergbauaktivitäten durch das Büro für Geowissenschaften (Geosciences Bureau, DENR-MGB) und der vierteiligen Kontrollgruppen in den Regionen

weiterhin mangelhaft und bleibt daher ein zentraler Kritikpunkt.

Gewinne erhalten und sich Veränderungen im Umweltministerium annähern

Mehrere Erfolge konnten in den vergangenen Monaten verbucht werden. Trotzdem gibt es immer noch mehr zu tun, um die Probleme der von Bergbau betroffenen Gemeinden anzugehen und die Reformen im Bergbausektor voranzubringen. ATM ist auf der Hut vor der Aufrichtigkeit der Regierung, was das Beheben von Schwachstellen in der derzeitigen Bergbau-Politik angeht. Wir glauben, dass unter der Duterte-Regierung alles seinen gewohnten Gang nimmt – bis endlich das Bergbaugesetz (RA 7942) aufgehoben und durch den »Philippine Mineral Resources Act« oder die »Alternative Minerals Management Bill« (AMMB) ersetzt wird. ATM macht sich in beiden Häusern des Kongresses dafür stark, sowohl im Repräsentantenhaus wie auch im Senat wurden schon separate Gesetzesentwürfe vorgelegt.

ATM verlangt auch nach institutionellen Reformen im Umweltministerium, insbesondere um verantwortliche Beamte, welche offenbar ihre Autorität missbrauchen oder gegen ihre Mandate verstoßen haben und/oder korrupt waren, zur Rechenschaft zu ziehen.

Man kann davon ausgehen, dass unter der Führung von Lopez die Reformen im Umweltministerium weiter vorangetrieben werden, da sie ein gutes Team an ihrer Seite hat. Jedoch hat der Präsident kürzlich einige Ernennungen im Umweltministerium gemacht, die alarmierend sind. Mitte Oktober berichteten die Nachrichten über den Rücktritt von Unterstaatssekretär Leo Jasareno, der die Bergbau-Prüfungsverfahren leitete. Mario Luis Jacinto wurde zum DENR Untersekretär ernannt und zum Direktor vom Mines and Geoscience Bureau (MGB). Ebenso ernannte Duterte Wilfredo Moncano zum neuen stellvertretenden Direktor des MGBs. Sowohl Jacinto und Moncano waren zuvor in Davao als Regierungsbeamte tätig.

Unmittelbar nach seiner Ernennung kündigte Jacinto an, Aquinos Verordnung (»Executive Order, EO 79«) zu Bergbau zu überdenken mit der Begründung, dass diese nicht mehr gebraucht würde, weil es bereits ein gutes Bergbaugesetz gäbe. Jacinto sagte, dass poli-

tische Handlungsempfehlungen bis Ende 2016 dazu führen werden, dass die EO 79 abgeschafft wird und der Weg für die Genehmigung neuer Bergbauprojekte geebnet wird.

Moncano, früherer Einsatzleiter von MGB in der Davao Region, erhielt negative Kritik, als er sagte, dass das lokale Bergbauverbot in Davao City nicht konsistent mit nationalen Gesetzen sei, was signalisiert, dass er *pro* Bergbau ist.

ATM behält die Entwicklungen der Reformen und der organisatorischen Re-Strukturierungen im Umweltministerium genau im Auge. Einige politische Maßnahmen sind vielleicht konzipiert, um Lopez Vision für das Ministerium zu untergraben. Obwohl wir glauben, dass nicht eine einzelne Person die notwendigen Veränderungen im Umweltministerium herbeiführen kann: sollte Ministerin Gina Lopez in den nächsten Monaten kündigen oder entlassen werden, wird sicherlich jede echte Anstrengung im Umweltministerium Reformen einzuführen, zum Scheitern verurteilt sein.

Alyansa Tigil Mina (ATM) oder die Philippinische Allianz gegen Bergbau ist eine Allianz von über 130 Organisationen von Bergbau betroffenen Gemeinden und ihren Unterstützerguppen bestehend aus Nichtregierungsorganisationen, bürgerlichen Bewegungen (People's Organizations, PO) und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Gemeinsam sind sie gegen die aggressive Förderung von groß angelegtem Bergbau in den Philippinen. Die Allianz setzt sich derzeit für ein Moratorium für offenen Tagebau ein, sowie die Aufhebung der Verfügung EO 270-A (Revitalisierung der philippinischen Bergbauindustrie), die Abschaffung des Bergbaugesetzes von 1995, und der Verabschiedung eines neuen nationalen Bergbaugesetzes »Alternative Minerals Management Bill« (AMMB).

Der Artikel liegt im Original auf Englisch vor und wurde von Sara Dürr ins Deutsche übersetzt.

Über die Autor*innen

Beide Autor*innen arbeiten für Alyansa Tigil Mina (ATM) und fokussieren sich auf die Auswirkungen des Rohstoffabbaus in den Philippinen. Farah Sevilla ist zuständig für Strategie- und Lobbyarbeit und Jaybee Garganera ist bundesweiter Koordinator.

Quantität vs. Qualität

Die Folgen des Massenausports von Pflegekräften auf den philippinischen Gesundheitssektor

von Shane Fischer

Die Philippinen bedienen seit den 1970er-Jahren mit einer aggressiven Exportpolitik von Arbeitskräften die globale Nachfrage nach Pflegekräften. Die Abwanderung der Bestqualifizierten hat im Herkunftsland jedoch weitreichende Wirkungsdynamiken und geht mit einem enormen Qualitätsverlust von Ausbildungsstätten und Gesundheitsinstitutionen einher. Aufgrund eines massiven Fachkräftemangels in Deutschland, wirbt auch die Bundesrepublik seit 2013 wieder Krankenpfleger*innen aus den Philippinen an. Bis zum Jahr 2020 sollen bis zu 220.000 Stellen aufgrund von mangelnden Pflegekräften unbesetzt bleiben. Die Anwerbung von ausländischem Pflegepersonal gilt für die Bundesregierung als Lösungsansatz, um den Fachkräftemangel zu kompensieren. Hierbei eröffnen sich für Deutschland politische Handlungsmöglichkeiten, die genutzt werden sollten.

»Brain drain« trotz Fachkräfteüberschuss

Der Kodex der Weltgesundheitsorganisation sieht vor, dass die Abwerbung von Gesundheitspersonal auf bilateraler Ebene nur dann vertretbar ist, wenn ein Fachkräfteüberschuss im Entsendeland vorhanden ist. Dies trifft auf die Philippinen zu, da das Land aus wirtschaftlichen Gründen bewusst mehr Pflegekräfte ausbildet als der nationale Arbeitsmarkt absorbieren kann. Und dennoch mangelt es den Philippinen an qualifiziertem Gesundheitspersonal. Die Professorin Marilyn E. Lorenzo von der University of the Philippine College of Public Health stellt passend fest: »There is no shortage. There are enough warm bodies here, but there is a shortage in terms of quality since the most

skilled and experienced nurses are the most likely to emigrate.« (Martin et al. 2004). Die große Anzahl von nachrückenden unerfahrenen Pflegekräften dient ausländischen Arbeitsmärkten als Rechtfertigungsgrundlage für die weitere Anwerbung philippinischer Pflegefachkräfte. Zurück bleibt ein Heer unerfahrener und/oder hochbelasteter Pflegekräfte, von dem ein Großteil migriert, sobald die nötigen Qualifikationen erworben sind, die in den philippinischen Gesundheitsinstitutionen so dringend benötigt werden.

Die hohen Ausbildungskosten können mit einer Anstellung in den Philippinen kaum kompensiert werden. Dies ist den meisten Krankenpfleger*innen schon vor der Ausbildung bewusst und sie beginnen diese ohnehin mit der alleinigen Absicht, später im Ausland zu arbeiten. Kein Wunder, denn die hohe Verantwortung ist gekoppelt mit miserablen Arbeitsbedingungen, einer Bezahlung von bestenfalls 400 Euro pro Monat und geringen Weiterbildungsmöglichkeiten. Diese schlechten Bedingungen betreffen nicht nur Pflegekräfte, sondern auch philippinische Ärzt*innen, deren Gehalt zwischen 300 und 700 Euro monatlich liegt. »Nurse medics« nennt man die Mediziner*innen, die sich zu Pflegekräften umschulen lassen. In ihrem Bericht aus dem Jahr 2005 geht die Philippine Hospital Association davon aus, dass 80 Prozent aller Ärzt*innen des öffentlichen Gesundheitssektors entweder gerade eine Umschulung zur Pflegekraft gemacht haben oder diese bereits hinter sich hatten. Der einfachere Zugang zu Arbeitsvisa für philippinische Pflegekräfte als für philippinische Ärzt*innen ist ein entscheidender Faktor, der zum Phänomen der »nurse medics« führt (Brush et al. 2010).

Die Qualität des philippinischen Gesundheitssektors leidet folglich nicht nur am »brain drain«, sondern verliert auch hochqualifiziertes medizinisches Personal an Positionen im Ausland, für die viele überqualifiziert sind. Dieser »brain waste« betrifft nicht nur die

»nurse medics« sondern auch Krankenschwestern, die als Hausmädchen in Haushalten Asiens und denen der arabischen Halbinsel beschäftigt sind.

Hohe Ausbildungskosten, geringe Qualität

Angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen und hohen Ausbildungskosten für philippinische Pflegekräfte ist es unwahrscheinlich, dass der Beruf der Pflegekraft sich ohne die Perspektive der erfolgreichen Auslandsmigration solcher Beliebtheit erfreuen würde. Die Privatwirtschaft machte sich die große lokale Nachfrage zu Nutze und reagierte schnell mit der Gründung privater »nursing schools«, die aus unternehmerischer Sicht eine lukrative Investition darstellen, wenn man bedenkt, dass die Ausbildung zur Pflegekraft zu den teuersten Studiengängen in den Philippinen gehört. Dass diese Schulen häufig mehr an Profitmaximierung als an einer qualitativ hochwertigen Ausbildung interessiert sind, spiegelt sich in den schlechten Erfolgsquoten des zentralen Abschlussexamens wider. Der Anteil der erfolgreichen Absolvent*innen lag im Jahr 2014 nur noch bei 38 Prozent (siehe untenstehende Tabelle) im krassen Kontrast zu durchschnittlich 85 Prozent in den 1970er und 1980er Jahren. Immer wieder werden Schulen von der Commission of Higher Education (CHED) geschlossen, weil sie den Standards nicht entsprechen. In ihrem Online-Portal berichtete eine der bekanntesten philippinischen Tageszeitungen

Erfolgsquoten der Abschlussexamen 1994–2014

Jahr	Prüflinge	AbsolventInnen	AbsolventInnen (%)
1994	41.459	25.477	61,5
1995	38.689	22.532	58,2
1996	25.163	13.643	54,2
1997	19.546	9.776	50,0
1998	17.101	9.541	55,8
1999	13.152	6.558	49,9
2000	9.270	4.601	49,6
2001	8.269	4.430	53,6
2002	9.449	4.228	44,7
2003	15.606	7.526	48,2
2004	25.294	12.581	49,7
2005	50.280	25.951	51,6
2014	29.188	11.225	38,0

Quelle: nach GALVEZ-TAN (2006), zitiert nach BRUSH u. SOCHALSKI (2007: 41); PRC (2014).

im Juni 2013 über die Schließung von 218 der bis dahin bestehenden 491 »nursing schools«.

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt im philippinischen Gesundheitssektor wird durch große Einkommensunterschiede zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen charakterisiert. Die Gehälter im öffentlichen Bereich übersteigen die des privaten Sektors um fast 40 Prozent, denn diese sind gemäß dem philippinischen Gesetz festgelegt, während die Gehälter der Privatkliniken vom Markt reguliert werden. Angesichts des Überangebots an Pflegekräften können private Arbeitgeber ihre Gehaltszahlungen auf niedrigem Niveau zu schlechten Konditionen halten: oftmals arbeiten frisch Graduierte als »volunteer nurse« ohne Bezahlung, um die für die Auslandsmigration benötigte Berufserfahrung sammeln zu können. Für die Bereitstellung dieser »Möglichkeit« lassen sich Privatkliniken nicht selten sogar bezahlen. Die hohen Anforderungen trotz schlechter Arbeitsbedingungen können sich die Krankenhäuser leisten, denn schließlich gibt es weit mehr Pflegekräfte als verfügbare Stellen. Die Daten, die bezüglich der Anzahl der arbeitslosen Pflegekräfte in der Literatur und von Institutionen angegeben werden, sind nicht einheitlich und reichen von 200.000 bis zu 400.000 arbeitslosen Pflegekräften (Francisco u. Macaranas 2014).

Fatale Folgen für den philippinischen Gesundheitssektor

Durch die Migration erfahrener Pflegekräfte und Mediziner*innen ist die Fluktuationsrate in den Krankenhäusern enorm hoch. Der Mangel an hochqualifiziertem Personal hat jedoch noch weitreichendere Konsequenzen: zwischen 2003 und 2005 wurden 1.000 Krankenhäuser ganz oder teilweise geschlossen. Zurückgeführt werden die Schließungen auf den Mangel an Ärzt*innen und berufserfahrenen Pflegekräften, der mit Defiziten in der Qualitätssicherung einherging und zum Entzug der Akkreditierung der Krankenhäuser führte. Dies resultierte in einem verschlechterten Pflegekraft-Patient*innen Verhältnis: während eine Pflegekraft in den 1990er Jahren 15 bis 20 Patient*innen betreute, waren es 2005 bereits 40 bis 60 Patient*innen. In den ländlichen Gebieten



Ein Teil der philippinischen Pflegekräfte, die durch das Triple Win-Projekt rekrutiert wurden. Seit 2014 wurden in diesem Rahmen 340 philippinische Pflegekräfte vermittelt
(© Shane Fischer)

ist das Verhältnis noch schlechter. Das National Statistics Office (NSO) berichtet, dass durch den verminderten Zugang zu medizinischer Versorgung die Fälle, in denen der Tod ohne medizinische Beaufsichtigung eingetreten ist, von 1995 bis 2005 um 10 Prozent gestiegen sind. Die meisten Fälle traten zwischen 2003 und 2005 auf – dem Zeitraum mit den höchsten Abwanderungsraten von medizinischem Personal (Lorenzo et al. 2007: 1414).

Im Zuge der globalen Finanzkrise ist die Nachfrage an Pflegefachkräften zurückgegangen und führte mit einem enormen Anstieg an arbeitslosen Pflegekräften zu einer zusätzlichen Belastung des philippinischen Arbeitsmarktes. Hier wird die Problematik der »Kultur der Abhängigkeit« deutlich: wenn sich Nachfragestrukturen des Weltmarktes nachteilig für die Philippinen ändern, verfügt der nationale Arbeitsmarkt nur über schwache Regulierungsmechanismen, um solchen Entwicklungen entgegen wirken zu können.

Schlussbetrachtung

Die ausgewanderten Pflegefachkräfte tragen zwar mit ihren Rücküberweisungen zur Stabilität der philippinischen Wirtschaft bei, jedoch geht ihre Migration ins Ausland zu Lasten des öffentlichen Gesundheitssektors. Selbst bei Remigration würde der »brain gain« für den Gesundheitssektor wahrscheinlich ausbleiben, denn die im Ausland erworbenen Kompetenzen könnten in den Philippinen kaum eingebracht werden, da es an der entsprechenden Ausstattung in den Krankenhäusern fehlt.

»Triple Win« nennt sich ein Projekt der Bundesagentur für Arbeit und der Gesellschaft für internationale

Zusammenarbeit (GIZ), das ausländische Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt rekrutiert. Im Gegensatz zum philippinischen Gesundheitssektor profitieren die philippinischen Krankenpfleger*innen von einer Anstellung in Deutschland. Auch wenn die Migration mit sozialen Kosten verknüpft ist, ermöglicht sie ihnen persönliche Lebenspläne zu verwirklichen und gleichzeitig den Lebensstandard der Familienangehörigen in den Philippinen zu erhöhen. Aufnahmeländer – wie Deutschland – sollten sich in der Pflicht sehen, den Problemen die mit der Abwerbung hochqualifizierter Fachkräfte verknüpft sind, entgegenzuwirken. Gemeinsam mit der philippinischen Regierung muss nach Lösungsansätzen gesucht werden, die Anreize für eine Remigration schaffen und die Reintegration auslandserfahrener Fachkräfte ermöglichen. Hierfür braucht es eine entsprechende Infrastruktur, um die vorhandenen Kompetenzen der Remigrant*innen gewinnbringend für den heimischen Arbeitsmarkt nutzen zu können. Dabei stehen auch die Aufnahmeländer in der Verantwortung solche Prozesse in den Philippinen zu initiieren und voranzutreiben. Erst dann kann wirklich von einer »Triple-Win« Situation gesprochen werden.

Literaturempfehlungen

Brush, B.L. (2010): The Potent Lever of Toil: Nursing Development and Exportation in the Postcolonial Philippines. In: *Am J Public Health* 100(9). S. 1572–1581.

Francisco, J.P.S & F.M. Macaranas (2014): Decomposing the Public-Private Wage Gap for Nurses in the Philippines. Asian Institute of Management. Working Paper 14 1.

Lorenzo, F.M.E.; Galvez-Tan, J.; Icamina, K. & L. Javier (2007). Nurse migration from a source country perspective: Philippine country case study. In: *Health Services Research*, 42 (3). S. 1299–1320.

Martin, P.; Abella, M. & E. Midgley (2004): Best Practices to Manage Migration: The Philippines. In: *International Migration Review* 38 (4). S. 1544–1560.

Über die Autorin

Shane Fischer hat in Bonn Geographie studiert, sie lebt und arbeitet nun in Asien. Im Jahr 2014 hat sie ihre Masterarbeit im Kontext der Rekrutierung philippinischer Pflegekräfte durch die Bundesrepublik Deutschland verfasst.

Myanmars Bergland im Wandel

Extraktivismus, Einhegung von Land
und indigener Widerstand im Chin-Staat

von Rainer Einzenberger

Etwa ein Dutzend Dorfbewohner*innen ist an diesem Vormittag in der kleinen Dorfkirche von Phang Mai (Name geändert) im Norden des Chin-Staats am Fuß der Chin-Berge zusammengekommen. Es ist ein kleines, unscheinbares Dorf, umringt von Reisfeldern und einer sanften Hügellandschaft im Nordwesten Myanmars, nur wenige Autostunden von der indischen Grenze entfernt. Doch an diesem Montagnachmittag wird in der apostolischen Kirche keine Messe gefeiert. Man ist zusammengekommen, um sich über rechtliche Grundlagen von »Gemeindewäldern« zu informieren. Sogenannte Gemeindewälder (Community Forests) sind eine Form der kommunalen Verwaltung von Waldflächen. Sie werden vom Forstministerium anerkannt und bieten Gemeinden vor allem in Gebieten, die von Landkonflikten betroffen sind, einen gewissen Schutz vor Enteignung.

Indigener Widerstand: Das Mwetaung Bergbauprojekt

Die Einwohner*innen von Phang Mai haben einen guten Grund, um ihr Dorf und ihr Land besorgt zu sein. Seit einigen Jahren sind sie mit einem geplanten Bergbauprojekt in unmittelbarer Nähe konfrontiert. Weil sich das Dorf ohne Genehmigung auf staatlichem Forstgebiet befindet, befürchten die Bewohner*innen, im Falle einer Verwirklichung des Minenprojektes, aus ihrem Dorf vertrieben zu werden oder zumindest den Verlust ihrer Anbauflächen. Seit langer Zeit ist bekannt, dass in den Hügeln am Rande des Dorfes, die als »Mwetaung« oder »Gullu Mual« bekannt sind, wertvolle Nickel und Chromvorkommen schlummern. Viele Jahrzehnte lang ist nichts geschehen. Zu Zeiten

der Militärdiktatur in Myanmar gab es weder die finanziellen Mittel noch das technische Knowhow im Land, die wertvollen Bodenschätze zu erschließen. Doch nach der wirtschaftlichen und politischen Öffnung nach dem Ende des birmanischen Sozialismus und dem steigenden Interesse Chinas an Auslandsinvestitionen zu Beginn des neuen Millenniums änderte sich die Lage. Davon betroffen waren vor allem die rohstoffreichen ethnischen Teilstaaten Myanmars.

Im Jahr 2005 schloss die chinesische Bergbaufirma Kinbao einen ersten Explorationsvertrag mit dem zuständigen Bergbauministerium ab. Später übernahm die chinesische Firma North Mining Investment Co Ltd. die weiteren Erkundungen und Planungen.

Infobox

Chin-Staat:

Der Chin-Staat im Nord-Westen Myanmars an der Grenze zu Bangladesch und Indien ist nach der ethnischen Gruppe der »Chin« benannt. Sie bilden die Mehrheit der ca. 500.000 Einwohner*innen des Staates. Die Bezeichnung »Chin« ist jedoch ein Sammelbegriff, der Dutzende verschiedener Sprachgruppen umfasst. Nicht alle Gruppen akzeptieren den Namen »Chin«, wie zum Beispiel die »Zomi« im Norden des Chin-Staats. Der Chin-Staat ist überwiegend christianisiert und wird oft als der »ärmste« der ethnischen Staaten bezeichnet. Großteils bergig, durchschnittlich auf über 1.000m gelegen, ist der Staat bis heute schwer zugänglich. Aufgrund der geographischen Situation bildet der Wanderfeldbau seit jeher die wirtschaftliche Grundlage der Bevölkerung. Die einzige bewaffnete Gruppe im Chin-Staat, die Chin National Front (CNF), unterzeichnete im Jahr 2012 ein Waffenstillstandsabkommen mit der Zentralregierung



Chin Dorf umgeben von Gemeindeland und Wäldern
(© Rainer Einzenberger)

Im Dorf selbst erfuhr man von den Plänen erst 2012, als Mitarbeiter*innen einer Beratungsfirma aus Yangon im Auftrag der Investoren das Dorf besuchten. Die Berater*innen versuchten, Druck auf die Dorfvorsteher auszuüben, und sie zur Zustimmung zu dem Bergbauprojekt zu überreden, ohne jedoch konkrete Pläne vorzulegen. Sie versprachen neue Schulen, Krankenhäuser und Straßen im Gegenzug für die Unterstützung für das Projekt. Doch viele im Dorf blieben skeptisch und fürchteten um ihre Zukunft. »Das ganze Land rund um den Mwetaung-Berg wird landwirtschaftlich genutzt, auch die Berghänge, zum Maisanbau und für Obstgärten. Wir haben keinen legalen Anspruch auf unser Land, offiziell leben wir auf staatlichem Forstgebiet. Wir hatten Angst, dass wir den Kürzeren ziehen und unser Land verlieren«, schildert ein Dorfbewohner rückblickend seine Bedenken.

Unterstützt von lokalen zivilgesellschaftlichen Gruppen forderten die betroffenen Anwohner*innen von den chinesischen Investoren Transparenz und Antworten auf ihre Fragen nach den Auswirkungen des Projekts auf ihre Dörfer. Sie beriefen sich dabei auf das Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (free, prior and informed consent), festgelegt in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker (UNDRIP). Als Angehörige der ethnischen Minderheiten in Myanmar, jahrzehntelang von einer nationalistisch birmanischen Militärjunta marginalisiert und unterdrückt, sehen sich viele Chin-Aktivist*innen als eine indigene Gruppe Myanmars mit legitimen Rechten über ihr Land. Chin-Vertreter*innen waren bereits seit

den frühen 1990er Jahren in internationalen indigenen Foren an der Ausarbeitung der UNDRIP Deklaration beteiligt, die 2007 verabschiedet wurde.

Die lokalen Initiativen wurden durch internationale Proteste der Zomi-Diaspora aus dem nördlichen Chin-Staat ergänzt. Im August 2013 versammelten sich zahlreiche Gruppen von Zomi vor den chinesischen Botschaften in den USA, Indien und Australien, um gegen die aus ihrer Sicht illegale Ressourcenausbeutung auf ihrem Land zu protestieren. Sie forderten den Stopp des Bergbauprojektes und das Selbstbestimmungsrecht über ihr Land gemäß der UNDRIP. Der anhaltende Druck durch die lokale Zivilgesellschaft und internationale Proteste mündeten schließlich in mehreren öffentlichen Anhörungen mit Beteiligung der Regionalregierung des Chin-Staats, Investoren und der lokalen Bevölkerung. Nach zähen Diskussionen zogen sich die chinesischen Investoren schließlich aus dem Projekt zurück. Die Anwohner*innen erfuhren davon aus der Zeitung. Doch trotz der Erleichterung über den errungenen Sieg bleibt die Zukunft ungewiss. »Wir wissen, dass das Bergbauprojekt wiederbelebt werden könnte«, gibt ein Dorfbewohner zu bedenken. »Also bereiten wir uns vor und versuchen, die legale Anerkennung über unser Land zu bekommen. Deshalb informieren wir uns über Gemeinschaftswälder. Das ist eine der Möglichkeiten, die wir haben.«

Einhegung und Privatisierung von Gemeindeland

Doch große Bergbauprojekte sind im Chin-Staat bisher die Ausnahme. Oft schreitet die Privatisierung und



Enteignung von Land fast unbemerkt und schleichend voran. Ein Großteil des Berglandes im Chin-Staat wie auch in anderen Berggebieten Myanmars wird nach wie vor in Form von Wanderfeldbau (shifting cultivation) bewirtschaftet. Die Felder und Ländereien der Chin-Gemeinden, die Wanderfeldbau betreiben, werden meist kommunal genutzt und bewirtschaftet, nach tradierten Regeln, die über viele Generationen informell entstanden sind. Obwohl von Dorf zu Dorf unterschiedlich und historisch gewachsen, so weisen diese Gewohnheitsrechte wesentliche Gemeinsamkeiten auf. Die Verwaltung des Gemeindelands und der natürlichen Ressourcen erfolgt innerhalb des Dorfes, meist nur auf Basis mündlicher Vereinbarungen. Privatbesitz im engeren Sinn gibt es nur sehr eingeschränkt. Jeder/e im Dorf hat ein Anrecht auf Land zur Selbstversorgung. Die Nutzungsrechte werden unter den Dorfbewohner*innen jährlich neu vergeben, oft auch verlost. Verlässt ein Mitglied die Gemeinde, fällt das Land an die Dorfgemeinschaft zurück. Auch die Nutzung der Wälder und Flüsse auf Dorfgebiet erfolgt gemeinschaftlich nach festgelegten Regeln. Der Verkauf von Land an Privatpersonen außerhalb des Dorfes ist nach diesen Regeln meist tabu.

Doch der Druck auf Land als wertvolle Ressource im Zuge der Wirtschaftsliberalisierung und marktwirtschaftlicher Reformen in Myanmar macht sich auch im Chin-Staat bemerkbar. Im Jahr 2012 erließ die Zentralregierung in Naypyitaw mehrere Gesetze, mit dem Ziel der Öffnung der Landwirtschaft für Investitionen. Eines dieser Gesetze, das »Vacant, Fallow and Virgin Land Management Law«, ermöglicht die Verpachtung von »ungenutztem Land« an Privatpersonen und Unternehmen. Nach aktueller Gesetzeslage ist ein

Neu gerodete Fläche im Wanderfeldbau, Chin State
(© Rainer Einzenberger)

Großteil des Landes in den Berggebieten, das seit Generationen nach Gewohnheitsrecht bewirtschaftet wird, als »ungenutzt« klassifiziert und von Enteignung bedroht. Wanderfeldbau wurde von Regierung und Behörden bisher nicht anerkannt und als umweltschädlich gebrandmarkt.

Stattdessen fördern sie eine Umstellung auf Monokulturen und Intensivierung kommerzieller Landwirtschaft auf Basis privaten Landbesitzes. Salai Mang (Name geändert), Mitarbeiter einer lokalen NGO im Chin-Staat, zeigt sich über diese Entwicklung besorgt. »Wir Chin und auch andere ethnische Gruppen haben unsere traditionelle Landwirtschaft; wir haben unsere eigenen Regeln. Die werden in den Gesetzen der Zentralregierung aber nicht berücksichtigt. Es gibt einen Konflikt zwischen diesen Regeln und den nationalen Gesetzen. Fakt ist, dass die Gemeinden hier seit jeher Landwirtschaft betreiben. Nach Verabschiedung dieser Gesetze sind sie quasi »illegalisiert«.

Aktuelle Studien belegen, dass die Landbevölkerung in den Berggebieten kaum über die aktuelle Gesetzeslage informiert ist und nur selten offizielle Landtitel besitzt. Findige Geschäftsleute und korrupte Beamte machen sich das zu Nutze, erzählt Salai Mang. »Die Dorfbewohner*innen wissen oft nicht, wie sie offizielle Landtitel bekommen können. Aber die Geschäftsleute und korrupte Bürokraten wissen, wie sie billig an Landbesitz kommen. Sie gehen zu den zuständigen lokalen Behörden und lassen sich so genanntes »Brachland« registrieren. Tatsächlich wird das Land meist bereits



*Der Gullu-Mual-Berg mit Reisfeldern im Vordergrund,
Chin State* (© Rainer Einzenberger)

von lokalen Bauern genutzt. Und die finden dann tags darauf ihr Land von jemand anders umzäunt.«

Kampf um Anerkennung von Gewohnheitsrechten

Angesichts der problematischen Gesetzeslage und der Zunahme von Landkonflikten in den ethnischen Gebieten fordern verschiedene ethnische Organisationen die offizielle Anerkennung indigener Gewohnheitsrechte und kommunaler Landtitel. In einem Bericht des Ethnic Community Development Forum wird darauf hingewiesen, dass bereits in vielen Ländern weltweit kommunale Landtitel Praxis sind, in einigen wurden sie sogar in der Verfassung verankert. Sie sehen in der Sicherung der Landrechte für ethnische Gruppen eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Friedensprozess in Myanmar sowie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen.

Ein kleiner Erfolg konnte im Zuge der Auseinandersetzungen um die Nationale Landnutzungsstrategie bereits erzielt werden. Das Anfang 2016 von der vorherigen Regierung veröffentlichte Papier sieht die zukünftige Anerkennung von Gewohnheitsrechten und kommunaler Landnutzung ethnischer Gruppen in der Gesetzgebung vor. Bisher bleibt es jedoch bei einer reinen Absichtserklärung. Auch bezweifeln ethnische Vertreter*innen, ob dies auf Basis der aktuellen Verfassung und einer weiterhin zentralistischen Verwaltung, die von Militärs dominiert wird, umzusetzen ist.

Sie fordern daher ultimativ eine Änderung der Verfassung und ein föderales System, in dem Landrechte und Landnutzung auf subnationaler Ebene geregelt werden und im Zuständigkeitsbereich der Teilstaaten und Kommunen liegen. Angesichts der Tatsache, dass der Friedensprozess gegenwärtig kaum Fortschritte macht, ist es bis dahin noch ein langer Weg. Unterdessen könnten Gemeindewälder zumindest teilweise Abhilfe schaffen und auch den Bewohner*innen von Phang Mai zu einem legalen Status verhelfen.

Literaturempfehlungen

Government of Myanmar (2016). National Land Use Policy

Kirsten E. Andersen (2015, September). Study of Upland Customary Communal Tenure in Chin and Shan States. Land Core Group (LCG).

The Ethnic Community Development Forum (2016, Juli). Our Customary Lands: Community-Based Sustainable Natural Resource Management in Burma. https://www.tni.org/files/article-downloads/our_customary_land_-_eng.pdf

Über den Autor

Rainer Einzenberger arbeitet am Institut für Internationale Entwicklung an der Universität Wien mit langjähriger Arbeitserfahrung in Myanmar und Thailand. Seine Forschungsschwerpunkte sind Land- und Ressourcenpolitik, Indigene Bewegungen und Kritische Geographie.

Zertifizierte Zerstörung

Für Palmölplantagen werden Regenwälder vernichtet und Menschenrechte verletzt

von Kathrin Hartmann

»Wenn Puji an einer Krankheit gestorben wäre, könnte ich damit leben«, sagt Arti, »aber er wurde mir geraubt.« Sie sitzt auf dem Boden einer ärmlichen Holzhütte und wiegt ein schlafendes Mädchen in den Armen. Im Juni 2014 ist Arti 29 Jahre alt und seit mehr als 100 Tagen Witwe. Ihre fünf Monate alte Tochter wird ihren Vater nie kennen lernen. Als sie ihn totgeschlagen haben wie einen Hund, war sie noch ein Baby. Am 5. März 2014 prügelten Militärs und Sicherheitsleute des Palmölkonzerns PT Asiatic Persada mit Eisenstangen und Gewehrkolben so brutal auf den protestierenden Puji ein, dass er an seinen schweren Verletzungen starb. Sein Tod ist der blutige Höhepunkt eines Landkonflikts, der seit 30 Jahren in der Provinz Jambi auf der indonesischen Insel Sumatra tobt. 1986 begann dort die Palmölfirma PT Asiatic Persada, rund um das Dorf Bungku den Wald des indigenen Volks der Suku Anak Dalam illegal abzuholzen, um auf einer Fläche eineinhalb mal so groß wie München Ölpalmenplantagen anzupflanzen. Weil die Indigenen ihren »Wald der Ahnen« besetzten, hetzte ihnen PT Asiatic Persada immer wieder Polizei, Militär und Security auf den Hals, um sie zu vertreiben. Es ist nur einer von 5.000 Landkonflikten, die der Palmölboom in Indonesien heraufbeschworen hat.

Palmöl ist mit 60 Millionen Tonnen pro Jahr das meistverwendete Pflanzenöl der Welt. Es steckt in jedem zweiten Supermarktprodukt, in Schokoriegeln, Margarine, Tütensuppen, Tiefkühlpizza, Keksen, Eis, Duschgel, Kosmetik, Putz- und Waschmittel. Es wird dem Biodiesel beigemischt und in der Massentierhaltung verfüttert. Indonesien ist der größte Palmölproduzent der Welt: Etwa die Hälfte des weltweit produzierten Palmöls kommt von dort, wo die Ölpalmen auf einer Fläche von 13,5 Millionen Hektar wachsen, auf der zuvor Regenwald

stand. Schon auf der dreistündigen Fahrt von Jambi nach Bungku wird das Ausmaß der Zerstörung deutlich: eine menschenleere Monotonie zieht am Autofenster vorbei, endlose Palmöl-Monokulturen, dazwischen kahle Flächen mit Baumstümpfen, auf denen bereits Ölpalmen-Setzlinge darauf warten, gepflanzt zu werden. Dutzende LKW donnern über holprige Sandpisten, Tankwagen, die mit Palmöl gefüllt sind und LKW, auf denen sich die riesigen rotbraunen Palmfrüchte stapeln. Auf Sumatra haben sich die Palmölplantagen als erstes ausgebreitet. In der Provinz Jambi wurde dafür fast die Hälfte des Primärwaldes vernichtet. Das hat dem südostasiatischen Inselstaat eine fatale Spitzenposition beschert: er hat Brasilien als Waldvernichter Nummer eins abgelöst und ist zum drittgrößten CO₂-Emittenten der Welt aufgestiegen.

Tödlicher Klimaschutz

An diesem Desaster ist nicht zuletzt die europäische Klimapolitik schuld: 2003 brachte das EU-Parlament eine Richtlinie zu Biokraftstoffen auf den Weg, die 2009 in der Erneuerbare-Energie-Richtlinie aufging. Sie schrieb vor, dass bis 2020 ein Zehntel des gesamten Kraftstoffverbrauchs aus erneuerbarer Energie, etwa aus nachwachsenden Rohstoffen, stammen muss. Weil es in ganz Europa nicht genug Fläche gibt, um Mais, Raps oder Rüben für den Tank anzubauen, bezog die EU die Länder des Südens in ihre Treibstoffpolitik ein. »Allein die Ankündigung der gesetzlichen Beimischungsquote hat für einen Expansionsboom bei Palmöl in Indonesien gesorgt«, sagt Indonesien-Expertin Marianne Klute. Laut einer Studie von Naturschutzbund Deutschland und der Nichtregierungsorganisation (NGO) Trade & Environment hat sich die Beimischung von Palmöl in europäischem Biosprit zwischen 2010 und 2014 versiebenfacht: von 456.000 Tonnen auf 3,2 Millionen Tonnen. Die Anbauflächen, die nur dafür

benötigt werden, sind sechs Mal so groß wie Mallorca. Die Beimischungsquote soll den CO₂-Ausstoß senken, weil bei der Verbrennung von Pflanzenkraftstoffen nur so viel CO₂ in die Luft gelangt, wie die Pflanze vorher aufgenommen hat. 60 Prozent des in die EU eingeführten Palmöls wird zur angeblich klimafreundlichen Energiegewinnung in Tanks und Öfen verbrannt. Bezieht man aber den Klimaschaden ein, der durch die Zerstörung von Wäldern und Torfböden entsteht, produziert Biodiesel aus Pflanzenöl 80 Prozent mehr Emissionen als fossiler Diesel. Palmölbasierter Kraftstoff ist sogar drei Mal so klimaschädlich. Das belegen eine Reihe von Untersuchungen, unter anderem die GLOBIOM-Studie, die die EU 2013 selbst in Auftrag gab.

Doch EU und Bundesregierung halten an der fatalen Biosprit-Politik fest. Letztere hat im Januar 2015 die Beimischungsquote auf die so genannte Treibhausgasquote »umgestellt«, um, so das Bundesumweltministerium, »die Klimabilanz von Biokraftstoffen zu verbessern«. Dieses Ziel soll durch Biosprit erreicht werden – nicht etwa mit einer Reduzierung des Individual- und Transportverkehrs, der für ein Fünftel der Treibhausgasemissionen verantwortlich ist. Bis 2020 sollen sechs Prozent der durch den Kraftstoffverbrauch ausgestoßenen Treibhausgase eingespart werden. Das entspräche einem Anteil von Biokraftstoffen am Gesamtenergieverbrauch von zwölf Prozent, fast doppelt so viel wie heute. Dafür wird noch mehr Palmöl gebraucht. Entsprechend antwortete die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen zur »Umsetzung verbindlicher Umwelt- und Sozialstandards in der internationalen Palmölproduktion« im Juli 2016, dass ein Importverbot für Palmöl, das nicht soziale und ökologische Mindeststandards erfüllt, nicht in Erwägung gezogen werde. Die Verletzung von Sozialstandards sei nach den Regeln der Welthandelsorganisation kein Grund für handelsbeschränkende Maßnahmen. Auch sieht die Regierung keinen Anlass, verbindliche Umwelt- und Sozialstandards bei importiertem Palmöl zu verlangen. Man setze auf den »Dialog« mit den Regierungen palmölerzeugender Länder und die Selbstverpflichtung von Unternehmen.

Dabei schreibt die EU für importierte Biokraftstoffe Nachhaltigkeitskriterien gesetzlich vor. 19 von der EU anerkannte freiwillige Siegel der Industrie sollen dies garantieren. Am weitesten verbreitet ist das Siegel des Roundtable on Sustainable Palmoil (RSPO). Rund 14 Prozent des weltweit gehandelten Palmöls

ist RSPO-zertifiziert. Der Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl wurde 2004 von der industriefreundlichen Naturschutzorganisation WWF, dem Unternehmen Unilever, das mit 1,53 Millionen Tonnen am meisten Palmöl von allen Konsumgüterkonzernen der Welt verbraucht, sowie von der Palmölindustrie gegründet. 1.398 von 1.447 Vollmitgliedern sind Firmen, darunter Aldi, BASF, Bayer Crop Science, BP, Cargill, Edeka, Ferrero, Henkel, Ikea, McDonald's, Metro, Nestlé, Procter&Gamble, Rewe, Unilever, Shell und Syngenta sowie Banken wie ABN AMRO, Commerzbank, Credit Suisse, HSBC, Rabobank und Standard Chartered und Palmölkonzerne wie Wilmar International. Ihnen sitzen nur 40 NGOs gegenüber – vier davon sind Länderorganisationen des WWF. Den RSPO leitet stets ein Manager von Unilever. Aktuell ist Biswaran Sen von Unilever RSPO-Präsident, bis 2011 war Wilmar-Manager Jeremy Goon Vizepräsident. Nicht am Tisch sitzen Indigene, Kleinbäuer*innen, Gewerkschaften, lokale Bewegungen.

Entsprechend schwach sind auch die Kriterien: Gefährliche Pestizide sind erlaubt, für Betroffene von Landraub gibt es nur einen Beschwerdemechanismus. Doch die Hürden sind hoch und die Verfahren zäh: vom Zeitpunkt des Einreichens einer Beschwerde bis zum Abschluss des Falls dauert es zwischen neun und 1600 Tagen – im Schnitt 340 Tage. Also fast ein Jahr. Die Beweislast liegt bei den Opfern und Schlichtungsverfahren sind kostenpflichtig. Ohne eine NGO im Rücken, die sich des Falls annimmt, Daten sammelt und bearbeitet und Beschwerde einreicht, ist es für Betroffene unmöglich, ihre Rechte einzufordern. Nur die Abholzung von schützenswerten Wäldern ist verboten, nicht die Zerstörung von Torfböden. Wurde schützenswerter Wald vor 2005 gerodet, dürfen auf den zerstörten Flächen Plantagen errichtet werden. Unabhängige Kontrollen gibt es nicht. Mehr als 250 internationale NGOs lehnten denn auch den Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl als Greenwashing ab. Bis heute hat der RSPO die Lage nicht verbessert: immer wieder weisen NGOs Mitgliedern illegale Abholzung, Waldbrände, Landraub, Menschenrechtsverletzungen und katastrophale Arbeitsbedingungen auf den Plantagen nach. In den zwölf Jahren seit Gründung des RSPO sind gerade einmal drei Firmen suspendiert worden. Als im Herbst 2015 die Wälder auf Borneo und Sumatra brannten, wurden 1,8 Million Hektar Torfböden und Regenwälder vernichtet. 500.000 Menschen litten an Atemwegserkrankungen, mindestens 20 starben an den direkten Folgen, vor allem Kinder und alte Menschen. Mehr als

100 Brände hat es laut Robin Wood auf Flächen von RSPO-Mitgliedern gegeben. Indem die EU das RSPO-Siegel als Nachhaltigkeitsnachweis für Biosprit akzeptiert, schafft sie für diesen systematischen Raubbau einen Pseudo-Ordnungsrahmen, der Naturzerstörung und Menschenrechtsverletzungen legitimiert.

Mehr als ein Drittel des weltweit gehandelten Palmöls stammt von Wilmar International, dem größten Palmölkonzern der Welt. Er ist in mindestens 100 Landkonflikte verwickelt, auch in den von Bungku: 2006 kaufte Wilmar PT Asiatic Persada und verschärfte die Gewalt gegen die Indigenen, ließ Bäuer*innen verhaften und schickte schließlich im August 2011 die Mitglieder der mobilen Polizeibrigade BRIMOB in ihre Siedlung. Sie schossen auf die Menschen, plünderten ihre Häuser und walzten sie mit Bulldozern platt. Zu den größten Abnehmern von Wilmar International gehört der Konsumgüterkonzern Unilever, der intensiv mit »nachhaltigem Palmöl« wirbt. Er unternahm nichts, um seinen Hauptlieferanten dazu zu zwingen, den Konflikt zu befrieden.

Wilmar hatte den TÜV Rheinland damit beauftragt, die Vorfälle in Bungku zu untersuchen. Der Befund fiel ganz im Sinne von Wilmar aus: die Hütten seien illegal gewesen, Schießereien und Gewalt gegen die Bewohner*innen wurden im Bericht nicht erwähnt. Wilmar ist ein guter Kunde des Prüfkonzerns: als vom

RSPO akkreditierte Audit-Firma hatte der TÜV Rheinland bereits sechs Plantagen von Wilmar als nachhaltig zertifiziert. RSPO und Unilever stimmten dem Ergebnis zu. Erst nach der dritten NGO-Beschwerde Anfang 2012 bei der International Finance Corporation (IFC) der Weltbank, die zu den Financiers von Wilmar International gehört, begann der zähe Schlichtungsprozess zwischen IFC, den Suku Anak Dalam und PT Asiatic Persada. Im April 2013 verkaufte Wilmar PT Asiatic Persada, der neue Besitzer, ein Bruder des Wilmar-Gründers Martua Sitoris, brach die Verhandlung ab. Wenige Monate später wird in Bungku Puji umgebracht.

Staatlich finanziertes Greenwashing

Ein halbes Jahr zuvor, während des ersten europäischen RSPO-Gipfels in Berlin, gründeten Politik und Industrie das Forum nachhaltiges Palmöl (FONAP). Es soll deutsche Unternehmen dabei unterstützen, nur noch 100 Prozent zertifiziertes Palmöl zu kaufen, etwa mit RSPO-Siegel. Deutschland ist mit 179 Mitgliedern das Land mit den meisten Mitgliedern im RSPO. Die Initiative wurde von der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GIZ), dem Chemiekonzern Henkel sowie Unilever und WWF gegründet. 1,7 Millionen Euro hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft bislang in das Projekt gesteckt. Auch hier

geht es nicht darum, den Verbrauch zu senken. FONAP gibt an, man wolle »Druck« auf die Palmölfirmer ausüben und den RSPO und andere Zertifizierungssysteme »verbessern«. Aber wie viel Druck können Unternehmen aufbauen, deren Interesse im Zugang zu noch mehr Palmöl besteht? Tatsächlich hat der RSPO seine Kriterien sogar noch weiter geschwächt und – einstimmig – neue »Kompensationsregeln« beschlossen. So können jetzt Mitglieder, die zwischen 2005 und 2014 illegal schützenswerte Wälder vernichtet haben, die Flächen trotzdem zertifizieren lassen, wenn sie einen Kompensationsplan vorlegen. Laut RSPO geht es dabei um 300.000 Hektar Plantagen, eine Fläche so groß wie Mallorca, die illegal abgeholzt wurde, von der künftig »nachhaltiges Palmöl« kommen soll.

Aber auch NGOs treiben den zertifizierten Raubbau voran. Dass es zu Palmöl keine Alternative gäbe, weil es die effizienteste Ölpflanze sei, ist das neue grüne Sachzwang-Argument. »Kein Palmöl ist auch keine Lösung« – so stellte der WWF im August 2016 seine Studie »Auf der Ölspur« vor. Fazit: der Ersatz durch Kokos-, Soja-, Sonnenblumen- und Rapsöl hätte einen höheren Flächenbedarf zur Folge, die Treibhausgasemissionen stiegen an und die Gefährdung von Tier- und Pflanzenarten nähme zu. Zwar müsste der Verbrauch gesenkt werden. Es führe aber »kein Weg daran vorbei, den Anbau von Ölpflanzen ausnahmslos umwelt- und sozialverträglicher zu gestalten«. Eine ähnliche Position vertritt auch Greenpeace, die zu den ersten Kritikern des RSPO gehört und Verstöße der Mitglieder immer wieder dokumentiert hat. Dennoch hat Greenpeace zusammen mit WWF und Palmölfirmer wie Musim Mas – die, unter anderem, von Wilmar beliefert wird – die »Palmoil Innovation Group« gegründet. Auf Basis des RSPO wolle man strengere Standards etablieren. Warum sollten sich Unternehmen, die sich nicht einmal an die minimalen Standards des RSPO halten, freiwillig an strengere Standards halten?

Dabei hat Greenpeace bereits schlechte Erfahrungen mit freiwilligen Selbstverpflichtungen und »No-Deforestation«-Statements gemacht, zu denen unter anderem Wilmar International bewegt werden konnte. Wilmar holte weiter ab – die Kooperation mit der Sinar Mas-Tochter PT Asia Pulp and Paper musste Greenpeace abbrechen, nachdem auf einer Plantage ebenfalls ein junger Aktivist von Sicherheitsleuten totgeprügelt wurde. »Wenn Firmen die Legitimation von Greenpeace haben, dann können sie alles machen«,

sagt Feri Irawan von Perkumpulan Hijau in Jambi. Der Aktivist, der seit Jahren gegen die Ausbreitung von Palmölplantagen kämpft, die Verbrechen der Palmölfirmer aufdeckt und sie vor Gericht bringt, unterstützt auch die Suku Anak Dalam in Bungku. Die Zusammenarbeit von großen NGOs mit der Palmölindustrie, vor allem die des WWF, machen ihn und viele andere Graswurzel-Aktivist*innen wütend: »Erst durch den WWF ist es möglich, schmutzige, umweltzerstörende Monokulturen als nachhaltig zu verkaufen.« Sie kämpfen um ihre Wälder und ihr Land – und nicht für nachhaltiges Palmöl als »kleineres Übel«.

Drei Monate nach der tödlichen Gewalt in Bungku, im Juni 2014, harren Hunderte Suku Anak Dalam immer noch in den Plantagen von PT Asiatic Persada aus. Sie schlafen unter Plastikplanen und im Straßengraben. Zurück in ihre Dörfer können sie nicht – die Firma hat den Zugang mit Wassergräben und bewachten Schranken abgeriegelt. Pujis Freunde sind erschöpft, viele traumatisiert. Ardani, ihr charismatischer Anführer, hustet unablässig. Sie haben zu wenig Essen und zu wenig Wasser. »Wir wollen unser Land zurück«, sagt Ardani. »Der Wald gab uns, was wir brauchten. Wir waren reich und sicher.« Jetzt sind viele mittellos. Manche versuchen, Palmölfrüchte zu verkaufen. Doch wenn sie kein Geld haben, um die Security zu bestechen, werden sie als Diebe verhaftet. Ardani selbst saß dafür schon im Gefängnis. Er beobachtet die Kinder im Camp und sagt: »Es tut weh, sie zwischen den nutzlosen Ölpalmen aufwachsen zu sehen.« Das Wissen, wie man mit und von der Natur lebt, ist für diese Generation verloren. Vermutlich wird ihnen kaum etwas übrig bleiben, als sich gegen einen Hungerlohn in den Palmölplantagen zu verdingen. Weil ihr Wald für den Klimaschutz der reichen Länder verbrannt und in Tütensuppen, Tiefkühlpizza und Aufbackbrötchen verarbeitet wird. Dinge, die keiner zum Leben braucht.

Über die Autorin

Kathrin Hartmann ist freie Journalistin in München. Für ihr Buch »Aus kontrolliertem Raubbau. Wie Politik und Wirtschaft das Klima anheizen, Natur vernichten und Armut produzieren« (Blessing Verlag) recherchierte sie 2014 mehrere Wochen auf Borneo und Sumatra zu den Auswirkungen des Palmölanbaus. <http://www.endermaerchenstunde.de>

»Wenn sich nicht mal mehr der Teufel heimisch fühlt«

Widerstand gegen die Energiepolitik in Indonesien

von Anna Fünfgeld

Es ist ein außergewöhnlich sonniger Morgen im sonst so smogverhangenen Jakarta. Unter dem Schatten der Bäume an einer der Nebenstraßen des Bundaran HI, des bedeutendsten Kreisverkehrs im Zentrum der indonesischen Hauptstadt, hat sich eine Gruppe von Umweltaktivist*innen versammelt. Bislang deuten nur die Straßensperren und das enorme Aufgebot an uniformierten Polizeikräften darauf hin, dass hier schon bald eine größere Demonstration stattfinden soll. Nach einiger Zeit des Wartens treffen unter großem Jubel mehrere Reisebusse ein, die Demonstrierende aus anderen Regionen Javas in die Hauptstadt bringen. Auch Ibu Sri ist unter den Reisenden. Sie kommt aus Batang in Ostjava, wo die Regierung ein neues Kohlekraftwerk bauen möchte. Auf die Frage, warum sie nach Jakarta gekommen ist, sagt sie: »Ich bin hergekommen obwohl ich schon alt bin. Ich bin hergekommen, weil uns das Land wegen des Kohlekraftwerks weggenommen wurde. [...] Ich möchte Jokowi, dem Präsidenten, den ich gewählt habe, den ich unterstütze, mitteilen [...], lasst uns bitte wieder auf unser Land, damit wir Essen für unsere Kinder und Enkel beschaffen können.«

Immer mehr Teilnehmende treffen ein und schließlich ziehen etwa 3.000 Menschen durch die von Hochhäusern gesäumte Thamrin-Straße, um gegen die Kohle- und Energiepolitik der indonesischen Regierung zu protestieren. Unter der Losung »break free from fossil fuels« hatte ein Netzwerk von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen aus der ganzen Welt für den Zeitraum zwischen dem 3. und 15. Mai 2016 zu globalen Aktionstagen gegen die Gewinnung und Nutzung fossiler Energieträger und für den Ausbau regenerativer Energien aufgerufen.

Bereits seit mehreren Jahren engagieren sich viele Umweltorganisationen und Einzelpersonen in Indonesien gegen den Kohleabbau, der insbesondere seit den späten 2000er Jahren enorme Ausmaße angenommen hat. Die Tagebauförderung hat vor allem in den Hauptabbaugebieten Kalimantan und Sumatras zur Zerstörung weiter Landstriche geführt. Dies hat Überschwemmungen und Erosion, sowie die Kontamination von Wasser und Böden zur Folge. Die lokale, von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung sieht sich in den Abbaugebieten mit massiven Ernteeinbußen konfrontiert, die ihre Lebensgrundlage in Frage stellen. Aktivist*innen, die gegen den Kohleabbau kämpfen, sind dabei immer wieder Repressionen seitens staatlicher und privater Sicherheitskräfte ausgesetzt. Obschon noch immer ein Großteil der in Indonesien geförderten Kohle in benachbarte ost- und südasiatische Staaten exportiert wird, wodurch Indonesien nach wie vor einer der Hauptlieferanten weltweit ist, kam es in den letzten Monaten zu einer Neuausrichtung der indonesischen Kohlepolitik. Der Einbruch des Kohlepreises im Jahr 2015 und die geringere Nachfrage Chinas haben die Pläne der indonesischen Regierung befeuert, die Kohle nun zunehmend zum Ausbau der heimischen Energieversorgung zu nutzen. Entsprechend einem von der indonesischen Regierung Anfang 2016 vorgelegten Energieplan sollen bis zum Jahr 2019 zusätzliche 35 Gigawatt produziert werden, wovon allein 20 Gigawatt durch Kohleverstromung bereitgestellt werden sollen. Eine zentrale Voraussetzung, um dieses Ziel zu erreichen, ist der Bau neuer Kraftwerke in verschiedenen Teilen des Landes.

Auswirkungen des Kohlebooms

Welche verheerenden ökologischen und sozio-ökonomischen Folgen dies für die betroffenen Gemeinschaften hat, lässt sich im Umfeld der bereits existierenden



Bunte Banner gegen die Kohleindustrie
(© Anna Fünfgeld)

Kraftwerke beobachten. Nach fast zehn Jahren Bauzeit ging 2012 in der westjavanischen Stadt Cirebon ein Kohlekraftwerk in Betrieb. Durch eine Verordnung, die das Kraftwerk zu einer Investition öffentlichen Interesses deklarierte, wurden die Grundeigentümer*innen gezwungen, ihr Land unter Wert zu veräußern. Bezahlt wurden sie zudem erst Jahre später oder haben ihr Geld noch immer nicht erhalten. Vor dem Bau des Kraftwerks wurde auf den Landstücken turnusmäßig Fischzucht und Salzgewinnung betrieben. Den Küstenbereich nutzten Kleinfischer*innen für den Fischfang und zum Sammeln von Meerestieren. Seit das Kraftwerk errichtet wurde, haben damit zahlreiche Menschen ihre Lebensgrundlage verloren und mussten auf andere Gebiete oder Einkommensquellen ausweichen. Auch in der umliegenden Region sind die Erträge sowohl der Salzgewinnung als auch des Fischfangs stark zurückgegangen. Die Bewohner*innen führen dies auf Verschmutzungen und veränderte Meeresströmungen zurück. Aan, einer der führenden Köpfe der Protestbewegung in Cirebon, beschreibt die Probleme für die lokale Bevölkerung bei einem Treffen Ende Oktober 2016 folgendermaßen: »Es gab dutzende Tiere im Uferbereich. Seitdem das Kraftwerk da ist, gibt es das alles nicht mehr. Frau Kasneri und ihr Mann zum Beispiel haben Rebon-Krabben gesucht,

kleine Krabben, um Terasi [eine Art Garnelenpaste, Anm. der Autorin] zu machen. Früher konnte man täglich 300.000 bis 600.000 [Rupiah] bekommen, aber jetzt bekommt man das nicht mehr, so dass sie pleite sind. Früher konnten sie durch das Terasi-Machen Büffel kaufen, ihre Kinder zur Schule schicken, ihre Kinder unterstützen. Aber jetzt geht das nicht mehr. So dass sie letztlich dazu gezwungen waren, in ihren alten Tagen Landarbeiter*innen zu werden.« Andere Bewohner*innen aus Cirebon berichten von Einschüchterungen und Drohungen seitens des Militärs und der Polizei sowie durch private Schlägertrupps.

Ähnliche Folgeprobleme befürchten die Demonstrierenden auch für die Regionen, in denen die neuen Kraftwerke gebaut werden sollen, so dass dies an diesem Morgen in Jakarta zur zentralen Losung der Proteste wird. Begleitet von Sprechchören und Gesängen wie »Wir sind gegen Kohlekraftwerke hier und jetzt« und »Kohle tötet« zieht der Demonstrationszug entlang der abgesperrten Fahrstreifen der Thamrin-Straße gen Norden. Ein schwarzer Lautsprecherwagen fährt dem Protestzug vorneweg und gibt die Sprechchöre und Gesänge vor. Viele Menschen tragen Plakate und Banner mit Aufschriften wie »break free«, »stop dirty energy investments« oder »stop making money by supporting coal industry«. Auch viele bunte, selbstgemalte Transparente sind darunter, auf denen Kraftwerke und Menschen dargestellt sind. Zahlrei-



che der Protestierenden tragen die für indonesische Bäuer*innen typischen Hüte, auf denen sie in bunten Farben Losungen wie »break free« und »gegen Kohlekraftwerke« geschrieben haben. Vor der japanischen Botschaft hält der Demonstrationszug an. Die Stimmung ist schlagartig aufgewühlter, als sich die Polizeikräfte zwischen den Demonstrierenden und dem Botschaftsgebäude postieren. Über die Lautsprecher werden mehrere Reden verlesen, mit denen darauf aufmerksam gemacht wird, dass japanische Banken an der Finanzierung von Kohlekraftwerken in Indonesien beteiligt sind.

Auch in Cirebon soll unweit des ersten Kohlekraftwerkes noch ein weiteres gebaut werden, das unter anderem von der Japanischen Bank für Internationale Kooperation (JBIC) finanziert wird. Die Menschen fürchten um eine weitere Verschlechterung ihrer Lebens- und Einkommensbedingungen. So sagt Warpa, einer der Fischer aus Cirebon: »Ich habe das Meer lange genutzt, schon 12 Jahre. [...] Früher habe ich bis zu drei-, vierhundert[tausend Rupiah] verdient, über vierhundert[tausend Rupiah]. Aber jetzt noch nicht mal vierhundert, schon zwanzig sind schwierig. [...] Ich habe sieben Kinder. Wie soll man da Reis kaufen? Und dann bauen sie nochmal eins. Das wird dann noch schwieriger. [...] Bereits eines ist schwierig, wie soll das dann mit zweien sein. Wie soll das gehen? Ich bin schon immer nur noch im Garten. Wie soll das

Protestmarsch in Jakarta gegen Kohlekraftwerke

(© Anna Fünfgeld)

dann weitergehen? Bauarbeiter werden? Aber davor ging es mir gut«. Ein anderer Bewohner pflichtet ihm scherzend bei: »Wenn sich hier nicht mal mehr der Teufel heimisch fühlt, wie soll das dann erst für die Menschen sein.«

Nach einer kurzen Verweildauer zieht der bunte Protestzug schließlich von der japanischen Botschaft weiter bis vor den Präsidentenpalast. Es ist bereits Mittag, die Sonne brennt nun noch heißer herunter und Frau Sri drängt sich mit vielen der anderen Demonstrierenden erschöpft von der Hitze und den vielen Sprechchören unter einen der wenigen Schattenplätze. Nach einigen abschließenden Ansprachen ist die Demonstration beendet, aber vor der indonesischen Klimaschutz- und Anti-Kohle-Bewegung liegt noch ein langer Weg.

Über die Autorin:

Anna Fünfgeld ist Doktorandin am Lehrstuhl für Internationale Politik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und arbeitet zu Umwelt- und Ressourcenpolitik.

Proteste in Bali

Keine Landgewinnung in der Benoa Bucht!

von Aryani Willems

Im Sommer 2016 verbrachte ich in Bali bald jeden Sonntag zusammen mit zehntausenden Menschen auf der Straße und demonstrierte mit Bali Tolak Reklamasi gegen Landgewinnung. Noch nie gab es eine so große ökologische Protestbewegung. Was bewegt die Balines*innen dazu, seit nun über drei Jahren unermüdlich zu demonstrieren?

Bali Tolak Reklamasi ist eine Protestbewegung, die sich gegen die Landgewinnung im Meer vor der balinesischen Küste richtet. Das lokale Unternehmen PT Tirta Wahana Bali International plant zusammen mit chinesischen Investoren in der Bucht von Benoa eine künstliche »All inclusive«-Touristeninsel – einen Ort der Superlative mit Hotels, Resorts mit Spa- und Wellness-Einrichtungen, Restaurants und Yachthafen. Die Lage ist ideal, in unmittelbarer Nähe des Flughafens.

Bereits in den 1990er Jahren gab es auf der kleinen Nachbarinsel Serangan ein Projekt zur Landgewinnung. Es sollte der Entwicklung des Tourismus dienen. Geplant waren ein Casino und ein Marina-Vergnügungspark. Die Firma Bali Turtle Island Development von Tommy Suharto, dem Sohn des damaligen Präsidenten Suharto, schüttete Land auf und schuf eine Verbindung zum Festland.

Nach Suhartos erzwungenem Rücktritt kam das Projekt zum Erliegen. Zurück blieben Küstenerosionen und Umweltschäden. Und bei der Bevölkerung die Haltung, zukünftig auf den Bau von künstlichen Inseln besser zu verzichten. Auch wirken die Versprechen, durch künstlichen Inselbau Arbeitsplätze zu schaffen, bei den Einheimischen nicht mehr. Nur selten sind die Hotels und große Touristenanlagen in balinesischer Hand. Das Geld wird zwar hier verdient, jedoch dann woanders ausgegeben.

Bali übt seit den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine magische Anziehungskraft auf Besucher*innen aus. Eine Insel, deren agrarisch geprägter Alltag so sehr von Kultur, Religion und Kunst bestimmt ist, fasziniert die Gäste. Barbusige Frauen und Männer mit Blumen im Haar, tausende Tempelanlagen mit geheimnisvollen Ritualen, magischen Tänzen, Musik und anderen Kunstformen bestimmen das Bild von Bali, das sich tief ins Tourismus-Gedächtnis eingepägt hat. Unsere Kultur beruht auf »Tri Hita Karana«, der harmonischen Beziehung von Menschen untereinander, mit der Natur und mit den Göttern. Aber genau das, was unsere Kultur ausmacht, wird durch den boomenden Tourismus systematisch verändert und zerstört.

Das Geld mit dem Tourismus ist schnell verdient. Statt als Bauer, Fischer oder in der Salzgewinnung zu arbeiten, locken Jobs als Kellner, Room Boys, Barkeeper, Fahrer und Reiseleiter. Durch die Arbeitszeiten in der Tourismuswirtschaft bleibt vielen Balines*innen kaum noch Zeit für »Ngayah« oder »Gotong Royong« – der freiwilligen Arbeit, die nicht nur für die Gemeinde nötig ist, sondern die sehr substanziell für den kulturellen Alltag ist. Die freiwillige Mitarbeit in den Dorfgemeinschaften ist etwas, was balinesische Kultur ausmacht.

Seitdem die Provinzregierung in Bali 2012 ein Dekret für die Landgewinnung und Nutzung der Bucht von Benoa ausgestellt hat, protestieren die Leute unermüdlich. Eine kleine Gruppe aus Benoa machte den Anfang. Rasch erhielt sie Unterstützung aus umliegenden Ortschaften und heute steht ganz Bali solidarisch an ihrer Seite. Mit Musikkonzerten und Veranstaltungen mit über 25.000 Besucher*innen macht die Bewegung Bali Tolak Reklamasi auf die Umweltschäden und negativen gesellschaftlichen Folgen von Landgewinnung und Großprojekten aufmerksam. Immer



wieder werden Aktivist*innen der Bewegung belästigt oder sogar zu Verhören auf das Polizeipräsidium mitgenommen. Jedes Mal stehen dann zur moralischen Unterstützung und aus Protest hunderte von Menschen vor dem Präsidium. Auch falsche Beschuldigungen werden benutzt, um die Aktivist*innen zu demoralisieren. Ihnen wird Landesverrat und Separatismus vorgeworfen.

Doch mit jedem Tag wächst das Bewusstsein bei den Balines*innen, dass Massentourismus nicht nur zu Umweltschäden führt, sondern auch zu einem langsamen Identitätsverlust. Das Eigene zu verteidigen, das Wasser zu schützen und das kulturelle Erbe zu ehren, erscheint ihnen sehr wichtig. Es ist nicht nur eine Bewegung auf einer kleinen Insel, sondern es ist eine weltweite Welle eines neuen Bewusstseins, auf dessen Basis Menschen überall auf dieser Erde ihr Recht auf sauberes Wasser und Luft sowie auf ein ökologisch nachhaltiges Leben beanspruchen.

Protestkundgebung von Bali Tolak Reklamasi

(© Kadek Asek)

Über die Autorin

Aryani Willems stammt aus einer bedeutenden Künstlerfamilie Balis und tanzte mit vier Jahren bereits im Tempel. Die politische Künstlergruppe »Cry of Asia« führte sie auf einer Welttournee auch nach Europa. Seit 1996 ist sie heimisch in Hannover. Für die Expo 2000 gründete sie Saraswati Kultur und ist seitdem eine sehr aktive Verbindungsfrau für die Indonesische Kultur in Deutschland

Zementwerke in Indonesien

Lebensgrundlage von Bäuer*innen bedroht

von Anett Keller

Der Zementriese Indocement, an dem Heidelberg-Cement die Mehrheit der Anteile hält, betreibt in Citeureup, Westjava, schon jetzt eines der größten Zementwerke der Welt. Zwei kleinere Werke befinden sich in Cirebon (Westjava) sowie in Tarjun (Kalimantan). Zusätzlich möchte Indocement am Kendeng-Karst in Zentraljava ein weiteres Werk errichten. Doch die Bäuer*innen vor Ort leisten energischen Widerstand gegen die Zerstörung ihrer Wasserquellen und Felder.

Der »heimliche Klimakiller« wird er auch genannt, Zement, der omnipräsente Baustoff unserer Zeit. Den Wenigsten ist bekannt, dass der CO₂-Ausstoß der energieintensiven Zementproduktion viermal so hoch ist wie der des gesamten internationalen Flugverkehrs.¹ Zementfabriken entstehen immer seltener in den westlichen Industriestaaten, wo die Umweltauflagen hoch sind. Die Produktion wird in Länder des Südens verlagert. Zum Beispiel nach Indonesien, das unter den Zement produzierenden Ländern inzwischen den fünften Rang eingenommen hat.

Zementproduktion benötigt Kalkstein. Deswegen schielen gleich mehrere Zementriesen auf das »Potenzial«, welches das malerische Kendeng-Karstgebirge auf der Insel Java ihrer Meinung nach für eine gesteigerte Produktion hat. Seit Generationen ist das fruchtbare Land am Fuß des Kendeng von Bäuer*innen bewohnt. Eine der ländlichen Gemeinschaften der Region sind die Samin oder »Sedulur Sikep« (die freundlich Gesinnten), wie sie sich selbst nennen. Sie sind ebenso naturfreundlich wie herrschaftskritisch. Während andernorts in Indonesien die während der Suharto-Diktatur (1966–1998) mit Gewalt verbreitete »Grüne Revolution« überall dauerhafte Spuren hinterließ, verzichteten die Samin bis heute beim Anbau von Reis und Gemüse auf chemischen Dünger.

Ende des 19. Jahrhunderts scharte der Gründer ihrer Gemeinschaft, Samin Surosentiko, mehrere Tausend Anhänger*innen um sich. Sein Weg des gewaltfreien Widerstandes im Kampf gegen Unterdrückung und für soziale Gerechtigkeit brachte ihm die Sympathie der Armen ein. Für die holländischen Besatzer wurde er gefährlich. Sie verbannten ihn 1907 auf die Insel Sumatra, wo er kurz darauf starb. Die Erinnerung an Samin Surosentiko wird jedoch bis heute lebendig gehalten.

Die Samin lieben ihr Land und verteidigen es, gewaltfrei und gut vernetzt. Als 2005 bekannt wurde, dass der indonesische Staatskonzern Semen Gresik (heute Semen Indonesia) am Kendeng-Gebirge ein Zementwerk errichten will, entstand die Bürgerinitiative JM-PPK (Netzwerk der Menschen, denen das Kendeng-Gebirge am Herzen liegt). Die in der Initiative versammelten Bäuer*innen holten sich Unterstützung von Wissenschaftler*innen und begannen, akribisch Daten zu Quellen und unterirdischen Flüssen im Kendeng-Karst zu sammeln, von denen Millionen Menschen im Umland abhängig sind. Diese Daten machten sie unter den Anwohner*innen bekannt und trugen sie gleichzeitig selbstbewusst in die Konsultationen für die Umweltverträglichkeitsprüfung des geplanten Zementvorhabens.

Der Widerstand wuchs, obwohl die Bürgerinitiative immer wieder durch Polizei und sogar durch bezahlte Schlägerbanden eingeschüchtert wurde. Schließlich zog JM-PPK vor Gericht – erfolgreich. Denn laut der zum Genehmigungszeitpunkt der Fabrik gültigen Regionalplanung sollten in dem betroffenen Gebiet Landwirtschaft und Tourismus gefördert werden – und nicht Bergbau. Der Sieg von JM-PPK war ein Meilenstein in der Geschichte der sozialen Bewegungen in Indonesien.

2010 wurde der Status der begehrten Region am Kendeng-Gebirge gesetzlich verändert, fortan war

das Gebiet von der Provinzregierung auch für Bergbau freigegeben. »Diese Regelungen verstoßen gegen nationale Gesetze. Die besagen, dass Karstgebiete geologische Schutzzonen sind«, kritisiert Mokh Sobirin von der indonesischen Umweltschutzorganisation Desantara.

Semen Gresik nannte sich ein paar Jahre später Semen Indonesia. Die Pläne zum Abbau von Kalkstein am Kendeng-Karst behielt das Unternehmen bei. 2012 bekam Semen Gresik von der Lokalregierung grünes Licht für den Bau einer Fabrik in Rembang – ebenfalls am Fuß des Kendeng-Gebirges. 2014 wurde der Grundstein für die Fabrik gelegt, die 2017 ihren Betrieb aufnehmen soll.

Wieder protestieren die Mitglieder der Bürgerinitiative JM-PPK und zahlreiche Sympathisant*innen gegen die Fabrik. Luftaufnahmen von der Baustelle im Dokumentarfilm »Samin vs. Semen« des Filmemachers Dandhy Dwi Laksono,² die ein riesiges graues Loch inmitten einer grünen Landschaft zeigen, verdeutlichen, was für die Bäuer*innen auf dem Spiel steht. Seit der Grundsteinlegung am 16. Juni 2014 campen Frauen im so genannten »Zelt des Kampfes« vor den Fabriktoren, um ihren Protest sichtbar zu machen. Der Film dokumentiert ihren friedlichen Widerstand – und die Repressionen, denen sie und ihre Unterstützer*innen ausgesetzt sind. Denn obwohl eine Klage von JM-PPK durch mehrere Instanzen ging und lange auf ein Urteil des Obersten Gerichts wartete, gingen die Bauarbeiten in Rembang einfach weiter, geschützt von der örtlichen Polizei.

Auch die Pläne der indonesischen HeidelbergCement-Tochter Indocement werden von der Lokalregierung befürwortet. Doch im Landkreis Pati, wo die Fabrik der zu Indocement gehörenden Firma PT SMS entstehen soll, fühlen sich viele Menschen übergangen. Überall in den betroffenen Dörfern am Fuß des Kendeng-Gebirges hängen Transparente mit der Aufschrift »tolak pabrik semen« (gegen die Zementfabrik). Vor allem am Vorgehen bei der Umweltverträglichkeitsprüfung übt die Bürgerinitiative JM-PPK Kritik. Bei dieser Prüfung sei die Lokalbevölkerung zu wenig einbezogen worden. Außerdem enthielten die Berichte der Fabrikplaner zur Ökologie des Kendeng-Karstes falsche Angaben. JM-PPK klagte vor Gericht – und gewann das Verfahren im November 2015. PT SMS legte Revision ein und bekam im Juli 2016 Recht.



*Protestkundgebung von Bäuer*innen am Fuße des Kendeng-Gebirges gegen die dort geplanten Zementfabriken*
(© Anett Keller)

»HeidelbergCement ist der festen Überzeugung, dass das Pati-Projekt umweltverträglich ist und die lokale Bevölkerung vom Bau des Werks profitieren wird«, verlautet es aus der Zentrale des Konzerns. Bei den Details bleiben die Antworten vage. Die Laufzeiten für Zementwerke betragen »in der Regel 20 bis 30 Jahre«, könnten aber auch »deutlich darüber hinausgehen«. »Nach dem Abbau einer gewissen Fläche« werde die Renaturierung »Schritt für Schritt« und nach den »Vorgaben der lokalen Regierungen für zukünftige Verwendungen« erfolgen.

Dass Zementfabriken nach »Vorgaben der lokalen Regierungen« drastische Folgen für die Umwelt vor Ort haben, zeigen Studien am bereits bestehenden Werk von HeidelbergCement in Citeureup (Westjava). Der Höhlenforscher Petrasa Wacana stellt fest, dass sich dort der Nitratwert im Grundwasser zwischen 1999 und 2009 um mehr als das Dreizehnfache erhöht hat. Wacana führt das auf die Benutzung von Kohle als Brennstoff und den durch die entsprechende Luftverschmutzung verursachten »sauren Regen« zurück.

Die Bürgerinitiative JM-PPK bewies, dass Bauen auch ohne Zement möglich ist. Im Landkreis Pati errichtete sie ein großes Holzhaus im alten javanischen Stil. Es dient als Ort des Informationsaustausches und als Treffpunkt für Kinder, die hier z. B. traditionelle javanische Instrumente spielen lernen. Der Erfolg im Kampf gegen das Unternehmen Semen Gresik im Jahr 2009, ihr Mut und ihre Ausdauer brachten den Bäuer*innen vom Kendeng-Gebirge viel Aufmerksamkeit und Solidarität. Zahlreiche Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und Künstler*innen solidarisierten sich mit ihnen. Seitdem hilft ein breites Netzwerk mit kreativen Protestformen, die Stimmen der Betroffenen auf die Straße zu tragen. Kilometerlange Schweigemärsche zu den Gerichtsverhandlungen legten die Bürgerinitiative und ihre Unterstützer*innen zurück, veranstalteten Kund-



Banner wie diese gibt es viele in den Dörfern am Kendeng: »Lasst uns gemeinsam das Kendeng-Gebirge erhalten und uns gegen die Zementfabrik wehren!!!«
(© Anett Keller)

gebungen von den Dörfern bis zur Hauptstadt. Immer wieder zogen vor allem die Frauen aus dem Kendeng-Gebirge vor den Präsidentenpalast in Jakarta. Im April ließen sich neun von ihnen als Zeichen ihres Protests dort sogar für einen Tag und eine Nacht ihre Füße einzementieren. Den Hinweisen von Regierungsbeamten, dass dies für sie gefährlich wäre, begegneten sie mit den Worten, dies sei eine geringe Gefahr im Vergleich zu jener, der ihre Kinder und Enkel ausgesetzt seien, würden die Zementfabriken gebaut. Auch vor der deutschen Botschaft verschaffte sich JM-PPK mit einer Demonstration Gehör. Nach wiederholten Demos wurden Vertreter*innen der Initiative schließlich im August von Präsident Joko Widodo empfangen.

Für die Dauer eines Jahres würden alle Genehmigungen für Zementfabriken am Kendeng-Gebirge auf Eis gelegt, versprach Widodo. In dieser Zeit solle eine neue umfassende Umweltuntersuchung die Grundlage der Raumplanung in Zentraljava bilden. Eigentlich hätte diese bereits vorgenommen werden müssen, bevor die Raumplanung im Jahr 2010 verändert und der Weg für Bergbau am Kendeng-Karst frei gemacht wurde. Davon betroffen sind alle Zement-Vorhaben in der Region: Das schon im Bau befindliche Werk des Staatskonzerns Semen Indonesia ebenso wie das in der Genehmigungsphase befindliche Werk der zu HeidelbergCement gehörenden Indocement-Gruppe. Da man nie sicher sein kann, ob den Worten von Staatsoberhäuptern auch Taten folgen, hat die Bürgerinitiative im September sicherheitshalber auch den Fall der HeidelbergCement-Tochter vor das Oberste Gericht gebracht, damit dieses das vorangegangene Urteil kassiert und die Baupläne stoppt.

Anfang Oktober versammelten sich am Fuß des Kendeng-Gebirges Hunderte von Menschen zu einem feierlichen »Reinigungsritual«, bei denen sie die Verletzungen von »Mutter Erde« beklagten und erneut gegen die Zement-Pläne demonstrierten. Eine Woche später gab der Oberste Gerichtshof der Bürgerinitiative im Verfahren gegen den Staatskonzern Semen Indonesia Recht. Die Fabrik – inzwischen zu 90 Prozent fertig – hätte gar nicht gebaut werden dürfen. Doch vor Ort gehen die Bauarbeiten auch nach dem Richterspruch weiter, als wäre nichts geschehen.³

Während HeidelbergCement sich bei der Planung der Fabrik seines Tochterunternehmens darauf beruft, nach den geltenden Bestimmungen zu handeln, appelliert die Umweltschutzorganisation Rettet den Regenwald⁴ derzeit an die Verantwortung des Unternehmens. »Mensch und Natur vor Profit« heißt es in einer Petition, die bereits knapp 90.000 Menschen unterschrieben haben. Dass in der Realität eines börsennotierten Unternehmens offenbar eine andere Logik herrscht, demonstrierte HeidelbergCement-Chef Bernd Scheifele nach den Wahlen in den USA. Würde Wahlsieger Donald Trump tatsächlich eine Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen, sei sein Unternehmen mit zwei Werken in der Nähe gut aufgestellt. Ein Statement, das der SWR wie folgt kommentierte: »Erst kommt das Mauern, dann kommt die Moral.«

Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel basiert zum Teil auf Informationen aus dem umfangreicheren Artikel von Anett Keller und Marianne Klute: Dreckiger Zement, in Le Monde Diplomatique, Oktober 2016 <http://www.monde-diplomatique.de/artikel/!5337730>
- 2 Watchdog: Samin vs. Semen https://www.youtube.com/watch?v=1fju28WZ_Q&t=2s
- 3 <http://www.thejakartapost.com/news/2016/10/25/activities-continue-semen-s-rembang-factory-despite-ruling.html>
- 4 <https://www.regenwald.org/petitionen/1055/heidelbergcement-raus-aus-den-kendeng-bergen>

Über die Autorin

Anett Keller ist Vorstandsmitglied der Südostasien-Informationsstelle. Von 2009 bis 2014 berichtete sie als freie Journalistin aus Indonesien und besuchte auch die Menschen am Kendeng-Gebirge. Im April 2017 wird die Südostasien-Informationsstelle mit dem Dokumentarfilm »Samin vs. Semen« gemeinsam mit einer aus Indonesien angereisten Aktivistin über den Kampf der Bäuer*innen gegen die Zementindustrie informieren.

15 Jahre Wachstum in China

Ein Rückblick

Von Nora Sausmikat

Laut Angaben des Auswärtigen Amtes hat sich der chinesische Außenhandel in den letzten 12 Jahren mehr als verzehnfacht. China ist seit 2010 die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt nach den USA, seit 2014 nach Kaufkraft sogar die größte, doch seit 2010 gehen die Wachstumsraten kontinuierlich zurück. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt mit rund 5.000 EUR im weltweiten Mittel. Chinas wirtschaftliches Wachstum erzeugte zunächst Euphorie, auch auf der europäischen Seite. Es folgten Ängste und xenophobe Abwehrreaktionen. Mittlerweile sind die Kosten des Wachstums für die Bevölkerung bekannt: Befreiung aus der Armut bedeutete in erster Linie die Aufgabe der Landwirtschaft und ein Leben als vorerst rechtlose Hilfsarbeiter*innen in der Stadt. Daraus folgte die anwachsende Zahl an »landlosen bäuerlichen Arbeiter*innen« (nongmingong), und Millionen von elternlosen Kindern und auf sich selbst gestellte alte Frauen und Männer.

Soziale Sicherungssysteme sind in China erst im Entstehen, soziale Arbeit auch. Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich für die Durchsetzung und den Schutz von »Bürger«-Rechten einsetzen, z. B. um eine angemessene Entschädigung für das von der Industrie konfiszierte Land, haben es schwer in China. Sogenannte »Advocacy NGOs« möchte die neue Regierung unter Xi Jinping nicht, NGOs sollen dem Staat beim Aufbau von sozialer Wohlfahrt unterstützen und vielleicht auch bei der Bestrafung von Umweltsündern assistieren. Und auch wenn das widersprüchlich klingt: Soziale Wohlfahrt beinhaltet nicht unbedingt eine angemessene Entschädigung.

2014 war laut Presseberichten das Jahr der meisten Verhaftungen von Bürgerrechtler*innen, Aktivist*innen, Anwalt*innen, Akademiker*innen und Journalist*innen (geschätzt 1.000 Verhaftungen). Die so genannten »Nailhouses« gibt es nicht mehr. Nailhouses nannte

man die Häuser, die von ihren Bewohner*innen bis zum Äußersten verteidigt wurden, wenn große Baumaßnahmen eine großflächige Umsiedlung ganzer Stadtviertel oder Dörfer notwendig machten.

Die sogenannte »mobile Bevölkerung«, rund 280 Millionen Menschen, lebt heute in Chinas Städten, ständig auf der Suche nach Arbeit, meistens vom Land stammend oder ausgestattet mit ländlicher Wohnsitzregistrierung.

Beispiel Armutsminderung: Die Regierung bemüht sich zumindest planerisch, der zunehmenden Schere zwischen Arm und Reich entgegen zu steuern. Seit den letzten vier (!) Fünfjahresplänen steht der »Abbau der sozialen Ungleichheiten« ganz oben auf der Agenda. Der chinesische Botschafter Wu Hongbo¹ erklärte schon zum 12. Fünfjahresplan: Die Wirtschaftsentwicklung dient grundsätzlich dem Glück des Volkes. Der 12. Fünfjahresplan (2011–2015) ist noch nicht ganz abgeschlossen, aber im März 2016 wurde der 13. Fünfjahresplan (2016–2020) vom Nationalen Volkskongress (NVK) und der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV) genehmigt.

Armutsbekämpfung ist zwar eine Erfolgsstory Chinas, aber die Ungleichheiten bleiben. Hervorgehoben wird immer wieder, dass das rasante wirtschaftliche Wachstum zwischen 1981 und 2012 über 700 Millionen Menschen in China aus der Armut befreit hat. Bis 2020 soll Armut komplett beseitigt sein.²

Um diese Erfolgsstory besser zu verstehen, haben chinesische Forscher*innen die Wirkung staatlicher Maßnahmen untersucht. Irritierenderweise wurde nämlich die Schere zwischen Arm und Reich immer größer. Ergebnis der Studie war, so Sebastian Heilmann, Direktor des MERICS-Instituts, dass konkrete Maßnahmen zur Armutsminderung erst ab 2006 starteten. Die Armutsminderungserfolge davor seien, so die Studie, vorrangig auf die Migration von Millionen Menschen



Ein Nailhouse in Yangji, Guangzhou (© Li Qizhong)

aus verarmten Bevölkerungsschichten in die Städte zurückzuführen.³

Wie werden nun die statistisch verbleibenden 55 Millionen Menschen bis 2020 aus der Armut geführt? Eine wichtige Maßnahme dabei soll die Förderung von Kleinunternehmen und der Ausbau des Sozialversicherungssystems sein. Die Zentralregierung werde die Subventionen an die Banken erhöhen, so dass diese mehr Kredite unter 50.000 Yuan (umgerechnet 6.940 Euro) vergeben könnten, erklärte Hong Tianyun, der Vizeleiter der Führungsgruppe für die Armutsbekämpfung und Entwicklung im Staatsrat. Mit diesen Krediten sollen Familien in armen Gegenden ihr eigenes Unternehmen starten können. Aber auch die »Umsiedlung aus Gegenden, die zum Leben nicht geeignet sind«,⁴ wird als sinnvolle Maßnahme erachtet. Die landwirtschaftliche Entwicklungsbank wird sich an dem Kreditprogramm mit umgerechnet 400 Milliarden Euro beteiligen, u. a. auch für Infrastrukturprojekte im ländlichen Raum (ein Drittel des Geldes) sowie für die »Umsiedlung von Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben«, meldet die Nachrichtenagentur Reuters.⁵

Während man vor zehn Jahren noch davon sprach, dass eine neue Politik unter dem Schlagwort »Aufbau sozialistischer Dörfer« die großflächigen unrechtmäßigen Umsiedlungen stoppen müsse,⁶ wird »Umsiedlung« nun zu einem legitimen Instrument der Armutsbekämpfung.

Ungeachtet dieser an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei gehenden Fürsorge des Staates hat ein grundsätzliches Umdenken in chinesischen Führungskreisen stattgefunden. Wachstum allein, so die Erkenntnis, kann Probleme sozialer Ungleichheit nicht lösen. China hat daher umgesteuert, und dabei steht das deutsche Konzept »Industrie 4.0.« Pate: Innovation und ein »grünes Wachstum« soll die negativen sozio-

ökologischen Begleiterscheinungen des zuvor rein auf ressourcenintensives Wachstums ausgerichteten Wirtschaftsmodells ablösen.

Mikrokredite, Umsiedlung und »grünes Wachstum« werden jedoch sicher nicht die Ursachen beseitigen, die zu den rasant zunehmenden Protesten in China geführt haben. Die Angst, geringeres Wirtschaftswachstum würde die soziale Stabilität im Land gefährden, wird durch die Studie »Social Unrest in China« (ECRAN 2012⁷) widerlegt. Sie hat deutlich gezeigt, dass die Zunahme von Protesten in China nicht Ergebnis eines geringeren Wirtschaftswachstums ist. Bei Beginn der marktwirtschaftlichen Reform 1980 wurden »nur« 8.700 »Massenproteste« registriert, 2005 waren es 87.000 und 2010 zählte man 180.000 bis 230.000 öffentliche Proteste.

Nein, die Ursache liegt in der Entrechtung der Bevölkerung: Die überwiegende Mehrheit der Proteste zwischen 2005 und 2010 waren Proteste gegen Landnahmen, gefolgt von Protesten gegen gravierende Umweltverschmutzung und Arbeitskonflikte.

Begleitend zum Ausbau von Sozialversicherungssystemen (ein Element des neuen Fünfjahresplans) liegt eine nachhaltige Lösung in der Stärkung der Rechte der Bevölkerung sowie in partizipativen Verfahren. Wir beobachten aber eine zunehmende Einschränkung der Handlungsspielräume der Bürger*innen. Proteste werden hart bestraft. Obwohl es seit 1988 gesetzlich verboten ist, Schauprozesse durchzuführen, wurden im März 2016 acht Wanderarbeiter in einem Schauprozess in Sichuan unter freiem Himmel verurteilt. Sie hatten zusammen mit einer Gruppe von etwa hundert Arbeiter*innen im August 2015 vor einer lokalen Immobiliengesellschaft protestiert, um ihre ausstehenden Löhne einzufordern. Sie wurden zu mehrmonatigen Haftstrafen wegen »Störung der öffentlichen Ordnung« verurteilt.⁸ Auch Arbeitskonflikte nehmen zu: Laut der Hongkonger Arbeitsrechtsorganisation China Labour Bulletin hat es 2015 mehr als 2.700 Streiks und Arbeitsproteste gegeben, eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr.⁹ Vor allem der Bergbau ist aufgrund des Abbaus der Überkapazitäten von Entlassungen bedroht. Immer häufiger kommt es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen protestierenden Arbeiter*innen und der Polizei, so z. B. 2016 zwischen den Bergleuten der staatlichen Bergbaugesellschaft Longmay Mining Group in der Provinz Heilongjiang und den Sicherheitskräften.

Im ersten Halbjahr 2016 haben insgesamt etwa 5.000 Arbeiter*innen aus der Kohle- und Stahlindustrie in den Provinzen Shaanxi, Guangdong, Jilin und Heilongjiang gegen das Ausbleiben ihrer Löhne protestiert.

Die Entwicklung ist also gegenläufig: Statt auf mehr Teilhabe setzt der Staat auf die Beschneidung der Handlungsspielräume. Als im Januar 2012 neue Regelungen für die direkte Registrierung von Nichtregierungsorganisationen in den Themenfeldern Wohlfahrt, Kultur, Bildung, Sport, öffentliche Hygiene und Umweltschutz erlassen wurden, feierte man dies als den Beginn einer Liberalisierung im NGO-Bereich. Bis September 2012 wurden aber zehn unabhängige Arbeitsrechtsorganisationen geschlossen (u.a. das Dagongzhe-Zentrum, das mit Wissenschaftler*innen aus der renommierten Beijing-Universität zusammen arbeitete).

Seit Erlass der Nationalen Devisenkontrollvorschrift (1. März 2010),¹⁰ des Nationalen Sicherheitsgesetzes (2015), des Cyber-Security-Law (beschlossen 2016, tritt es ab 1.6.2017 in Kraft) und des neuen Gesetzes zum Management von ausländischen NGOs in China (beschlossen 2016, wirksam ab 1.1.2017), welches Tätigkeiten von Ausländer*innen in China generell unter die Aufsicht der nationalen Sicherheitsorgane stellt, ist die Bewegungsfreiheit von chinesischen Aktivist*innen extrem eingeschränkt. Viele frieren ihre Konten ein, nehmen keine Fördergelder aus dem Ausland mehr an, oder schließen ihre Büros. Es wird vor allem schwieriger, Kooperationen mit ausländischen Partnerorganisationen aufrechtzuerhalten oder aufzubauen.

Trotz der Abkehr einer rein auf ressourcenintensivem Wachstum aufgebauten Wirtschaft wird es äußerst fraglich sein, wie eine zunehmend entrechtete Gesellschaft die Folgen der Umstrukturierung für die von Entlassungen, Land Grabbing und ländlicher Verarmung betroffenen Bevölkerungsgruppen auffangen soll. Die Armut soll bis 2020 abgeschafft sein, mit ihr vielleicht auch der/die mündige Bürger*in.

Anmerkungen

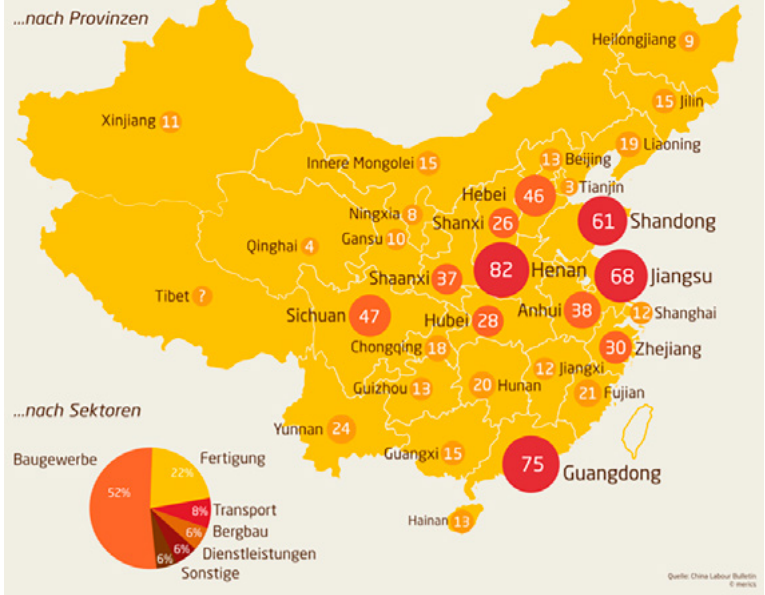
- 1 <http://www.china-botschaft.de/det/dszl/baogao/t826701.htm>
- 2 Lange hat sich China eigener Kriterien für die Bewertung von Armut bedient. 2015 aber legte die chinesische Regierung die Armutsschwelle auf ein verfügbares Jahreseinkommen von 2.300 chinesischen Yuan fest und setzte damit die Messlatte nach Kaufkraftparität höher als die Weltbank. https://www.merics.org/fileadmin/user_

China streikt

Die chinesische Regierung hat Entlassungen im Kohle- und Stahlsektor angekündigt. Bereits jetzt treiben Schließungen im Baugewerbe und in der Industrieproduktion im ganzen Land Arbeiter auf die Straße.



Anzahl von Arbeiterprotesten, Januar bis März 2016



Mine-golia

Viele Rohstoffe – wenig Reichtum

von Regine Richter

Ulanbataar, die Hauptstadt der Mongolei, ist eine wilde Mischung aus sozialistischen Pracht- und Plattenbauten, einfachsten Hütten die Hügel hinauf und Jurten vor allem am Stadtrand. Seit der Jahrtausendwende sind im Innenstadtbereich noch etliche schicke Glas- und Stahlhochhäuser dazu gekommen, die unter anderem internationale Rohstoffkonzerne beherbergen. Sie zeugen vom Rohstoffboom, der dem Land hohe Wachstumsraten von bis zu 17 Prozent bescherte, und die die Mongolei 2011 zum Land mit dem schnellsten wirtschaftlichen Wachstum machten.

Die Mongolei verfügt über einige der weltweit größten Kupfer-, Kohle- und Goldvorkommen sowie über Zink, Uran, Erdöl, Eisenerz, seltene Metalle und Erden. Seit dem Ende des Sozialismus wurde deren Abbau vorangetrieben, womit sich das Land vom Agrar- zum Rohstoffexportland entwickelte: Der Anteil der Land- und Viehwirtschaft am BIP ist von 36 Prozent im Jahr 1997 auf heute etwa 15 Prozent zurückgegangen, der Anteil des Bergbaus an der Wertschöpfung stieg im gleichen Zeitraum von 12 Prozent auf über 30 Prozent. Der Exportanteil des Bergbaus liegt heute sogar bei etwa 90 Prozent. Daher wird die Mongolei, abgeleitet vom englischen Mongolia, auch »Mine-golia« genannt. Jedoch sind nur etwa drei Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung im Bergbausektor tätig. Die Haupteinkommensquelle für ein Drittel der Haushalte bleibt die Viehwirtschaft, trotz ihres sinkenden Anteils am BIP.

Der starke Fokus auf den Rohstoffabbau rächte sich in den vergangenen Jahren, denn die Mongolei erlebte das Schicksal vieler Rohstoff-Ökonomien. Die volatilen Rohstoffpreise fielen: Kupferpreise gingen von 2011 bis Anfang 2016 um mehr als die Hälfte zurück, ebenso wie Kohlepreise, der Goldpreis fiel auf 60 Prozent gegenüber seinem Hoch. Dementsprechend

brach das Wirtschaftswachstum des Landes massiv ein. Schon in den vorangegangenen Jahren war die gerechte Verteilung der Einnahmen aus dem Bergbau ein ungelöstes Problem, da der Sektor kaum Beschäftigte hat und die Gewinne bei einigen Wenigen verblieben. In Jahren geringer Einnahmen bleibt umso weniger zu verteilen.

Gleichzeitig stehen Bergbau und Landwirtschaft teilweise in direkter Konkurrenz zueinander: Sei es der konkurrierende Bedarf an Wasser, sei es die Zerschneidung von Weidegebieten durch Straßen und andere Bergbauinfrastruktur, sei es die hohe Staubbelastung durch Verkehr, die Feldbau und Aufforstung beeinträchtigt.

Oyu Tolgoi Mine

Gerade in der Wüste Gobi spitzen sich solche Konflikte zu. Dort liegen riesige Kohlevorkommen sowie Gold- und Kupferreserven. Letztere werden in der Oyu Tolgoi-Mine abgebaut. Die Mine gehört zu zwei Dritteln dem Bergbauriesen Rio Tinto und der kanadischen Firma Turquoise Hill sowie zu einem Drittel dem mongolischen Staat. Die Konzerne und die mongolische Regierung haben sich mehrere Jahre über die Aufteilung der Einnahmen aus der Mine gestritten. Dabei ging es darum, ab wann dem Staat Einnahmen aus Oyu Tolgoi zufließen. Der Deal ist, dass die Bergbaukonzerne die Kosten für den Ausbau der Mine tragen und die Gewinne an den Staat erst dann ausgeschüttet werden, wenn die Investitionskosten abgezahlt sind.

Da die geplanten Ausgaben immer höher wurden, rückte dieser Zeitpunkt in immer weitere Ferne. Zudem sieht das 2009 zwischen der damaligen mongolischen Regierung und den Minenbetreibern abgeschlossene Investitionsabkommen vor, dass alle Gesetze, die Relevanz für Oyu Tolgoi haben, auf dem Stand von 2009 eingefroren werden. Änderungen in den Bereichen Steuern, Umwelt, Menschenrechte gelten damit für Oyu Tolgoi nicht. International geriet die mongolische Regierung wegen ihrer Nachverhandlungen mit den Bergbaukonzernen unter Druck: Daraus resultierte Unsicherheit für Investoren, was zu einem schlechten Investitionsklima führte. Schließlich einigten sich die Parteien Ende 2015 und Rio Tinto verkündete Mitte 2016, dass nun mit dem Ausbau des unterirdischen Erzabbaus begonnen werde, wofür fast 200 km Tun-

nel unterirdisch ins Gestein getrieben werden sollen. Bereits heute wird Kupfer im Tagebau abgebaut.

Für den Untertagebau muss ein Fluss umgelenkt werden, der für die Nomad*innen von großer Bedeutung ist, da er auch im Winter nicht zufriert und für die Herden eine wichtige Wasserquelle ist. Rio Tinto war in diesem Punkt jedoch zu keinem Entgegenkommen bereit. Das Unternehmen verweist auf eine künstliche Quelle, die als Alternative angelegt wurde, die jedoch aus Sicht der Nomad*innen nicht dieselbe Qualität wie der ursprüngliche Fluss hat. Die Nomad*innen und Rio Tinto befinden sich dazu seit mehreren Jahren in einem Beschwerdeverfahren sowohl bei der Weltbanktochter International Finance Corporation (IFC) als auch bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die den Ausbau von Oyu Tolgoi mit finanzieren. IFC, EBRD, Exportkreditagenturen, Entwicklungs- und Privatbanken, unter ihnen die KfW-IPEX-Bank, haben für den Ausbau von Oyu Tolgoi ein Kreditpaket in Höhe von 4,4 Mrd. US-Dollar geschnürt.

Über die Flussumleitung hinaus kämpfen die Nomad*innen mit sinkenden Wasserständen in Brunnen und mit der Zerschneidung der Weidegebiete durch Straßen, Schienen und einen Flughafen, mit dem Oyu Tolgoi versorgt wird. Eine Gruppe von Nomad*innen hat sich zusammengeschlossen und verfolgt die Beschwerde bei den Entwicklungsbanken mit Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Ulanbataar und internationalen Gruppen.

Gesetz mit dem langen Namen

Bereits früher gab es eine landesweite Initiative gegen den übermäßigen Bergbau. Aktivist*innen um den Goldman-Preisträger Munkhbayar gründeten 2009 das United Movement of Mongolian Rivers and Lakes und erreichten die Verabschiedung eines Gesetzes, das Bergbau und -erkundung im Einzugsbereich von Flüssen, Wasserreservoirs und Waldgebieten verbot. In der Mongolei läuft dieses Gesetz unter der Bezeichnung »Gesetz mit dem langen Namen«. Da es weitreichende Einschränkungen für Bergbauunternehmen bedeutete, kam es zu einer starken Gegenlobby durch Bergbauunternehmen, die 2013 eine weitgehende Entschärfung des Gesetzes erreichten. Unter den Firmen, die sich aktiv für eine »Neutralisierung« des Gesetzes einsetzten, war das kanadische Unternehmen Centerra, das im Norden



*Jurte nahe der geplanten Gatsuurt-Mine
(© Olexi Pasyuk, CEE Bankwatch Network)*

von Ulanbataar die Goldmine Boroo betrieb. Nachdem diese Mine nun erschöpft ist, arbeitet Centerra 2016 an der Erschließung einer weiteren Mine: Gatsuurt, in der Nachbarschaft der Boroo-Mine. Vor Ort gibt es massiven Widerstand gegen Gatsuurt, Aktivist*innen weisen darauf, dass der frühere Goldabbau in der Region keineswegs den versprochenen wirtschaftlichen Boom gebracht hat, sondern Boden und Wasser belastet hat. Land- und Forstwirte fürchten die negativen Auswirkungen aus dem erwarteten Verkehr, der Quellen, Felder und Aufforstungen einzustauben droht. Trotz der Proteste hat die EBRD Centerra Anfang 2016 einen Kredit bewilligt, den das Unternehmen für den Minenausbau nutzen kann. Damit fördert die EBRD weiter den Bergbau, obwohl sie selbst in der Länderstrategie für die Mongolei darauf hingewiesen hat, dass es für das Land volkswirtschaftlich wichtig wäre, andere Sektoren auszubauen.

Quellen

<http://www.mining.com/rio-tinto-goes-ahead-with-5-3-billion-expansion-of-oyu-tolgoi/>

<http://www.ebrd.com/news/2015/ebrd-arranges-us-12-billion-syndicated-loan-for-oyu-tolgoi-mine.html>

<http://www.transrivers.org/documents/rivers-and-mining/the-short-history-of-the-law-with-long-name/>

Über die Autorin

Regine Richter arbeitet bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald zu öffentlichen und privaten, deutschen und internationalen Banken mit dem Schwerpunkt Energie und Rohstoffe. Die Gegend der Oyu Tolgoi-Mine besuchte sie 2011 zum ersten Mal.

Indien wird schon bald die »jüngste« Nation der Welt sein. Schätzungen zufolge wird das 2020 eintreten: Das Durchschnittsalter der Inder*innen wird dann bei 29 Jahren liegen, bei den Chines*innen bei 37, und wir Deutschen sind dann im Schnitt bereits 48 Jahre alt. Von Überalterung ist Indien also weit entfernt. Doch dafür steht das Land vor einer anderen Herausforderung: Die Hälfte der indischen Bevölkerung ist jünger als 25 – und sie alle brauchen eine berufliche Perspektive.

Der Höhepunkt dieser Jugendwelle wird vermutlich 2026 erreicht sein. Ab dann wird Indiens Jugend zahlenmäßig abnehmen, denn die Geburtenrate in Indien sinkt seit Jahren. Vor dem Hintergrund dieser demographischen Entwicklung ist Indien zurzeit ein sehr junges und mit rund 1,3 Milliarden Menschen ein bevölkerungsreiches Land.

Jeden Monat drängen fast eine Million junge Inder*innen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Im Jahr 2020 werden rund 28 Prozent der Arbeitskräfte weltweit in Indien leben. Das ist eine enorme Chance, um Indiens Wirtschaft wachsen zu lassen. Doch wenn diese jungen Menschen ohne Job und persönliche Aussichten bleiben, droht ein Desaster. Das befürchtet auch Sanjay Kumar, Direktor des Thinktanks Centre for the Study of Developing Societies (CSDS) mit Sitz in Neu-Delhi. Sanjay Kumar ist

»Ich möchte gerne Lehrerin werden. Aber es ist sehr schwierig, Arbeit zu finden. Der Wettbewerb ist sehr groß.«

Annu, 18 Jahre alt; ihr Vater ist Näher; sie hat 2015 am Job-Training einer NGO für Schulabgänger teilgenommen.

Mitautor der Studie »Indiens Jugend in einer sich wandelnden Welt – Standpunkte und Sichtweisen«, die 2009 die erste repräsentative Jugendstudie in Indien überhaupt war. Diese versucht, Indiens Jugend näher zu bestimmen, aber auch zu differenzieren. Denn natürlich gibt es weder in Deutschland, erst recht nicht in einem so großen Land wie Indien DIE EINE Jugend.

Die größten Probleme? Armut und Arbeitslosigkeit

In der Studie wurden 15- bis 35-Jährige befragt, entsprechend der offiziellen Definition von Jugend in Indien. Die Befragten, so die Studie, sehen Arbeitslosigkeit und Armut als die größten Probleme. Sanjay Kumar ist sich sicher, dass dieses Ergebnis auch heute noch Gültigkeit hat. Laut Studie macht es beim Thema Arbeitslosigkeit kaum einen Unterschied, wie gut die jungen Menschen ausgebildet sind – für sie ist es eine der zentralen Herausforderungen. Themen wie Terrorismus, Analphabetismus oder Korruption haben kaum eine Bedeutung.

Diese Herausforderung an den Arbeitsmarkt kann auch eine Chance sein. Expert*innen sprechen von einer demographischen Dividende: Gemeint ist die Möglichkeit, eine bestimmte Altersstruktur ökonomisch zu nutzen und zwar binnen eines bestimmten Zeitfensters. Für Indien heißt das grob skizziert: Es gibt Millionen junger arbeitsfähiger Menschen – zugleich geht das anhaltende Bevölkerungswachstum zurück. Das bedeutet, es gibt weniger Kinder und auch weniger Alte, die Pflege und Sorge brauchen. Als Konsequenz könnte Indien zum größten Arbeitskräftemarkt der Welt werden – auch für Frauen. Zugleich bleibt mehr Lohn übrig, was die Ausgaben der privaten Haushalte steigen lässt – Indien könnte auch zum größten Ver-

brauchermarkt werden. Doch die demografische Dividende ist keine Zwangsläufigkeit. Sie hängt von vielen politischen und wirtschaftlichen Faktoren ab.

Die Zahl der jungen Inder*innen, die einen Bildungsabschluss erzielen, wächst stetig. Doch bislang gelingt es nicht, im selben Ausmaß für berufliche Perspektiven zu sorgen. Dabei geht es nicht allein um die Zahl der Arbeitsplätze, sondern auch um deren Qualität. Schon jetzt findet nur ein geringer Teil der jungen Menschen eine richtige Anstellung im staatlichen oder privaten Sektor. Die große Mehrheit von ihnen überlebt irgendwie als Teil des informellen Sektors – als Gelegenheitsarbeiter auf dem Bau, als Wachmann oder Haushaltshilfe mit geringem Verdienst und ohne rechtliche Grundlage. Diese Arbeit mag für das Überleben ausreichen, aber sie bietet keine ökonomische Sicherheit. Bei einer Krankheit in der Familie kann das Leben schnell ins Wanken geraten. Auch ist so kaum eine gute Ausbildung für die Kinder finanzierbar.

Mehr soziale Freiheiten, auch mehr Wettbewerb

Indiens Jugend ist die erste Generation, die nach der Öffnung des indischen Marktes 1991 für ausländisches Kapital groß geworden ist. Ihre Erfahrungen sind andere als die ihrer Eltern. Sie genießen mehr soziale Freiheiten, haben andere berufliche Chancen und erleben zugleich mehr Wettbewerb und Konkurrenz. 60 Prozent der jungen Leute in Indien interessieren sich für Politik, für die älteren Altersgruppen gilt das für gut 50 Prozent. Das hat die Studie »Indiens Jugend und Politik – ein wachsendes Engagement« von 2012 gezeigt, die Sanjay Kumar mit herausgegeben hat. Darin wird auch deutlich, dass die Jugend nicht nur stärker politisch interessiert ist, sondern auch ihr Engagement zunimmt. Das gilt sowohl für die Wahlbeteiligung, als auch für die politische Teilhabe durch Proteste oder Unterstützung von Kampagnen.

»Die Politik war lange etwas für die Alten. Aber jetzt gibt es diese Idee: Wir wollen uns einmischen. Wir wollen unsere Meinung sagen.«

Karthik, 23 Jahre alt; Student an einer privaten Universität. Seine Familie gehört zur höheren Mittelschicht.



*Jugendliche in Tamil Nadu feiern Gandhis Geburtstag
(© Sonja Ernst)*

Es gab zuletzt zwei große Protestwellen, die von der Jugend mit geprägt wurden. 2011 engagierten sich viele junge Leute in der Anti-Korruptions-Kampagne rund um Anna Hazare. Im darauffolgenden Jahr gingen junge Frauen wie auch Männer auf die Straße und protestierten gegen sexuelle Gewalt in Indiens Gesellschaft. Vorausgegangen war die brutale Gruppenvergewaltigung einer jungen Studentin in Delhi, die auch international für Schlagzeilen sorgte. Manche sahen schon eine kleine Mini-Revolution der Jugend heraufziehen – doch das passierte nicht. Die Proteste blieben stark auf Delhi begrenzt.

Doch die Schlussfolgerung, dass politisches Interesse vor allem auf die großen Städte Delhi, Kalkutta oder auch Mumbai begrenzt ist, wäre falsch. »Ich war überrascht«, sagt Sanjay Kumar, »für mich war das ein erhellender Moment.« Denn seine Studien haben gezeigt, dass das politische Interesse in den ländlichen Regionen sowie in den vielen mittelgroßen Städten, die bei Analysen gerne übersehen werden, genauso groß ist wie in den Metropolen. Vor allem die Befragten in den mittelgroßen Städten haben die meisten Ziele und Bestrebungen für die Zukunft, sagt Kumar.

Über die Autorin

Sonja Ernst ist Vorstandsmitglied im Südasiensbüro und freie Journalistin für Online und Hörfunk. Im Jahr 2015 war sie Indisch-Deutsche Medienbotschafterin der Robert Bosch Stiftung.

Gewerkschaft als internationale soziale Bewegung

Das ExChains-Netzwerk am Beispiel von Südasien

von Michael Fütterer

Am 2. September 2016 streikten laut Gewerkschaftsangaben in Indien 180 Millionen Arbeiter*innen vor allem gegen Leiharbeit, Niedriglöhne, fehlende soziale Sicherungen und die Unterdrückung gewerkschaftlicher Organisation. Der Streik richtete sich gegen die rechte Regierung der Bharatiya Janata Party mit dem Premierminister Narendra Modi. Dessen erklärtes Ziel ist es, mit Liberalisierungen und Privatisierungen weitere ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Garanten für diese Strategie sind niedrige Löhne, flexible Arbeitsbedingungen, informelle Beschäftigung, die in Indien 90 Prozent des Arbeitsmarktes ausmacht, sowie Repression gegen Versuche unabhängiger gewerkschaftlicher Organisation.

Der Streik kam keineswegs aus dem Nichts: Im Bundesstaat Karnataka gingen ihm im April 2016 beispielsweise Proteste und Streiks gegen geplante Kürzungen in Pensions- und Arbeitslosenfonds voraus, die in und um die Wirtschaftsmetropole Bangalore ihren Ausgang hatten. Getragen wurden diese Streiks unter anderem von der Bekleidungsgewerkschaft Garment and Textile Workers Union (GATWU). GATWU ist eine der wenigen Gewerkschaften im Bekleidungssektor, die eine Verankerung unter den Arbeiter*innen haben und für eine kämpferische, demokratische Gewerkschaftsarbeit auf Fabrik- und Stadtteilebene stehen. Ihre Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit ist Ergebnis einer Gewerkschaftsarbeit, die auf Selbstorganisation der Arbeiter*innen beruht und deren Kämpfen, Lebenslagen, Forderungen und Erfahrungen zentralen Stellenwert einräumt.

Gemeinsam mit der sri-lankischen Gewerkschaft Free Trade Zones and General Services Employees Union

(FTZ&GSEU), der indischen Garment and Fashion Workers Union (GAFWU), der bangladeschischen National Garment Workers Federation (NGWF) sowie Betriebsratsmitgliedern und Gewerkschafter*innen von H&M, Zara, Esprit und Primark in Deutschland entwickelt GATWU im ExChains-Netzwerk des Transnational Information Exchange (TIE) eine internationale Gewerkschaftsarbeit, die auf gemeinsamen Aktionen und Strategien beruht.

Im Netzwerk wird eine direkte Zusammenarbeit von Arbeiter*innen in der globalen Bekleidungsindustrie aufgebaut, um so lokale Auseinandersetzungen in der Produktion und im Verkauf zu stärken. Unterstützt wird das Netzwerk dabei durch den Fachbereich Handel der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Deutschland.

Damit formuliert das Netzwerk eine Alternative zu bisherigen Strategien in der globalen Bekleidungsindustrie. Bislang werden von Aktivist*innen, NGO-Mitarbeiter*innen und Wissenschaftler*innen die Möglichkeiten zur Veränderung vor allem in Öffentlichkeitskampagnen und der Skandalisierung von Arbeits- und Menschenrechtsverstößen gesehen. Damit soll Druck auf Regierungen und Unternehmen im Globalen Norden aufgebaut werden, damit diese für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sorgen. Den lokalen Gewerkschaften kommt in dieser Strategie vor allem die Rolle zu, Informationen über die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen zu liefern, die dann in die Kampagnen einfließen.

Für das ExChains-Netzwerk geht die Möglichkeit zur Veränderung dagegen von den Beschäftigten selbst aus. Ihre Handlungsfähigkeit soll durch direkte Zusammenarbeit gestärkt werden – anstatt darauf zu hoffen, dass Regierungen oder Bekleidungsunternehmen aktiv werden.



Verhandlungsmacht aufbauen: lokal, national, regional, transnational

ExChains ist Teil des internationalen Gewerkschaftsnetzwerks TIE. Es versteht sich seit seiner Gründung 1978 als Netzwerk für einen »selbsttätigen Internationalismus«, wie der langjährige TIE-Aktivist Jens Huhn in seiner Geschichte des Netzwerkes schreibt. Durch die Zusammenarbeit von betrieblichen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen und Aktiven aus sozialen Bewegungen im Globalen Süden und Norden arbeitet das Netzwerk am Aufbau einer grenzüberschreitenden gewerkschaftlichen Praxis.

Die Diskussion über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Mitgliedern des Netzwerks bildet die Grundlage für die gemeinsame Arbeit. Dazu zählen nicht bloß Austausch über Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch strategische Diskussionen über die Ausrichtung der eigenen Gewerkschaftsarbeit, grenzüberschreitendes Lernen sowie das Entwickeln neuer Organisierungswerkzeuge. Dabei spielt das sogenannte Arbeitsplatzmapping eine besondere Rolle: Die Beschäftigten in den Bekleidungsfabriken

Treffen des ExChains-Netzwerks

(© TIE)

identifizieren eigenständig Probleme, die sie auf der Arbeit haben und diskutieren Ursachen sowie Auswirkungen. In einem nächsten Schritt entwickeln sie Forderungen und Strategien, wie Verbesserungen erkämpft und mit den Fabrikbesitzern ausgehandelt werden können.

Auf lokaler Ebene sind dies Forderungen, die von den Arbeiter*innen und ihrer Gewerkschaft direkt mit dem Fabrikmanagement verhandelt werden können. Beispiele sind der Zugang zu Trinkwasser, der Einbau ausreichender Lüftungssysteme oder geeignete Arbeitsmittel. Als Folge der Mappings haben einige Betriebsgewerkschaften im Herbst 2015 und Frühjahr 2016 bereits zum ersten Mal solche Verhandlungen geführt. Für Prathibha Ramanath, Gewerkschafterin von GATWU, sind die damit verbundenen Erfahrungen von Selbstermächtigung eine Ursache gewesen, dass sich in GATWU organisierte Arbeiter*innen an den April-Streiks in Bangalore beteiligt haben: »Die neue Strategie stärkt uns nicht nur in konkreten Verhandlungen, sondern baut unsere Gewerkschaftsarbeit insgesamt auf.« Konkrete Erfolge in Auseinanderset-

zungen machten Mut, sodass nach und nach umfassendere Auseinandersetzungen möglich werden.

Ramanath möchte Probleme, die nicht auf Fabrikenebene gelöst werden können und umfassende Veränderung erfordern, auf Branchenebene verhandelt sehen. Dazu müssen Verhandlungen mit den Bekleidungskonzernen beziehungsweise den Modemarken geführt werden, die in Südasien produzieren lassen, beispielsweise über Löhne, Boni und Produktivitätsanreize.

Auf der regionalen Ebene schließlich müssen Angelegenheiten thematisiert werden, die nicht auf Branchenebene gelöst werden können und solche, die in direktem Austausch der regionalen Gewerkschaften als gemeinsame identifiziert worden sind. Diese wollen Gewerkschaften gemeinsam in der Region mit den Markenunternehmen verhandeln. Themen sind beispielsweise sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz oder Gewerkschaftsrechte.

Der Schritt, direkt mit den Konzernen zu verhandeln, ist für die Gewerkschaften notwendig, da die Unternehmen mit ihrer Einkaufspolitik einen enormen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie ausüben. Bislang reagieren die Bekleidungskonzerne lediglich auf die öffentliche Skandalisierung von Arbeitsrechtsverstößen bei ihren Zulieferern – und zwar, indem sie diese als Einzelfälle abtun. Echte Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Arbeitsbedingungen und ihre Unternehmensstrategien haben sie bislang vermieden. In den angestrebten Verhandlungen werden die Gewerkschaften des ExChains-Netzwerks aus den verschiedenen Ländern gemeinsam auftreten.

Die Verhandlungen auf den unterschiedlichen Ebenen werden von den Betriebsräten und Gewerkschafter*innen in den Modeunternehmen unterstützt, indem sie betriebliche Öffentlichkeit für die Forderungen der Gewerkschaften erzeugen. Sie bauen Druck im eigenen Unternehmen auf, damit dieses die Forderungen anerkennt und direkt und ernsthaft mit den Gewerkschaften und Beschäftigten im Globalen Süden verhandelt. Entsprechend wollen die BekleidungsGewerkschaften solidarische Aktionen für Einzelhandelsbeschäftigte organisieren und deren Forderungen unterstützen. Dieses Vorgehen soll sicherstellen, dass Solidarität keine Einbahnstraße wird.

Den Blick erweitern

Für die TIE-Koordinatorin Dithhi Bhattacharya wird bereits jetzt deutlich, was sich verändert, wenn lokale Kämpfe von Arbeiter*innen in den Blick geraten und befördert werden: »In den Debatten geht es niemals nur um Arbeitsstandards oder Mindestforderungen. Es geht immer um ein gutes Leben, um Würde im Alltag und wie darum gekämpft werden kann.« Bei einem Arbeitsplatzmapping mit Beschäftigten eines H&M-Zulieferers in Dhaka, Bangladesch, stellten die Arbeiter*innen fest, dass eines ihrer Hauptprobleme in der Einführung neuer Maschinen besteht, was Personalabbau und Arbeitsverdichtung bedeutet. Anstatt die neuen Maschinen einfach abzulehnen, entwickelten die Arbeiter*innen die Forderung, die Arbeitszeit bei gleichem Lohn zu reduzieren, um die Arbeitsplätze ihrer Kolleg*innen zu erhalten und die Arbeitsbelastung zu reduzieren. Nun entwickeln die Arbeiter*innen gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft eine Strategie, um dies durchzusetzen. »Auf solche Probleme stößt man nur, wenn man den Blick erweitert und über Audits, Mindeststandards und Skandalisierungen hinausgeht«, sagt Bhattacharya.

Ähnliche Erfahrungen haben Arbeiter*innen in Bangalore gemacht, als sie sich mit Themen befassten, für die es in Gewerkschaften oftmals zu wenig Raum gibt: So wurde als drängendstes Problem in einem Zulieferunternehmen ein übergriffiger Vorgesetzter und sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz ausgemacht. Die Arbeiterinnen streikten gegen den Vorgesetzten und zwangen das Management dadurch, ihm zu kündigen. Damit haben die Arbeiter*innen an eine Praxis angeknüpft, die in ihrer Gewerkschaft GATWU Tradition hat: die Verbindung von Kämpfen gegen sexistische und patriarchale Herrschaft mit gewerkschaftlichen Kämpfen. GATWU startete als »women workers' centre«, ehe der Gewerkschaftsaufbau begann. Ähnliche Erfahrungen machte auch die FTZ&GSEU, der es als erster Gewerkschaft in Sri Lanka gelungen war, Betriebsgewerkschaften in Freihandelszonen aufzubauen, indem sie Geschlecht und Klasse nicht getrennt betrachteten, sondern die Verbindung von beidem zum Ausgang ihrer Arbeit machten. Dies spiegelt sich nicht nur in Forderungen wieder, sondern auch darin, welche Organisations- und Praxisformen entwickelt werden, welche Probleme der Arbeiter*innen ihren Platz in der Gewerkschaft haben und wie sich die Gewerkschaft gegenüber anderen Akteur*innen verhält.

Mit dem Arbeitsplatzmapping und der Orientierung auf lokale Forderungen und Kämpfe wurde im ExChains-Netzwerk nicht nur ein neues Organisierungsinstrument angewandt. Die selbsttätigen Untersuchungen und die damit verbundene Strategie sollen vielmehr helfen, die vielfältigen Erfahrungen und erlebten Widersprüche von Arbeiter*innen in der globalen Bekleidungsindustrie zum Ausgang der Gewerkschaftsarbeit zu machen. Probleme, Hoffnungen, Wünsche und Forderungen von Arbeiter*innen überschreiten regelmäßig ein enges Verständnis von Lohnarbeit. Wollen Gewerkschaften Handlungsmacht aufbauen, müssen sie dieses ebenfalls hinter sich lassen.

Zweifellos ist solch eine Stärkung von Gewerkschaftsbewegungen in der Bekleidungsindustrie ein schwieriges Unterfangen. Nicht ohne Grund entwickelten sich als Alternativen zu oftmals mühsamen Ansätzen für den Aufbau lokaler Gewerkschaftsmacht Strategien, die den Hebel für Veränderung im Globalen Norden verorten und allein auf die Skandalisierung von Missständen abzielen. Für die Sozialwissenschaftler Aziz Choudry und Dip Kapoor hat dies allerdings zur Folge, dass gesellschaftliche Veränderung nur noch zur Aufgabe von »erfahrenen Strategen, Verhandlungsführern und Technokraten« wird. Der Aufbau von sozialer Bewegung vor Ort gerät dabei aus dem Blickfeld und wird nicht nur durch die widrigen Bedingungen vor Ort erschwert, sondern auch dadurch, dass die Orientierung auf den Aufbau lokaler Handlungskapazitäten verschüttet wird.

Die Aktiven im ExChains-Netzwerk arbeiten hingegen daran, diese Orientierung lebendig zu halten und durch die Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen von lokal bis transnational Gewerkschaftsmacht aufzubauen.

Literaturempfehlungen

Choudry, Aziz & Kapoor, Dip (Hrsg.): *NGOization: Complicity, Contradictions and Prospects*. Zed Books, 2013.

Huhn, Jens: *Trotz alledem... TIE – eine »andere« Internationale in Zeiten der Globalisierung*. EPubli, 2015.



Näherin in Bangladesch (© Lukas Jednicki)

Über den Autor

Michael Fütterer ist Gewerkschaftsaktivist im TIE Global-Netzwerk. Dort arbeitet er mit Kolleg*innen aus Produktion und Verkauf an der Entwicklung neuer gewerkschaftlicher Strategien in der Bekleidungsindustrie.

Textilarbeiter*innen in Kambodscha

Zwischen Arbeit, Armut und Aktion

von Michaela Douch

Im Dezember 2013 und Januar 2014 sind die Straßen von Phnom Penh von zehntausenden Textilarbeiter*innen eingenommen. In der Hauptstadt Kambodschas kommen sie zu großen Protestmärschen zusammen und kämpfen für die sofortige Implementierung eines monatlichen Mindestlohns von 160 US-Dollar. Sie finden eine breite Unterstützung, auch in der Oppositionspartei Kambodschas, der Cambodia National Rescue Party (CNRP).

Der Generalstreik, der am 24. Dezember 2013 begann und zehn Tage dauerte, führte nicht nur zu einem temporären landesweiten Produktionsstopp. Die massive Streikwelle trieb auch die offiziellen Mindestlohnverhandlungen voran, die seither jedes Jahr stattfinden. Während der monatliche Mindestlohn vor dem Generalstreik noch bei 80 US-Dollar lag, liegt er derzeit bei 153 US-Dollar. So erkämpften sich die Arbeiter*innen innerhalb der letzten vier Jahre einen Lohnanstieg um fast 50 Prozent.

Flächendeckende Streiks als ein effektives Mittel der kambodschanischen Textilarbeiter*innen, um auf ihre prekäre Situation aufmerksam zu machen, Forderungen zu formulieren und insbesondere die Mindestlohnverhandlungen voranzutreiben, hat es bereits in früheren Jahren gegeben.

Der flächendeckende Streik im September 2010 war der erste seiner Art, auch wenn er nach wenigen Tagen nach Aufforderung der Regierung durch die unabhängigen Gewerkschaftsführungen selbst gewaltfrei aufgelöst wurde, ohne dass direkt konkrete Lohnerhöhungen folgten (Vgl. Arnold, 2013). Die Massenproteste 2013/2014 stellten jedoch eine neue Dynamik dar.

Wiederaufbau als Standort von Textilindustrie

Anfang der 1990er Jahre wurde Kambodscha in das globale Produktionsnetzwerk der Textilindustrie integriert – und das trotz der von Beginn an schlechten politischen und ökonomischen Situation des Landes. Kambodscha litt enorm unter den Zerstörungen während des Vietnamkrieges sowie unter der darauffolgenden Schreckensherrschaft der Roten Khmer und stand vor der Notwendigkeit eines nahezu vollständigen Wiederaufbaus (Arnold, 2013). Dennoch konnte sich ein Sektor entwickeln, der zu einem der wichtigsten ökonomischen Pfeiler des Landes wurde – Textilien sind mittlerweile das wichtigste Exportgut Kambodschas und die Textilbranche ist der größte Arbeitgeber des Landes.

Allerdings wurde ein Sektor geschaffen, der keine »einheimische« Produktion umfasst und auch kein »kambodschanischer Sektor« im engeren Sinne ist. Fast alle Textilien und Materialien werden aus Ostasien importiert. Aufgrund des mangelnden Know-hows gibt es bislang keine diversifizierte Produktion. In den kambodschanischen Fabriken findet primär der Produktionsschritt »Cut-Make-Trim« (CMT) statt, der letztlich nur die Arbeitsschritte des Schneidens und Nähens der Stoffe zur Fertigstellung von Kleidungsstücken umfasst. Viele Arbeiter*innen nähen ausschließlich die Etiketten der einzelnen Marken in Oberteile oder Hosen ein. Zudem gehören die Textilfabriken in Kambodscha aufgrund der enormen Förderung von ausländischen Direktinvestitionen im Zuge internationaler und nationaler Liberalisierungspolitiken Anfang der 1990er Jahre fast vollständig primär aus Ostasien stammenden Investoren – wie etwa aus China, Hongkong, Taiwan oder Korea. Wer profitiert hier also am meisten? Neben der kambodschanischen

Regierungsführung, die die Investitionen in den Sektor weiter ankurbelt, und den global agierenden Einkäufern, die vom Standortvorteil Kambodschas profitieren, sind es eben jene Investoren, die am oberen Ende eines »Profitkontinuums« stehen und zunehmend aus der Ressource Arbeitskraft, genauer gesagt aus dem Überangebot an so bezeichneten »Geringqualifizierten« oder »unqualifizierten Arbeitskräften« in Kambodscha schöpfen.

Zwar wurden dadurch Arbeitsplätze geschaffen. Mittlerweile sind mehr als 700.000 Arbeiter*innen im Textilsektor beschäftigt. Über 90 Prozent der Beschäftigten sind Frauen – meist jung, aus ländlichen Provinzen, ohne höhere Schulbildung. Sie haben ihre Familien auf dem Land zurückgelassen, um als Textilarbeiterinnen in Phnom Penh oder in der direkt angrenzenden Provinz Kandal zu arbeiten. Als Arbeiterin in Textilfabriken leiden sie jedoch unter Unterbezahlung, Diskriminierung, Belästigung, Missbrauch, mangelnder Gesundheitsversorgung und vielem mehr. Die schlechten Arbeitsbedingungen spiegeln sich auch im Lebensalltag der Beschäftigten wider, die unter sehr ärmlichen Bedingungen leben müssen.

Doch unter anderem der eingangs skizzierte Generalstreik 2013/2014 zeigt, dass die kambodschanischen Textilarbeiter*innen dies nicht einfach hinnehmen und in ihrer oftmals auferlegten passiven Rolle verharren – denn sie sind nicht einfach nur Produktionsfaktoren, sie sind auch nicht einfach nur Opfer eines kapitalorientierten Systems. Die Arbeiter*innen wollen und können aktiv Einfluss auf ihre Situation nehmen, was neben dem erzielten Produktionsstopp und den erstreikten Lohnerhöhungen auch durch neues Selbstbewusstsein und neue Organisationsformen unter Beweis gestellt wird.

Autonome Organisation von unten

Proteste und Streiks sind keine neuen Phänomene im Textilsektor Kambodschas. Initiator*innen von flächendeckenden Streiks wie 2013/14 oder auch 2010 waren unabhängige, nicht regierungs- oder arbeitgebernahe Gewerkschaften oder vielmehr ihre Führung und Repräsentanten. Sie gelten als direkte Vertreter der Arbeiterschaft und sitzen auch am Verhandlungstisch, um über die Erhöhung des Mindestlohns zu debattieren.



Textilarbeiterin in Kambodscha
(© ILO; https://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/igo/deed.en_US)

Doch eine nur selten thematisierte Problematik ist, dass diese unabhängigen Gewerkschaften – von abhängigen Gewerkschaften ganz zu schweigen – starke Hierarchie- und Abhängigkeitsstrukturen haben, die eine gleichberechtigte Mitsprache und Teilnahme der breiten Arbeiterschaft verhindern. Es fällt den Frauen sehr schwer, den vielen Gewerkschaften, die häufig intransparent arbeiten und immer wieder Korruptionsvorwürfen im Führungsbereich ausgesetzt sind, wirklich zu vertrauen.¹

Ein Novum ist, dass Arbeiter*innen im Rahmen des letzten Generalstreiks vermehrt begannen, sich autonom (d. h. ohne gewerkschaftliche Unterstützung) zu mobilisieren und zu organisieren. So ist es sehr wichtig, dass sich neben bisheriger und sehr bedeutender (unabhän-

giger) gewerkschaftlicher Organisation Arbeiter*innen auch autonom, von unten (»bottom-up«), vernetzen und organisieren, um zunehmend auf lokaler Ebene sowie auch auf über-lokaler Ebene eigene Forderungen formulieren zu können. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, explizit die Rolle oder vielmehr die Stimmen der Frauen zu berücksichtigen, die über 90 Prozent der Beschäftigten ausmachen. Denn die Führungspositionen in kambodschanischen Gewerkschaften werden primär von Männern eingenommen, wodurch man in Bezug auf gewerkschaftliche Organisation tatsächlich von einer »Frauenorganisation unter männlicher Führung« sprechen könnte (Nuon, Serrano, 2010).

Viele Beschäftigte respektive viele Frauen bauten nicht mehr ausschließlich auf gewerkschaftliche Organisation, sondern vielmehr auf sich selbst, auf ihre eigene Handlungsmacht. Sie versuchten ihr eigenes Netzwerk von Familie, Freund*innen, Kolleg*innen zu nutzen und hier Räume zu schaffen, in denen sie zum einen explizit ihre Forderungen diskutieren konnten und zum anderen Wege fanden, sich gemeinsam den großen Protestmärschen anzuschließen. Dadurch konnte auch »das Kollektiv Arbeiterschaft« im Textilsektor rasch wachsen. Die neue Dynamik und Qualität von Arbeiter*innenbewegungen schien auch die kambodschanische Regierung zusehends zu bemerken. Mithilfe von Spezialeinheiten des Militärs schlug sie die spürbar stärker werdende Bewegung nach zehn Tagen brutal nieder: vier Menschen starben, dutzende wurden verletzt, teilweise schwer.

Dass Mobilisierung und Organisation von Arbeiterschaft in einem derart stark autoritären Kontext wie Kambodscha nach wie vor sehr schwierig sind, zeigte sich im April 2016 noch einmal deutlich. Das verabschiedete Gewerkschaftsgesetz ist eine weitere Repressionsmaßnahme. Es kann als ein präventiver Schachzug der Regierung interpretiert werden, um konkret Gewerkschaftsbildung und -arbeit zu unterbinden sowie Handlungsräume für Arbeiter*innen weiter zu limitieren.

Trotz höheren Mindestlohns: Der Kampf geht weiter!

Unterhält man sich mit den Frauen persönlich, wird deutlich, dass trotz der Erhöhung des Mindestlohns die Arbeitsbedingungen in den Fabriken und damit

einhergehend auch die Lebensbedingungen der Beschäftigten sich nicht strukturell nachhaltig verbessert haben. Neben der steigenden Inflationsrate stellen insbesondere die Kompensierungsstrategien der Arbeitgeber*innen, die mit der Erhöhung des Mindestlohnes einhergehen, ein gravierendes Problem dar. Als Kompensierungsstrategien können hier Maßnahmen bezeichnet werden, die Arbeitgeber*innen implementieren, um die Erhöhung des Mindestlohns und somit die Erhöhung ihrer Ausgaben auszugleichen oder zu umgehen.

Eine weit verbreitete Strategie ist zum Beispiel die drastische Kürzung der Arbeitsstunden und die damit zusammenhängende Verlagerung der Produktion in Subunternehmen, in denen Arbeiter*innen meist unter noch schlechteren Bedingungen zu noch schlechteren Konditionen arbeiten müssen. »Outsourcing«, die Auslagerung, ist stets ein zentrales Mittel, um zum einen den erhöhten Mindestlohn auszugleichen und/oder zu umgehen und zum anderen Arbeiter*innen unter Druck zu setzen, nicht »zu viel« zu fordern (Meen, 2016).

Viele Frauen konnten außerdem bereits nach den ersten Erhöhungen des Mindestlohns nur noch zu 50 Prozent arbeiten oder mussten mehrere Wochen aussetzen. Hierbei handelt es sich insbesondere um Stücklohn-Arbeiterinnen (»Piece-Rate-Worker«) oder um Arbeiterinnen mit Kurzzeitverträgen (»Short Term Contract«-Arbeiter*innen), die zunehmend einer enorm hohen Vulnerabilität ausgesetzt sind. So richtet sich ihre Entlohnung entweder nach der Anzahl der gefertigten Kleidungsstücke oder sie werden nur zwei bis drei Monate beschäftigt, und das auch nur in Teilzeit.

Demnach ist die Forderung eines höheren monatlichen Mindestlohns zweifelsfrei wichtig, jedoch nicht genug, wenn auch eine strukturelle, nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen das Ziel sein soll.

Doch die Textilarbeiter*innen lassen sich (noch) nicht unter Druck setzen und erheben weiter ihre Stimme, entwickeln Gegenmaßnahmen und suchen trotz stark eingeschränkter Handlungsräume Wege und Möglichkeiten, ihren Handlungswillen durchzusetzen (Meen, 2016). Angesichts der Restriktionen erfolgt dies gegenwärtig zwar (noch) nicht (wieder) durch massiv anhaltende, flächendeckende Streiks, dafür aber vereinzelt

vor oder in den Fabriken sowie in den einzelnen Haushalten. Denn der brutalen Niederschlagung zum Trotz sind viele Frauen aus der Generalstreik-Bewegung 2013/2014 stärker und selbstbewusster hervorgegangen.

Nun gilt es, auf das Potential der Arbeiter*innen aufzubauen und es (erneut) in konkret politisches Handeln umzuwandeln. Denn es ist klar: So wie Arbeitgeber*innen, Investoren, Regierung und Unternehmen immer Wege suchen werden, die Produktion so günstig und damit das Angebot so attraktiv wie möglich zu halten, so werden auch die kambodschanischen Textilarbeiter*innen stets Wege suchen, für ihr Recht auf ein besseres, menschenwürdiges Leben für sich und ihre Familien zu kämpfen. Die im Rahmen des letzten Generalstreiks generierten autonomen Vernetzungs- und Organisationsstrategien von Arbeiterinnen könnten eine Alternative zu bisherigen gewerkschaftlichen Organisationsformen sein, die weiter ausgebaut werden müssten.

Anmerkung

1 Diese Ergebnisse zeigt eine qualitative Studie auf, die ich 2015 in Kambodscha durchgeführt habe, in der ich mich u.a. der Rolle der kambodschanischen Textilarbeiter*innen während des Generalstreiks 2013/14 widmete. Die Studie baut primär auf qualitativen Interviews und Gruppendiskussionen mit kambodschanischen Textilarbeiter*innen auf.

Literaturempfehlungen

Arnold, Dennis (2013) Workers' agency and re-working power relations in Cambodia's garment industry, Working Paper, online unter <http://www.insurgentnotes.com/2016/10/strike-wave-and-worker-victories-in-cambodia/> (2.7.2014).

Meen, Art (2016) Strike Wave and Worker Victories in Cambodia, in Journal of Communist Theory and Practice, online unter <http://www.insurgentnotes.com/2016/10/strike-wave-and-worker-victories-in-cambodia/> (8.11.2016).

Nuon, Veasna and Melissa Serrano (2010) Building Unions in Cambodia: History, Challenges, Strategies. Singapore: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Über die Autorin

Michaela Douth ist Doktorandin im Fachbereich Südostasienwissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Sie forscht aktuell zum Thema »Labour Geographies in Global Production Networks« und widmet sich hier speziell der Rolle der kambodschanischen Textilarbeiter*innen und ihrer Handlungsmacht und -potenziale in der globalen Textilindustrie.

Die EU und die ASEAN auf dem Weg zu einer dynamischen Wirtschaftsbeziehung

Für wen und auf wessen Kosten?

von Joseph Purugganan

Vor zehn Jahren hat die Europäische Union ihre Initiative »New Partnership for the 21st Century with Asia« eingeführt. Die Initiative fokussiert auf zeitgleiche Verhandlungen und ambitionierte Freihandelsabkommen mit Indien, Korea und den ASEAN-Staaten.

Die Motivation hinter diesem Anstoß, die Gespräche über Freihandelsabkommen in Asien in Gang zu bringen, war es, die Interessen der EU in die wirtschaftlichen Entwicklungen der Region besser einbringen zu können und der EU damit eine wettbewerbsfähigere Position gegenüber den wirtschaftlichen Konkurrenten USA, Japan und China zu verschaffen. Die EU setzte dabei auf einen bilateralen Ansatz. Im Jahr 2010 fanden Gespräche mit einzelnen ASEAN-Mitgliederstaaten statt. So begann eine neue Generation von Verhandlungen über ehrgeizige Freihandelsabkommen: Mit Singapur und Malaysia im Jahr 2010, mit Vietnam im Jahr 2012, mit Thailand im Jahr 2013, mit Indonesien und den Philippinen im Jahr 2015.

Ein kürzlich erschienenes Hintergrundpapier des Forschungsdienstes des Europäischen Parlamentes untersuchte, welche Fortschritte bei den Verhandlungsgesprächen mit den ASEAN-Mitgliedsstaaten inzwischen gemacht wurden. Das Papier skizziert den Antrieb der EU für diese Verhandlungsgespräche als den Wunsch nach einer strategischen Partnerschaft. Demnach »ist es das strategische Interesse der EU, die ökonomische Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten zu stärken und eine wettbewerbsfähige Position in der Asien-Pazifik-Region beizubehalten, da die Region ökonomisch wichtig ist, was durch zunehmende intra-regionale Handels- und Investitionsbeziehungen sowie einer steigenden Anzahl regionaler Integrationsinitiativen weiter an Bedeutung gewinnt.«

Alle fokussieren also weiterhin auf Asien. Dabei ist die ASEAN-Gemeinschaft zu einem wichtigen Akteur in der

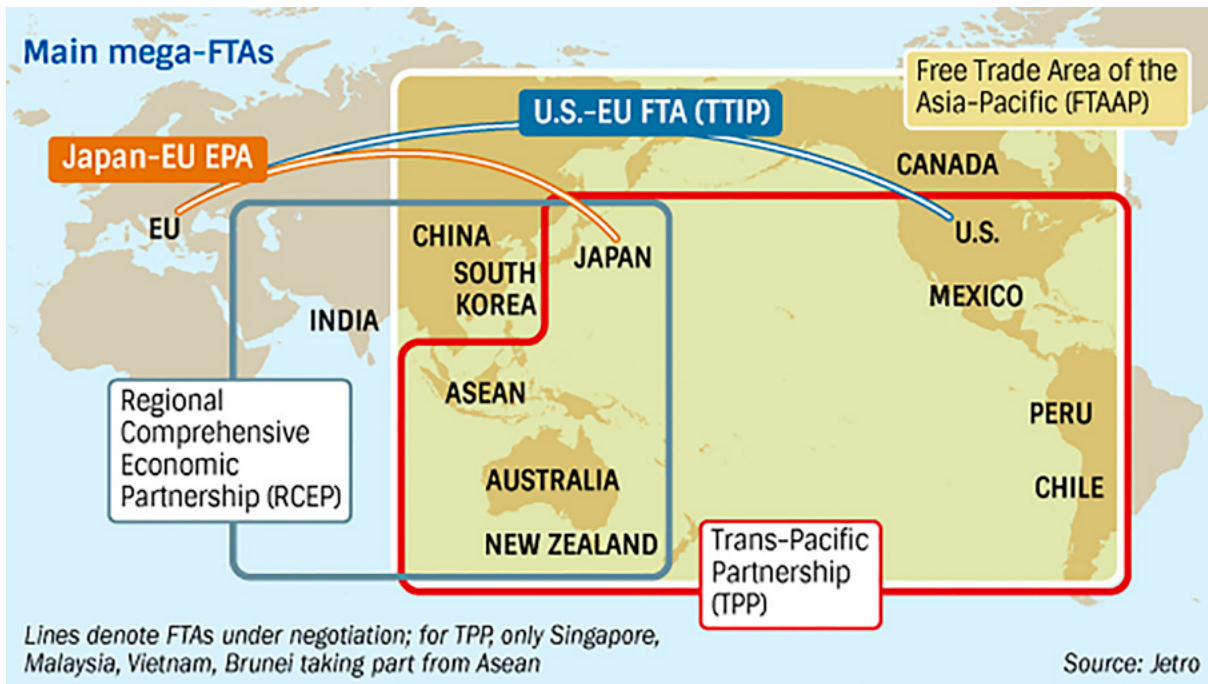
Region und zum Dreh- und Angelpunkt von Verhandlungen über Freihandels- und Investitionsabkommen geworden.

Drehpunkt des Freihandels

Die Karte zeigt die bestehenden, großen Freihandelsabkommen, welche derzeit ausgehandelt werden. Ebenfalls zeigt die Karte die den Verhandlungen zugrundeliegenden geopolitischen und geowirtschaftlichen Interessen.

Das größte und vielleicht kontroverseste dieser Freihandelsabkommen war/ist das »Trans-Pacific Partnership Agreement« (TPP), ein ehrgeiziges Handels- und Investitionsabkommen, das zwölf Staaten im pazifischen Raum betrifft. Viele betrachten das TPP als eine US-amerikanische Initiative, wobei sich das Blatt nun wendet, denn schon an seinem ersten Tag im Amt verwarf Donald Trump formal das TPP und verkündete ein Ende multinationaler Handelsverträge seitens der USA. Das TPP schloss auch Japan, Singapur, Brunei, Malaysia und Vietnam mit ein. Bis vor kurzem strebten auch die Regierungen von Thailand, Indonesien und den Philippinen eine Mitgliedschaft im TPP an und leisteten Lobbyarbeit, um in diesem Sammelabkommen aufgenommen zu werden.

Alle zehn ASEAN-Mitgliederstaaten sind ebenfalls Teil eines anderen regionalen Mega-Abkommens, welches zurzeit verhandelt wird. Das »Regional Comprehensive Economic Partnership Agreement« (RCEP) wird unter 16 Staaten verhandelt, darunter sind zehn ASEAN-Staaten und sechs Dialogpartner (China, Japan, Korea, Indien, Australien und Neuseeland), um sich zu einem ebenso ehrgeizigen, wirtschaftlichen Abkommen zusammenzuschließen. Auch die Motivation der EU-Handelsinitiative ist in diesem geopolitischen Kontext zu verorten.



Der Reiz an ASEAN

Es gibt mehrere Gründe dafür, dass ASEAN zu einem attraktiven Handels- und Investitionspartner der EU geworden ist.

1. Wachsende Bedeutung von ASEAN

Seit ihrer Gründung vor 50 Jahren hat die Association of South East Asian Nations ihre Vision der regionalen Einbindung vorangetrieben und auf drei Pfeilern verankert: ökonomisches, sicherheitspolitisches und soziokulturelles Zusammenwachsen.

Zusammengenommen ist die ASEAN-Gemeinschaft die drittgrößte Wirtschaft in Asien (neben China und Japan) und die sechstgrößte der Welt. Die wachsende Bevölkerung, die drittgrößte der Welt, wird auf 629 Millionen Menschen geschätzt und als riesiger Markt für Handel und Investitionen gesehen. Es wird geschätzt, dass der ASEAN-Handel etwa 2,3 Billionen US-Dollar ausmacht. Investitionen erreichten 120 Milliarden US-Dollar im Jahr 2015.

2. Rohstoffe

Die ASEAN-Region wird auch wegen der Rohstoffe geschätzt – Land, Wasser und natürlichen Rohstoffe. Das Gerangel um die Kontrolle über diese Ressourcen nimmt weiter zu.

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU liegt auf der Fähigkeit, Rohstoffe zu sichern, damit die eigene Industrie

Eine Übersicht über die großen Handelsabkommen.

(Quelle: Jetro)

und Produktion angekurbelt werden können. Es ist zur bedeutenden politischen Strategie der EU und ihrer »Raw Materials Initiative« geworden, den Zugang zu Rohstoffen zu sichern – genauso wie die USA und China.

3. Europäische Gemeinschaft als Vorbild?

Eine andere bedeutsame Entwicklung, welche die ASEAN zu einem attraktiven strategischen Partner der EU macht, ist der Schritt zu mehr regionaler Einbindung und einem einheitlichen Binnenmarkt.

Die EU sieht sich mit ihrer eigenen Erfahrung mit regionaler Einbindung und Gemeinschaftsbewusstsein (trotz Brexit) als eine Art Modell und Grundlage für Austausch von Ideen und Partnerschaften.

Der Gesamtplan des ASEAN-Gemeinschaftsprojekts definiert eine dreigleisige Strategie für 1) physische Verbundenheit hauptsächlich durch Infrastrukturentwicklungen, 2) institutionelle Verbundenheit durch eine Harmonisierung der Regeln, welche Handel und Investitionen erleichtern sollen und 3) Mensch-zu-Mensch-Verbundenheit, um eine tiefere intra-regionale soziale und kulturelle Interaktion voranzutreiben. Die EU behält mögliche Projekte in den Bereichen Energie, Verkehr und städtische Infrastruktur sowie »grüne Investitionen« und Handel mit Umweltprodukten und -dienstleistungen im Blick.

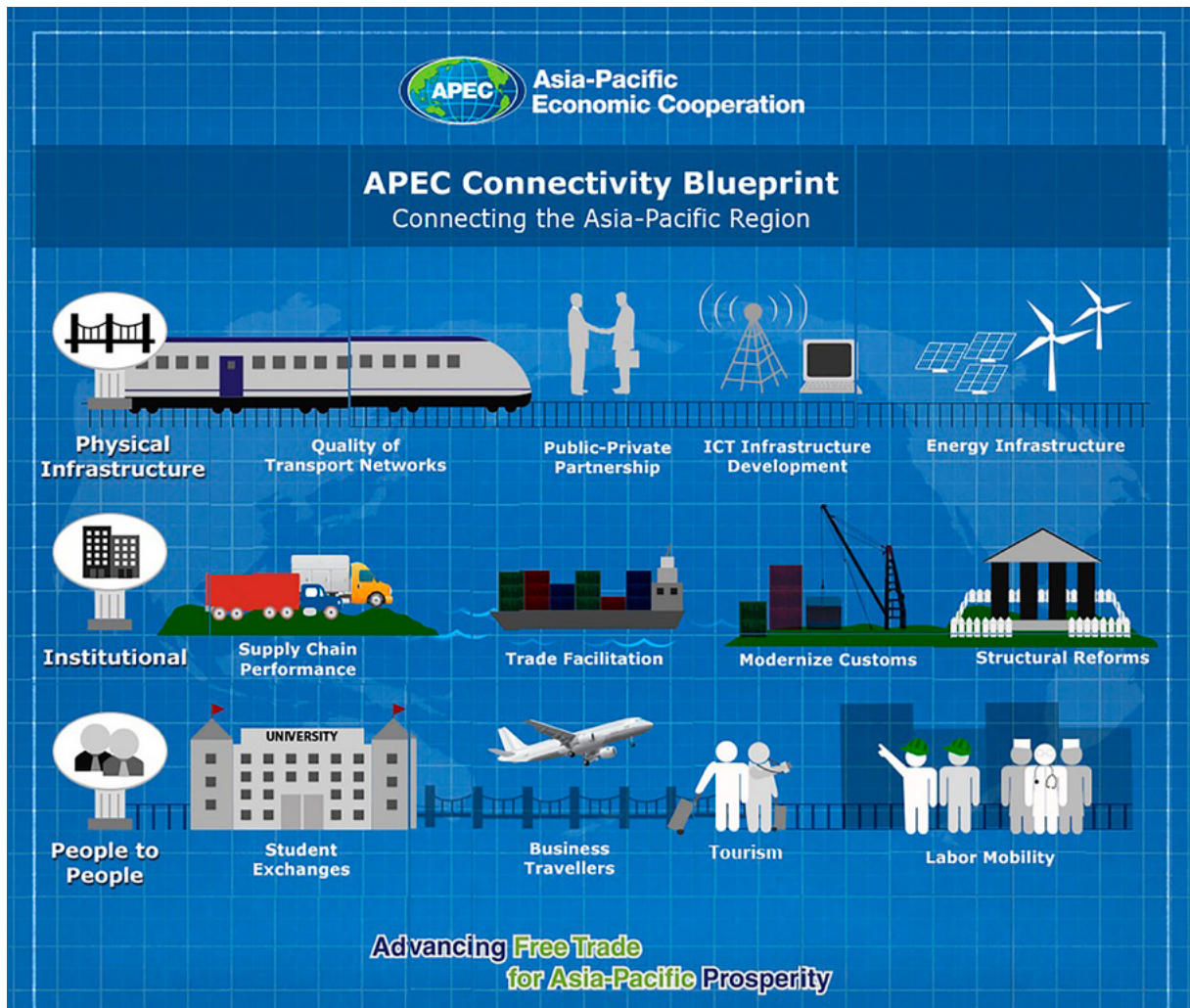


Schaubild zum Wachstum in Asien.
(Quelle: International Monetary Fund)

4. Staatsunternehmen und Wirtschaftsreformen

Asien wird ebenfalls im Auge behalten und anvisiert, weil es eine große Anzahl an Staatsunternehmen gibt. Sie durchweg einen entscheidenden Wirtschaftszweig Asiens dar, sollten jedoch aus Sicht der Außenseiter reformiert werden und für private Investoren und Unternehmen geöffnet werden.

5. Maritime Sicherheit

Ein weiterer relevanter jedoch oft vergessener Aspekt beim Gerangel um eine Position und mehr Einfluss in der Region ist das Südchinesische Meer (inzwischen auch Westphilippinisches Meer genannt), welches die Transport- und Umladungszone für Waren, Güter der Energieversorgung und Rohstoffe darstellt. Deshalb liegt es auch im strategischen Interesse der EU, sicherzustellen, dass die maritime Sicherheit in der Region gestärkt wird.

Korporative Agenda

Die Verhandlungen drehen sich schon längst nicht mehr nur um Tarifrückführungen und Marktzugang. Sie sind nicht nur Handelsabkommen, sondern weitreichende wirtschaftliche Abkommen, welche unter anderem Handel, Investitionen, Rechte des geistigen Eigentums, und die Kohärenz von Regulierungen mit einschließen. Bei diesen Verhandlungen geht es darum, einen »Goldstandard« für künftige Freihandelsabkommen zu setzen. Die Verhandlungen werden Auskunft darüber geben, wer die Regeln für globales Handeln setzt; während die USA und die EU eine transatlantische Allianz verkörpern, zielt China auf der anderen Seite danach, seine Macht in Asien zu festigen.

Ein gemeinsames Merkmal dieser Abkommen ist die korporative Agenda, welche ihnen zugrunde liegt und die Verhandlungen in eine bestimmte Richtung lenkt. Besonders deutlich zeigt sich der Einfluss dieser Unternehmensagenda in den Kapiteln zu Inves-



tionen, in welchen größere Rechte für den Investor gefordert werden, und in den Kapiteln zu Rechten des geistigen Eigentums, in welchen eine strengere Führung der geistigen Eigentumsrechte verankert wird, was wiederum den großen Pharmaunternehmen in die Hände spielt.

Während rhetorisch die Beziehung zwischen der EU und Asien in der Sprache gehüllt ist, die Begriffe wie gemeinsame Kooperation, gegenseitige Vorteile, gemeinsame Erfahrungen, strategische Partnerschaft und eine gemeinsame Vision unterstreicht, ist die Essenz dieser tieferen wirtschaftlichen Agenda die Kontrolle, die Absicherung und die Förderung korporativer Interessen.

Während die EU und ASEAN-Regierungen engere wirtschaftliche Beziehungen formen, ist es wichtig, drei kritische Aspekte in Anbetracht dieser profitgesteuerten Entwicklungsstrategie in der Asien-Pazifik-Region zu unterstreichen:

1) Die steigende Ungleichheit und Konzentration von Wohlstand in der Region: In einem Bericht der UN Economic and Social Commission for Asia and Pacific (UN-ESCAP) im Jahr 2014 heißt es: »Die Schere zwischen der reichen und armen Bevölkerung ist weitreichend in der [Asien-Pazifik] Region und wächst in vielen Ländern.

Aktivisten gegen Freihandel protestieren vor dem Ministerium für Handel und Industrie in Makait City, Philippinen. Sie halten den Banner: »Verboten: Verursacht Tod; Nein zu FTA.« (© J. Purugganan, April 2015.)

(...) Die Region hat etwa 49.000 Personen als UHNWIs [Ultra-High-Net-Worth-Individuals] klassifiziert, diese repräsentieren nur 0,001 Prozent der Bevölkerung in der Asien-Pazifik-Region im Jahr 2013 mit einem Eigentum im Wert von 7,5 Billionen US-Dollar im Jahr 2012/13. Die Fortführung dieser Entwicklung würde der schmalen Elite große Vorteile zuspiesen und die Interessen der restlichen Bevölkerung untergraben.

2) Das Problem der Umwelt- und Klimakrise: Südostasien verlor beispielsweise 13 Prozent des Regenwaldgebietes seit 1992 (eine Landfläche in der Größe von Vietnam), so wird die Region zu einem großen Mitwirker bei der globalen Entwaldung und dem Verlust biologischer Vielfalt. Im Bericht der UNEP (2012) wird außerdem gewarnt:

»Die Asien-Pazifik-Region ist global gesehen der größte Verursacher von Treibhausgasen.« Das schnelle Wirtschaftswachstum über die letzten 20 Jahre wurde – vor allem in den größeren Ökonomien – von erhöhten Treibhausgas-Emissionen und der zunehmenden Schädigung der Umwelt begleitet.

»Wenn dies im gleichen Stil weitergeht, wird erwartet, dass die Asien-Pazifik-Region bis 2030 für etwa 45 Prozent der globalen energiebezogenen Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich ist, bis 2100 sind es geschätzte 60 Prozent.«

3) die Rechte der Menschen werden ausgehöhlt: Die momentane Hauptsorge und die vorrangige Agenda in vielen Ländern der Region ist: wie kann das wirtschaftliche Wachstum erhalten bleiben? Der Weg zu dieser Entwicklung ist im Großen und Ganzen ein marktorientierter, von Unternehmenslust getriebener Weg, bei welchem die Hauptrolle der Regierung darin besteht, eine Umgebung zu gestalten, die unternehmerische Interessen unterstützt und die Interessen der breiten Öffentlichkeit zur Nebensache macht.

Unglücklicherweise hat diese Entwicklung auch die hässliche Seite des Unternehmertums hervorgebracht: gravierende Menschenrechtsverletzungen. Großen Unternehmen drohen keinerlei Sanktionen bei gravierenden Verletzungen der Arbeitnehmerrechte, bei lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen, unsicheren Anstellungsbedingungen und ungerechten Löhnen, wie zum Beispiel im Fall des philippinischen Fischerei-Unternehmens Citra Mina. So beschränken die Rechte an geistigem Eigentum zu Gunsten der Pharmaindustrie den medizinischen Zugang insbesondere ärmerer Bevölkerungsschichten. Nicht nur in der Fischerei, auch in der Textilindustrie geben globale Wettbewerbsregeln den Ton an und schaffen Arbeitsverhältnisse, die nicht nur ungerecht, sondern auch lebensbedrohlich sind. Etliche Fälle im Rohstoffabbau oder von Staudammprojekten zeigen, dass soziale und öko-

logische Standards von multinationalen Unternehmen nur zu oft missachtet werden und sogar zu außergerichtlichen Morden führen können. Nicht zuletzt zeigt der Fall »Newmont Mining« gegen Indonesien, dass undurchsichtige Freihandelsabkommen mit Klauseln wie dem Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) selbst die Souveränität von Staaten untergraben können. Daher birgt die neue Generation der Handelsverträge große Gefahren für eine nachhaltige und faire wirtschaftliche Entwicklung und Demokratisierung in den Ländern Asiens.

Der Artikel ist im Original auf Englisch und wurde von Sara Dürr und Lilli Breiningers ins Deutsche übersetzt.

Quellen

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/595850/EPRS_BRI\(2016\)595850_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/595850/EPRS_BRI(2016)595850_EN.pdf)
http://www.asean.org/storage/2015/11/AECat-a-glance-2016_web_version2.pdf

Über den Autor

Joseph Purugganan ist der Leiter von Focus on the Global South in den Philippinen und koordiniert das überregionale Netzwerk zur EU-ASEAN Freihandelskampagne. Er ist Autor zahlreicher Beiträge über die Welthandelsorganisation, Handels- und Freihandelsthemen, sowie über Investitionspolitik in den Philippinen und in Asien.

Waren die Bewegungen gegen Entwicklungsbanken erfolgreich?

Das Beispiel extraktiver Industrien

von Felix Anderl

Einleitung

Seit Jahrzehnten kämpfen politische Gruppen und Individuen dezentral, aber dabei transnational vernetzt, gegen extraktive Industrie-Projekte multilateraler Entwicklungsbanken.¹ Hierbei sind einerseits Fach- und Netzwerkorganisationen wie das NGO Forum on ADB, Urgewald, Bank Information Center und Bretton Woods Project zu nennen, aber auch große NGOs wie Oxfam und Friends of the Earth – und etliche lokale Bewegungen und ihre internationalen Verbündeten wie das Forest Peoples Programme. Sie beklagen, dass die negativen Effekte von »Entwicklungsprojekten« wie Ölförderung oder Bergbau zu drastisch sind, um diese im Sinne nationalökonomischer, also am BIP abgelesener, »Entwicklung« zu rechtfertigen: Einerseits sind diese Projekte und Initiativen schwer mit den Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele der UN zu vereinbaren, andererseits leidet oftmals die ansässige Bevölkerung unter Umsiedlung, Umweltzerstörung sowie gewaltsamer Landnahme (»landgrabbing«) und daraus entstehenden Souveränitätsverlusten und Armutproblemen.

Den Höhepunkt der Proteste gegen das extraktive Entwicklungsmodell erreichte diese transnationale Bewegung im Jahr 2000 bei der Weltbank-Tagung in Prag, zu der über 16.000 Menschen kamen, um gegen deren neoliberale Politik, aber auch spezifisch gegen die Umsiedlungsmaßnahmen und andere negative Nebeneffekte extraktiver Projekte zu protestieren. Im Anschluss an die Tagung verkündete der damalige Weltbank-Präsident James Wolfensohn einen umfangreichen Reformprozess in Richtung Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Schutz betroffener Gruppen und Völker. Unzählige Maßnahmen wie die Extractive Industries Review (EIR), die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) sowie die »Equator Principles« wurden eingeführt. Andere Entwicklungsbanken folgten dem Beispiel, überprüften ihre Praktiken

und erhöhten ihre Standards. War die Bewegung gegen extraktive Industrieprojekte in der Entwicklungspolitik also erfolgreich?

Diese Frage zu beantworten stellt politikwissenschaftliche Ansätze vor erhebliche Probleme. »Erfolge« sind nicht einfach messbar. Mit Blick auf die Reformen, die in der Weltbank auf Drängen der Bewegung hin eingeleitet wurden, zeigt sich etwa, dass zwar viele Initiativen geschaffen, aber wenige schädliche Praktiken abgeschafft wurden. Im Fall der Asian Development Bank (ADB) scheint das Label »Erfolg« eindeutiger zuzutreffen, gibt sie doch vor, keine extraktiven Projekte zu fördern. Anhand der anhaltenden Proteste gegen die ADB lässt sich jedoch ablesen, dass dieses Versprechen nur oberflächlich eingelöst wurde.

Die anti-extraktiven Bewegungen hatten dennoch erhebliche Erfolge zu verzeichnen, die sich in Reformen der Entwicklungsbanken zeigen. Dies gilt insbesondere für den Free Prior and Informed Consent (FPIC), eine Klausel, die besagt, dass die Betroffenen von geplanten Projekten zustimmen müssen, bevor beispielsweise eine Umsiedlungskomponente in Projektpläne aufgenommen wird. Die Weltbank hat FPIC 2012 nach langem Ringen für Hochrisikoprojekte zum Standard erhoben. Allerdings wurde ein grundlegendes Umdenken der Entwicklungsbanken in diesem Bereich nicht erreicht: Die Abkehr von extraktiven Industrien zum Zwecke der »Entwicklung« ist nicht abzusehen.

Wann ist eine Bewegung erfolgreich?

Politikwissenschaft und Bewegungsforschung versuchen seit Jahrzehnten, Instrumente zu erarbeiten, mit denen sich »erfolgreiche« von weniger erfolgreichen Bewegungen unterscheiden lassen. Die Suche nach

Kausalitäten zwischen Protest auf der einen und Politikveränderung auf der anderen Seite hat sich jedoch als problematisch herausgestellt, da Politikveränderungen äußerst selten auf nur eine spezifische Protestbewegung und deren Kampagnen zurückzuführen sind. »The ways that movements make a difference are complex, veiled, and take far longer to manifest themselves than the cycle that covers a single demonstration, or even a whole protest campaign« (Meyer 2003: 31).

Die Einsicht, dass politischer Wandel stets von einer Pluralität an Faktoren beeinflusst wird, wurde deshalb als Argument genutzt, um den Ansatz der ›Outcome Forschung‹ zu diskreditieren, besonders wenn es um den Erfolg oder Misserfolg von Bewegungen geht. Es ist nicht immer eindeutig, was eigentlich die Ziele einer Bewegung sind; zudem haben Bewegungen auch Effekte, die abseits des politischen Tagesgeschäftes liegen, beispielsweise im langfristigen Wandel kultureller Normen und Werte. Solche komplexen Prozesse auf eine Bewegung oder gar auf einen Protest zurückzuführen, ist jedoch unmöglich.² Mit Bezug auf die Weltbank ergänzt Fox (2005: 306) zudem: »Advocacy impact often needs to be assessed in terms of the terrible things that actually did not happen or were avoided – damage control – and this leads one onto the slippery terrain of the ›counter-factual.« (Hervorh. im Original)

Es ist dementsprechend schwierig, nachzuzeichnen welche Effekte soziale Bewegungen haben; insbesondere, weil sie oftmals hauptsächlich darin erfolgreich sind, Dinge zu verhindern; die positiven Effekte sind also nicht sichtbar. Zudem verändern sich Politikprozesse auch aus anderen Gründen. Nur weil Proteste existieren, heißt dies nicht, dass diese auch in einem direkten *Kausal-Zusammenhang* mit einem Wandlungsprozess stehen. Obwohl es also problematisch ist, von Erfolg oder Misserfolg zu sprechen, da stets eine Mischung von Effekten verschiedenster Art vorliegt, schlage ich hier pragmatisch vor, eine Bewegung dann erfolgreich zu nennen, wenn ihre Hauptziele erfüllt wurden und es Anzeichen dafür gibt, dass sie Einfluss genommen haben – unabhängig davon, ob die Veränderungen in ihrer Gänze auf Aktionen, Maßnahmen und Einflussnahme der Bewegung zurückzuführen sind.³ Im Falle der anti-extraktiven Proteste der 1990er und frühen 2000er wäre dies erfüllt, wenn die Entwicklungsbanken von einem extraktiven Entwicklungsmodell abgerückt wären und es durch ein auf Nachhaltigkeit und lokale Partizipation ausgelegtes System ersetzt hätten.

Weltbankgruppe: Proliferation an Initiativen

Entgegen der Aussage, dass Erfolge oft versteckt sind, ist im Fall der Bewegungen gegen extraktive Industrien zu beobachten, dass sie immense Effekte erzielt haben, was den Ausbau *zusätzlicher* Initiativen der Entwicklungsbanken angeht. Nach der umkämpften Jahrestagung im Jahr 2000 etwa setzte James Wolfensohn die EIR ein, die zwei Jahre lang mit partizipativen Workshops die Praktiken der Weltbank im Bereich der extraktiven Industrien evaluierte. Heraus kamen Empfehlungen, die den Forderungen der anti-extraktiven Bewegung glichen (Salim 2003): Keine Kohle fördern und die Ölförderung bis 2007 beenden. Zudem besagten sie, dass die Weltbank nur in stabilen Regionen extraktive Projekte fördern sollte – und dann mit strengen Auflagen, beispielsweise einem Free Prior and Informed Consent (FPIC) bei allen Umsiedlungen, mehr Transparenz und einer monetären und politischen Einbindung der lokalen Bevölkerung.

Allerdings setzte die Weltbankgruppe diese Empfehlungen nur sehr zurückhaltend um. Die sichtbarsten Veränderungen waren die Einführung einer jährlichen Evaluierung aller Praktiken, ein Update der »Safeguards« (Schutzmechanismen, die in Projekten zwingend eingehalten werden müssen), in welche einige Empfehlungen einfließen – und die Etablierung der EITI. Weitere Initiativen, die von der Weltbank gegründet wurden oder denen sie sich anschloss sind die Petroleum Governance Initiative (PGI), die Global Gas Flaring Reduction Partnership (GGFR), die Extractive Industries Technical Advisory Facility (EI-TAF) und die Equator Principles, ein von der IFC (dem privatwirtschaftlich orientierten Arm der Weltbankgruppe) eingeführtes, freiwilliges Regelwerk für Banken zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards.

All diese Initiativen, die EIR selbst eingeschlossen, sind zumindest unter dem Einfluss der Proteste entstanden und haben zudem auch einen Wert für weitere Advocacy-Arbeit. Die Weltbank verpflichtet sich auf Standards, auf welche Aktivist*innen später pochen können. Doch ein radikaler Wandel, wie etwa der Ausstieg aus Kohle- oder Ölförderung, fand nicht statt.

Dieses Phänomen hat auch Effekte auf die Protestbewegungen: Während professionalisierte Advocacy-Spezialist*innen diese neuen Initiativen als Erfolg für sich

verbuchen und im weiteren Lobbying darauf rekurrieren können (was wiederum neue Erfolge mit sich bringen kann, aber nicht muss), sehen lokale Protestbewegungen diese Guidelines und Initiativen oftmals als Papiertiger, die ihnen nicht konkret helfen. Schließlich waren sie angetreten, um konkrete Projekte zu verhindern. Dieses Ziel wird, von einigen Ausnahmen einmal abgesehen, fast nie erreicht. Diese widersprüchlichen Perspektiven auf Erfolg und Nichterfolg tragen zur Zersplitterung der transnationalen Bewegung bei. Unter diesen unterschiedlichen Zielvorstellungen weiter zu kooperieren, bringt häufig Enttäuschungen mit sich, weshalb sich kleinere und radikalere Gruppen über die Jahre eher aus der gemeinsamen Arbeit gegen die Entwicklungsbanken zurückgezogen haben.

Hinzu kommt, dass Erfolg auch eingetreten sein kann, wenn nicht das Maximalziel erreicht wurde. Meine Interviews mit progressiveren Teilen der Weltbankgruppe zeigen, dass diese den Druck von außen für die interne Durchsetzung progressiver Ziele nutzen konnten, etwa für die verpflichtende Offenlegung aller Einnahmen und Finanztransaktionen zwischen Energiefirmen und Regierungen in IFC-Projekten, die erst nach einer internen Evaluierung und gegen massiven Widerstand großer Teile des Managements durchgesetzt werden konnten.

Asiatische Entwicklungsbank und das Problem der »Financial Intermediaries«

Auf den ersten Blick sieht es in Bezug auf die ADB anders – erfolgreicher – aus. Während in der Weltbankgruppe zwar Reformen angestoßen wurden und extraktive Projekte heute bereits in der Planung expliziter auf Risiken eingehen, als dies noch vor 15 Jahren der Fall war, waren die Bewegungen relativ erfolglos darin, extraktive Projekte grundsätzlich zu verhindern. Kohle, und Bergbau sind nach wie vor Teil des Weltbank-Portfolios. Dies gilt nicht für die ADB. Deren Mitarbeiter*innen erklärten mir mehrfach: »We don't do extractives.« So steht es auch in den Policy-Dokumenten zur Energieförderung (ADB 2009): »Since coal and oil are internationally traded commodities with established commercial interests, ADB will not finance coal mine development except for captive use by thermal power plants, and oil field development except for marginal and already proven oil fields.«



Protestaktion bei der 49. Jahrestagung der ADB in Frankfurt 2016 (© NGO Forum on ADB)

Doch asiatische Bewegungen und NGOs demonstrieren bis heute energisch gegen die Kohleförderung der ADB. Das NGO Forum on ADB stellt die Situation dementsprechend anders dar: »While being completely aware of the climate crisis, the ADB continues to espouse its support to dirty energy sources including coal and large hydropower projects. [Projects in Pakistan, Philippines, India, Nepal and Indonesia] are all well documented examples of ADB's destruction of the environment, public health, social fabric, ecological balance and this list is far from exhaustive.«⁴

Es ist nicht immer eindeutig, wofür Entwicklungsbanken verantwortlich zu machen sind. Dies gilt vor allem für deren Zusammenarbeit mit sogenannten Financial Intermediaries, also privaten Banken, die Geld von den Entwicklungsbanken aufnehmen, um in Zielländern zu investieren, ohne dass dieses Geld an konkrete Projekte geknüpft wird. In einem gerade erschienenen Report klagt eine Koalition kritischer NGOs deshalb, die Weltbank fördere heimlich einen globalen Kohleboom (Inclusive Development 2016).⁵ Es stimmt, dass die IFC große Volumina an Krediten an private Banken und Private Equity Fonds vergibt. Genau nachzuvollziehen, wohin dieses Geld fließt, ist daher beinahe unmöglich. Das gleiche gilt auch für die ADB.⁶ So gelangt Geld der »sauberen« ADB in klimaschädliche Kohleprojekte und umgeht somit auch die ansonsten vorbildlichen Standards und Schutzmechanismen, deren Einführung die Zivilgesellschaft zu Recht als Erfolg feiert.

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

Wie eingangs erwähnt, kommt es bei der Frage nach Erfolg immer auf den Maßstab und die Perspektive an.



Proteste des Movement for Climate Justice, der Freedom from Debt Coalition und des NGO Forum on ADB gegen extraktive Projekte der ADB in Manila, 2016.

© NGO Forum on ADB/Karl Isaac Santos. <http://www.forum-adb.org/photos?lightbox=dataitem-ip70zbf1>

Außerdem ist es eine Glaubensfrage, ob es besser ist, extraktive Projekte mit Beteiligung der Entwicklungsbanken zu implementieren und bei diesen Projekten auf höhere Standards zu pochen. Diese Position nehmen beispielsweise Weltbank-Mitarbeiter*innen ein, die nicht müde werden zu betonen: Die Projekte würde es so oder so geben – nur dann mit geringeren Standards. Dieser Logik folgend waren die anti-extraktiven Bewegungen sehr erfolgreich, haben sie doch eine ganze Reihe von progressiven Reformen erreicht, die über Transparenz, Menschenrechtsschutz und Umweltschutz bis hin zum (erst sehr spät angenommenen) Free Prior and Informed Consent reichen.

Jedoch zeigt das Beispiel der Financial Intermediaries, dass Standards auch umgangen werden können. Schlimmer noch, es zeigt auch, dass in den Entwicklungsbanken noch immer eine Logik vorherrscht, welche die Qualität eines Entwicklungsprojektes an gesteigerten Investitionszahlen bemisst, die »Entwicklung« als aggregierten ökonomischen Fortschritt konzipiert, also anhand von makroökonomischen Kennzahlen statt an sozialer und politischer Teilhabe, ökologischer Nachhaltigkeit und ökonomischer Gerechtigkeit. Wenn die Messlatte darin besteht, diese Logik zu brechen, sind die Reformen nur kleine Fische, beziehungsweise kein Zeichen für eine grundlegende Veränderung.

Anmerkungen

- 1 Die Informationen in diesem Artikel basieren zu großen Teilen auf Feldforschungen in Indonesien und den Philippinen (2015 und 2016) im Rahmen eines DFG-finanzierten Projektes zur Alterglobalisierungsbewegung und einem Forschungsaufenthalt an der Elliott School of International Affairs in Washington D.C. (2016), finanziert der Vereinigung von Freunden und Förderern der Goethe-Universität.
- 2 Ein gutes Beispiel ist die deutsche AKW-Bewegung: Zweifelsfrei erfolgreich, aber ob die Atomkraft wegen ihr abgeschafft wurde, ist nicht einfach zu beantworten.
- 3 Dieses Vorgehen versucht also Prozesse systematisch zu rekonstruieren und trotzdem die Akteur*innenperspektive von Bewegungen zu respektieren.
- 4 Siehe: <http://www.forum-adb.org/energy>
- 5 Siehe auch: <http://www.aljazeera.com/news/2016/10/world-bank-accused-funding-asia-coal-power-boom-161003045753947.html>
- 6 Siehe: <https://www.adb.org/site/private-sector-financing/main>

Literaturempfehlungen

Asian Development Bank (2009): Energy Policy. ADB Policy Paper. Manila: ADB. Online einsehbar unter: <https://www.adb.org/sites/default/files/institutional-document/32032/energy-policy-2009.pdf> (letzter Zugriff: 26.10.2016).

Fox, Jonathan (2005): Advocacy Research and the World Bank: Propositions for Discussion. In: Edelman, Marc und Haugerud, Angélique (Hrsg.): *The Anthropology of Development and Globalization. From Classical Political Economy to Contemporary Neoliberalism*. Malden: Blackwell, 306–312.

Inclusive Development (2016): Outsourcing Development: Lifting the Veil on the World Bank Group's Lending Through Financial Intermediaries. Online unter: <http://www.inclusivedevelopment.net/wp-content/uploads/2016/09/Outsourcing-Development-Introduction.pdf> (letzter Zugriff: 11.11.2016).

Meyer, David S. (2003): How Social Movements matter. In: *Contexts*, 2 (4), 30–35.

Salim, Emil (2003): Striking a better balance: The World Bank Group and extractive Industries. The Final Report of the Extractive Industries Review. Jakarta: EIR.

Über den Autor

Felix Anderl arbeitet an der Goethe Universität Frankfurt im DFG-Projekt »Gesellschaftlicher Protest in der globalisierungskritischen Bewegung zwischen Opposition und Dissidenz«. In seinem Promotionsprojekt analysiert er die Auseinandersetzungen zwischen der Weltbankgruppe und transnationalen Widerstandsbewegungen. Hierfür unternahm er Feldforschungen nach Indonesien, in die Philippinen und nach Washington D.C.



BLICK WECHSEL

Januar 2017

Monika Schlicher / Maria Tszanz, In Solidarität mit Osttimor - 25. Jahrestag des Massaker vom Santa Cruz Friedhof. Eine Fotoreportage mit Interviews

Anett Keller, Indonesien 1965 und die Folgen: „Wir müssen den Gerüchten mit Fakten begegnen!“

Maria Tszanz / Monika Schlicher, Das Schweigen ist gebrochen: Geschlechterspezifische Gewalt gegen Frauen in Timor-Leste

Dezember 2016

Christina Grein, Menschenrechtsverletzungen in Myanmars Rakhine-Staat: Terrorismusbekämpfung als Vorwand für militärische »Säuberungsaktion«?

Timo Duile, Aufmarsch der Islamist*innen in Indonesien: Religion als politisches Kapital im Wahlkampf

November 2016

Lilli Breining, Philippinen - Das Phänomen Duterte und die philippinische Gesellschaft

Oktober 2016

Rainer Werning, Indonesien - Kontrollierte Konterrevolution

Joeven Reyes / Lilli Breining, Philippinen - Signs of Peace. An Interview with Peace Advocate Joeven Reyes

September 2016

Roland Seib, Das Paradox vom Wohlstand ohne Entwicklung: Papua-Neuguinea und der Bergbau

Nicola Glass, Thailand - Per Volksabstimmung zur Langzeit-Diktatur

Aktuelle Analysen und Informationen. Hrsg.: Stiftung Asienhaus.
Auf dem Laufenden bleiben: kostenlos Asienhaus-Rundbrief abonnieren.

Blickwechsel-Download: www.asienhaus.de/stiftung-asienhaus/unsere-arbeit/publikationen/blickwechsel/

BLICK WECHSEL



Aktueller Schwerpunkt:

Wasser in Südostasien Zu viel, zu wenig und in den falschen Händen

Demnächst: Justiz und Rechtskultur (März 2017)

Einzelheft: 8 €, zzgl. Porto Jahresabo Inland (4 Hefte): 30 €, incl. Porto Probeheft gratis

www.asienhaus.de/suedostasien

vertrieb@asienhaus.de

Über diese Publikation

Asien durchlebt eine eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung. In der letzten Dekade hat sich die Region zu einer der wirtschaftlich am schnellsten wachsenden weltweit entwickelt. Handelsvolumen und internationale Wettbewerbsfähigkeit steigen stetig und ausländische Unternehmen werden von Investitions- und Handelserleichterungen angezogen. Gleichzeitig vergrößern sich aber auch die Einkommensgegensätze, die sozialen Ungleichheiten und die Konflikte in der Region, wobei insbesondere der globale Hunger nach Land und Rohstoffen eine zentrale Rolle spielt. Die Zivilgesellschaft mobilisiert gegen diese Entwicklungen und stellt sich auch Regierungen und internationalen Konzernen in den Weg.

Was hat der Kampf gegen Palmölplantagen in Indonesien mit der europäischen Klimapolitik zu tun? Wie ist die Situation von Arbeiter*innen in Thailands Fischerei-Industrie? Mit welchen Strategien gehen indigene Gruppen und zivilgesellschaftliche Akteure gegen extraktive Projekte vor? Die Broschüre will das Wirtschaftswachstum in Asien kritisch beleuchten und politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen in einzelnen Ländern der Region analysieren. Dabei prägen insbesondere die Stimmen aus der Region das Bild dieser Entwicklungen und fachliche Beiträge gehen vertiefend auf einzelne Themen ein.

Über die Herausgeber*innen

Die **Stiftung Asienhaus** folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Das **philippinenbüro** e.V. ist ein unabhängiges, soziopolitisches Informationszentrum. Unsere Aufgabe ist es, Interessierten aktuelle gesellschafts- und entwicklungspolitische Hintergründe und Zusammenhänge zu den Philippinen aufzuzeigen. Neben der Informations- und Bildungsarbeit zu aktuellen Entwicklungen in den Philippinen, vermittelt das Büro Kontakte in die Philippinen und fungiert als Dokumentationszentrum.

Die **Burma-Initiative** ist ein Projekt der Stiftung Asienhaus. Sie begleitet kritisch den Demokratisierungsprozess in Myanmar, informiert zu aktuellen politischen und sozialen Entwicklungen und zur Situation der Menschenrechte im Land.